

Vormärz

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 25. Oktober 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Geständnis!

Nun ist es uns doch gelungen, das Todschweigegeld zu brechen und zunächst einmal der „Freis. Ztg.“ den Mund zu öffnen. Nachdem das Blatt seinen ach so lange zurückgehaltenen Geifer ergossen hat, legt es ein volles Geständnis ab: Die Frankfurter Einigungsversammlung darf sich mit der Wahlrechtsfrage in Preußen nicht befassen; sie gehört nicht vor ihr Forum. Eine Aussprache wird nicht stattfinden. Die drei Referenten werden, wie es neulich schon in einer Korrespondenz hieß, ihre Referate abhangeln und dann wird man das gemeinsame Mittagessen einnehmen. Wir begreifen nun, daß es dem Blatt schwer fällt, diese Komödie, „Theaterspielerei“ nennt es das „Verl. Tagebl.“, zu rechtfertigen. Aber seine Ungeschicklichkeit ist dabei so groß, daß entweder Herr Wiemer sich selbst übertroffen hat oder gar Herr Fischbed eigenhändig diese Rechtfertigung verfaßt haben muß.

Wie verteidigt nun das Organ der Freisinnigen Volkspartei deren Absicht, auf einer wichtigen Demonstrationsversammlung eine Kundgebung für das preussische Wahlrecht einzulassen? Man höre und staune: Der Vorschlag Barth's ist den Herren zu wenig — radikal; er sei taktisch verfehlt.

„Gelingen es den Freisinnigen, im Sinne des Herrn Dr. Barth diese Reform durch ihre Mitwirkung im Reichstag in der nächsten Session durchzusetzen, so würde damit unzweifelhaft der Weg zu weiteren und nicht minder wichtigen Änderungen des preussischen Wahlrechts auf Jahre hinaus verlegt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Freisinnige Volkspartei für die geheime Wahl eintritt, und daß sie, wenn ein gesetzgeberischer Vorschlag auf Einführung der geheimen Stimmabgabe gemacht werden sollte, diesen auf das nachdrücklichste unterstützen würde. Aber sie kann sich unserer Ansicht nach nicht darauf beschränken, jetzt die geheime Wahl allein zu fordern. Der Berliner Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat die Einführung des gleichen, allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen für geboten erklärt. Die Befestigung der Klassenwahl ist unserer Ansicht nach mindestens ebenso wichtig und dringlich, wie die Einführung der geheimen Wahl.“

Um zu zeigen, wie verlogen dieser Wortwand ist, nur eine bezeichnende Frage: Warum wird denn in der Frankfurter Einigungsversammlung nicht die „radikale Forderung“ erhoben? Warum verlangen die vereinigten Liberalen denn nicht die sofortige Einführung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts? Daß wir damit einverstanden wären, vorausgesetzt, daß diese Forderung nicht nur „hochgehalten“, sondern für sie auch gekämpft würde, selbst auf die Gefahr hin, den reaktionären Mord zu sprengen, wissen die Herren sehr wohl. Niemand wäre mehr bereit, pater peccavi zu sagen als wir; denn uns ist jeder Kämpfer für das gleiche Wahlrecht willkommen. Aber wir sind leider sehr sicher, zur Neue keine Gelegenheit zu bekommen.

Doch es muß auch gezeigt werden, wie falsch die Ausrede der „Freisinnigen Zeitung“ ist, wie unerschämte sie auf das kurze Geständnis und die politische Interesslosigkeit spekuliert. Wir haben neulich schon darauf hingewiesen, daß, was Barth heute verlangt, das geheime Wahlrecht, auf dem freisinnigen Parteitag ausdrücklich von niemand anderem als dem Referenten Fischbed als Abschlagszahlung verlangt wurde. Die heutige Kritik der „Freis. Ztg.“ an Barth ist nichts anderes als eine Umschreibung der Kritik, die wir selbst damals an Fischbed übten. Nur mit einem Unterschied. Gerade das völlige Verlagen der Partei auf ihrem Parteitag hat nach Barth's Meinung offenbar die Situation für das Wahlrecht verschlechtert. Und es ist kein Zweifel, daß ein energisches, entschlossenes Vorgehen des Freisinnigen, die Entfesselung einer Wahlrechtsbewegung auch im Bürgertum, die Aufstellung der Forderung des gleichen Wahlrechts als eine conditione sine qua non der Fortsetzung der Reichspolitik die Ausichten auf die Erringung des gleichen Wahlrechts wesentlich gefördert hätte. Gerade deswegen aber hat Herr Fischbed sich so entschieden gegen die „radikale Forderung“, gegen die „Alles- oder Nichts-Politik“ gewandt und hat damit jene Situation erst geschaffen, in der Barth seinen Vorschlag eines Notgesetzes gemacht hat, das gar nichts anderes ist als das, was Herr Fischbed auf dem Parteitag als eine der nächsten Forderungen bezeichnete.

Die Sache steht nun so: Als Herr Raumann damals im „Verl. Tagebl.“, durch Äußerungen der „Freisinnigen Zeitung“ und volksparteilicher Politiker selbst zur Meinung verfaßt, er handle in Uebereinstimmung mit der Freisinnigen Volkspartei — wie saugen und diese „Information“ weder aus den Fingern, noch erhalten wir sie von „besseren Seiten“, Herr Raumann hat das in einem Artikel der „Hülfe“ selbst erzählt — das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderte, wurde er auf dem freisinnigen Parteitag angegriffen und verhöhnt. Jetzt erhebt Herr Barth die Forderung nach einem Notgesetz und wird angegriffen und verhöhnt, weil er — nicht radikal, weil er zu bescheiden ist! Uebrigens wollen wir gegenüber den Entstellungen des Blattes noch feststellen, daß wir selbst immer den Vorschlag Barth's als bescheiden bezeichneten und keinen Zweifel daran gelassen haben, daß wir das gleiche Recht verlangen. Wir rechnen ja nie auf die besondere Energie des Liberalismus, wenn wir auch feststellen müssen, daß wir diesen Verrat wirklich nicht voraussehen konnten.

So stehen also die Dinge in Wirklichkeit: Raumann ist ein Illusionist, denn er ist radikal, und Barth ist ein elender Taktiker, denn er ist nicht radikal. Die Taktik der Freisinnigen Volkspartei ist freilich eine andere. Sie hat vom Fürsten Bülow die Erlaubnis, von Zeit zu Zeit in Volksversammlungen und Zeitungen zu versichern, daß sie den Programmpunkt: gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht „unentwegt hochhalte“. Es ist ihr aber verboten, auch nur das Geringste für die Durchsetzung auch nur eines Teiles dieses Programmpunktes zu tun, und sie hat sorgfältig darauf zu achten, daß bei den Wählern selbst keine größere Bewegung für das Wahlrecht zustande kommt!

Das ist allerdings eine Taktik, die weder Raumann noch Barth rechtzeitig kopiert haben. Wir aber haben nur dafür zu sorgen, daß sie die Massen kopieren.

Daher geht auch die „Freis. Ztg.“, die sonst über jede Zielvereinbarungsversammlung stolz berichtet, über liberale Wahlrechtsversammlungen mit Stillschweigen hinweg.

Wir sind und betruht, gerade in der Frage der Wahlreform mit äußerster Zurückhaltung vorgegangen zu sein, jede Spur von Entgegenkommen bereitwilligst anerkannt zu haben. Aber die Freisinnige Volkspartei ist, so lange sie der Führung der Wiener, Müller-Sagan, Kopsch und Fischbed folgt, ein schlimmes Hindernis jedes demokratischen Fortschrittes. Es will uns scheinen, daß diese Erkenntnis auch in liberalen Kreisen allmählich um sich zu greifen beginnt, daß man einseht, welch schlechtem Ende die Partei unter dieser Führung entgegengeht. Es ist für diese Kreise höchste Zeit, daß man sich von dem Phantom einer liberalen Einigung befreit, die nichts anderes wäre, als das Aufgehen der letzten Reste der bürgerlichen Demokratie in die eine reaktionäre Masse. Ganz richtig meint heute das „Verl. Tagebl.“:

Denen, die mit Ungeduld erwarten, daß endlich der entschiedene Liberalismus sein Votum für die Wahlreform in Preußen abgibt, läßt es immer wieder aus den Kreisen der Freisinnigen Volkspartei entgegen, daß von dieser Seite nicht das geringste Entgegenkommen gegen die liberalen Forderungen zu erwarten sei. Ja, man spielt die gekränkte Leberwurst und droht damit, „Wandel zu schaffen“, wenn die übrigen Parteien nicht nach der Pfeife der Drahtzieher der Freisinnigen Volkspartei lauschen.

Und an anderer Stelle:

Mit der liberalen Einigung ist es genau so wie mit dem Mord. Sie ist gut, wenn sie und solange sie fruchtbar ist, sie wird eine hohle Ruh, wenn sie nur dazu dienen soll, die ziffermäßige Ueberlegenheit der Freisinnigen Volkspartei in der liberalen Politik zur unumschränkten Geltung zu bringen.

Noch schärfer sprach sich schon gestern vor dem Erscheinen des Artikels der „Freis. Ztg.“ die „Verl. Volksztg.“ über die Haltung der Freisinnigen Volkspartei in der Wahlrechtsfrage aus:

„Man muß sagen, daß noch nie eine Partei eine widerlichere Farce mit ihrem Parteiprogramm aufgeführt hat; daß noch nie ein Programm unter schimpflicheren Formen verlegt worden ist als in diesem Falle.“

Die traurigste aller Parteiposen, aufgeführt von den Epigonen und Epigonen von Leuten wie Walde, Jiegler, Twisten und anderen wirklichen Volksmännern, gewinnt auch deswegen das Gepräge einer besonderen Lächerlichkeit, weil die fraktionsfremden Organe des Freisinnigen sich immer noch alle erdenkliche Mühe geben, den vollständigen Umfall des linksfreisinnigen Mordes in der Wahlrechtsfrage bis zum St. Martinsstage, wo man in Frankfurt die Martinsgans essen wird, zu verschleiern.“

Ungefragt wird der Verrat der Freisinnigen Volkspartei in der politischen Lebensfrage des deutschen Volkes nicht bleiben!

Amturnz der Verfassung.

Die Verfügung des Herrn Lehmann resp. der königlichen Regierung zu Potsdam, welche dem Genossen Knapstein die Abhaltung staatsrechtlicher Unterrichtsstunden an der Arbeiterbildungsschule in Potsdam unter Androhung von 100 M. für jede Unterrichtsstunde untersagte, ist durch Beschwerde angegriffen. Ungeachtet der verfassungswidrigen Verfügung der Potsdamer Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulbildung, wird der Unterricht im Staatsrecht in Potsdam erteilt werden. Das Antikulturelle und Verfassungswidrige des Eingriffs der Regierung liegt so klar zutage, daß bezeichnenderweise bislang selbst die unreaktionärsten Zeitungen eine Willigung oder Rechtfertigung des Unas nicht unternommen haben.

Durch den Artikel 20 der preussischen Verfassung ist nicht nur klar zum Ausdruck gebracht, daß die Wissenschaft selbst als forschende frei sein muß — kein Gesetz könnte diese Freiheit unterbinden — sondern auch daß sie als Lehrgegenstand frei sein soll. Der Artikel 20 sichert dem wissenschaftlich Strebenden das Recht der freien Lehre in schriftlichem und mündlichem Vortrag. Die Lehre ist nach der Verfassung keinerlei vorgehenden Maßregeln unterworfen. Der Versuch eines Beamten, dies dennoch zu tun oder gar seinem Vorgehen durch Strafandrohung Nachdruck zu verleihen, kennzeichnet sich als Mißbrauch der Amtsgewalt, der das Strafgesetz mit schwerer Strafe bedroht, falls dem Täter nicht etwa völlige, unerschuldete Unkenntnis des Staats-, Schul- und Beamtenrechts als Strafausschließungsgrund zur Seite steht. Für solchen Strafausschließungsgrund liegt nicht der geringste Anlaß vor. Ein Potsdamer Regierungsbeamter muß wissen, daß die für Preußen beschämende Demagogenhete und Verfolgung der Wissenschaft von 1815 bis 1848 die traurige Veranlassung dargeboten hat, die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre ausdrücklich in der von dem Beamten beschworenen Verfassungsurkunde auszusprechen. Der Beamte muß wissen, daß ein Beamter weder das Recht noch die Macht haben darf, die Lehre der Wissen-

schaft in Fesseln zu schlagen. Er muß wissen, daß gerade ein Preußen aus tiefster herabsehender Beschluß des Deutschen Bundes veranlaßt, ausdrücklich vor Wiederkehr einer ähnlichen nationalen Schmach und Schande durch Art. 20 der Verfassung zu schützen. Der Bundesbeschluß vom 20. September 1819 trug bekanntlich u. a. Regierungsbefehlsmächtigen das Amt auf, „den Geist, in welchem die akademischen Lehrer bei ihren öffentlichen und privaten Vorträgen verfahren, sorgfältig zu beobachten und ihnen eine heilsame Richtung zu geben“. Zu solcher Gundsotterei ließen sich natürlich nur die charakterlosesten, unwilligsten Schusterle, ein Gemisch von Geuchlern, Pietisten, Ignoranten, Strebern und verberb Veranlagten, gebrauchen. Sie machten Jagd auf die besten Köpfe Deutschlands. Um diesen elenden Zustand für die Zukunft unmöglich zu machen, wurde Artikel 20 der Verfassung Gesetz. Eine Verklärung des in ihm ausgesprochenen Grundgedankes der Lehfreiheit durch Verwaltungsmäßigkeiten ist eine klare Verfassungsverletzung. Die Verordnungen von 1834 und 1839, auf die die Potsdamer Verfügung sich beruft, beziehen sich lediglich und ausschließlich auf den Unterricht der Jugend. Das muß ein Dezernent der Regierung in Potsdam wissen. Er muß es um so mehr wissen, als ihm das Ministerialreskript des Ministers v. Bethmann-Hollweg und des Ministers des Innern Grafen v. Schwerin vom 27. Februar 1862 von amtswegen bekannt sein muß. Denn dies Reskript, welches eine Klage des damaligen Polizeipräsidenten enthielt, weil dieser einem Manne die Erteilung von Unterricht im Brief- und Geschäftstil an Erwachsene zu Unrecht auf Grund der erwähnten Order untersagte, ist im Ministerialblatt veröffentlicht, um ähnliche Mißgriffe anderer Beamten zu verhindern. In dem Reskript wird ausdrücklich hervorgehoben: „die Staatsministerialinstruktion von 1839 bezieht sich überhaupt nicht auf den Privatunterricht an Erwachsene, sondern, wie es aus ihrem ganzen Inhalt und insbesondere aus dem § 15 hervorgeht, lediglich auf den Privatunterricht für die Jugend“. Und konnte einem Regierungsbeamten unbekannt sein, daß die Art. 20 und 30 der preussischen Verfassung Vereinsfreiheit insbesondere zum Zweck der Bildung garantieren?

Wahrscheinlich nach alledem der Dezernent der Potsdamer Regierung wissen, daß sein Vorgehen eine Verletzung der Verfassung, also ein rechtswidriges war, so ist schlechterdings kein Grund abzusehen, weshalb nicht gegen ihn strafrechtlich eingeschritten werden sollte. Nach § 339 des Strafgesetzbuchs ist ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs jemand zu einer Handlung oder Unterlassung widerrechtlich nötigt oder zu nötigen sucht, mit Gefängnis zu bestrafen. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichts ist die selbstverschuldete Rechtsunkenntnis auch eines Beamten kein Strafausschließungsgrund. Wird gegen den Dezernenten der Potsdamer Regierung, der die Ausübung der verfassungsmäßig garantierten Lehr- und Vereinsfreiheit durch Androhung einer Strafe zu hindern suchte, strafrechtlich eingeschritten werden? Stehen die zum Schutze der staatsbürgerlichen Rechte und die gegen Beamtenwillkür erlassenen Gesetze nur auf dem Papier?

Der Prozeß der Hinterhalte.

Die ungesunde Luft der Intrigen und Hofkabalien schlägt uns aus den Verhandlungen des Prozesses Rolke-Harden entgegen. Als Volkstribun trugiert Harden und er weiß Pose und Ton des Mannes, der sich ein „Verdient um das deutsche Volk“ erworben hat (so sagte sein Verteidiger), wohl zu treffen. Aber trotz des donnernden Pathos, zu dem seine Stimme sich öfter erhebt, scheint uns der Herausgeber der „Zukunft“ für diese Rolle nicht ganz zu passen. Und das Schauspiel im kleinen Schwurgerichtssaale zu Roabit hat mit einem Kampfe für Volksrechte und Volksinteressen verzeiwelt wenig Ähnlichkeit. Vielmehr mahnt es an einen Streit zweier Kamarillen um die Beherrschung der Staatsgewalt. Auf Fürst Philipp Eulenburg zielt Hardens Beschuldigung, ihm galt am Donnerstagnachmittag die stärkste seiner Beschuldigungen. Hinter dieser Persönlichkeit trat der Herr Kläger Graf Rolke zeitweise ganz zurück. An Eulenburgs völliger Vernichtung, so daß ihm niemals die kaiserliche Gnadenformel wieder scheinen kann, haben alle jene in Preußen-Deutschland Interesse, die nach „dem Ohr des Kaisers“ streben, die durch das Staatsoberhaupt ihre Politik durchzusetzen hoffen. Harden hat mächtige Klientel. Und darf auf vielfältigen Dank rechnen. Aber nicht auf die Bürgerfrone.

Der Art des Kampfes entsprechen die Waffen, mit denen er geführt wird. Wohl selten sind in einem Prozeß so viele Drohungen, so viele verhaltene Andeutungen ausgesprochen worden, so viele Hinweise erfolgt auf gefährliche Hinterhalte, die dem Gegner Verderben bereiten werden, wie in diesen Verhandlungen von Harden und seinem Anwalt. „Vernehmliche Aufzagen“ werden ihm angefündigt, mit der Verlesung eines ärztlichen Attestes über seinen Gesundheitszustand zur Zeit der Ehescheidung gedroht, daß er zu fürchten habe, und als Harden das persönliche Erscheinen Eulenburgs in leidenschaftlicher Rede fordert, da läßt er dunkel durchschimmern, daß er ihm mehr entgegenhalten wird, als er in seinen Artikeln gesagt hat.

Die Gegenseite hat's nicht so gut, hat nicht so gutes Material — aber sie versucht mit allen Mitteln zu retten,

Die Inzertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgepostete Kolonette oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenanzeigen und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

was zu retten ist. Am Mittwoch wurden ihr alle die Beweis-
anträge abgelehnt, die die Glaubwürdigkeit der Zeugin v. Elbe
erschüttern sollten. Das hält sie nicht ab, am Donnerstag
Anträge derselben Art aufs neue zu produzieren, Anträge, die
das intimste bloßlegen sollen.

Es ist ein Schauspiel, das in seiner abstoßenden Häßlich-
keit den Unbeteiligten in Abscheu und Mitleid erbeben läßt.

Von der wilden Energie, mit der Gärten seine Stöße
führt, sieht merklich die Haltung des Klägers ab. Die er-
zwungene Ruhe verläßt ihn mehr und mehr, des öfteren macht
er vergebliche Anstrengungen in den Gang des Prozesses ein-
zugreifen, über eindrucklose Proteste und „Konstatierungen“
bringt er sich nicht hinaus. Mehrmals reicht seine Energie nicht
einmal, sich das Wort zu verschaffen — resigniert nimmt
er wieder Platz, um finstern vor sich hinzustarren. Wenn dieser
Mann, dessen Hülflosigkeit im Gerichtssaal fast Mitleid er-
regen muß, versichert, daß er niemals politischen Einfluß auf
den Kaiser auszuüben versucht habe, daß er dazu gar keine
Möglichkeit gehabt habe, so klingt das nicht so ganz unglaub-
würdig. Freilich ist damit noch lange nicht erwiesen, daß der
Herr Graf Moltke nicht zur Kamarilla Eulenburg gehörte.
Aber er ist wahrscheinlich niemals mehr gewesen, als ein
williges Werkzeug Eulenburgs, ohne eigene politische Ge-
sichtspunkte. Daß er Berichte über den Kaiser an Eulenburg
geschickt hat, ist glaubhaft versichert worden. Seine Tätigkeit
im Ring, der um den Kaiser gebildet war, bestand anscheinend
darin, den Eulenburg über das Terrain zu unterrichten,
auf dem er vorgehen hatte, die Stellen anzugeben, wo er
am besten anpacken konnte, um seine Einflüsse wirken zu lassen.

So lieferte die Donnerstagsverhandlung, die sonst so
wenig politischen Einschlag aufweist, Material zur Beleuchtung
der Frage, wie in Deutschland in maßgebenden Kreisen
Politik gemacht wird. Deutschland in der Welt voran!

Also ein politischer Prozeß? Also eine politische Aktion,
die ihn entseffelt hat? Herr Gärten beteuert. Ein kleiner Um-
stand genügt, die Qualität dieser „Politik“ zu kennzeichnen.
Als Sachverständigen zur Beurteilung der Frage, ob die
infrimierten Artikel ernsthafte politische Aktionen darstellen,
schlägt Gärten den — D i m a n vor. Den Diman der „Leipziger
Neuesten Nachrichten“, der zugleich der arme Yorik der
„Deutschen Tageszeitung“ ist, der zugleich und über dieselbe
Sache kann schreiben rechts und kann schreiben links! Paul
Diman der moralisch Gestäubte, seitdem er sich auf den Boden
gerichtlicher Feststellung gewagt hat in seinen Klagen wider die
Genossen Wehring, Kressin und Seger, Paul Diman, der an
die Stelle politischer Bekämpfung die giftige Verhöhnung,
die niederträchtige Anpöbelung der Gegner gesetzt hat.

Das ist Gärten's politischer Sachverständiger. Es
genügt!

In den Dunst der Intrigen, der höfischen Kabalen, mischte
sich der Geruch der Verwufung. Faulendes Fleisch am Ge-
sellschaftskörper ward aufgedeckt, als die Deputation des
Gardebataillons-Regiments ihren Einzug in den der Offenheit
versperrten Gerichtssaal hielt. So kam das sen-
sationslustige Publikum, das den Zuschauertraum Kopf an
Kopf füllte, um gewisse Genüsse.

Aber neue stehen bevor. Heute soll Fürst Eulenburg
auf dem Zeugenstand erscheinen. Das Gericht will ihm nicht
die Vernehmung im Hotel zubilligen. Wieder ein Erfolg
Gärten's und eine verlorene Position Moltke's.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Oktober 1907.

Nach eine interessierte Seite.

Bürgerliche Blätter melden:

Der Kaiser soll dem Prozesse gegen Liebknecht mit
großem Interesse gefolgt sein. Schon bei der Erhebung der An-
klage hatte der Monarch Bericht eingefordert und war
während der Verhandlung vor dem Reichsgericht verschiedentlich
telegraphisch benachrichtigt worden. Die Großfürstin Lieb-
knecht's hatte dem Kaiser schon lange vor dem Prozeß vor-
gelegt. Jetzt ist dem Monarchen ein ausführlicher schriftlicher
Bericht zugeflossen worden.

Wie sehr sich die Militärbehörde für den Prozeß inter-
essierte, beweist, daß der Verhandlung ein höherer
Offizier in einer Loge beizuwohnte. Ob dieser Offizier
später zu mündlichem Bericht befohlen worden ist?

Andere Zeiten — andere Sitten.

Der christlich-nationale Arbeiterkongreß hat es
abgelehnt, sich mit der Frage zu beschäftigen, die gegenwärtig im
Mittelpunkt der politischen Gedanken jedes einzelnen wie jeder Partei
stehen sollte: mit der preussischen Wahlrechtsfrage. Unter wichtigen
Gründen hat sich der fogen. deutsche Arbeiterkongreß dieser Pflicht ent-
zogen; wie es scheint, fürchtete er bei seinen hohen und höchsten Vätern,
die in dieser Sache ihre eigenen Gedanken haben, anzustoßen. Und
doch hätte es gerade bei dieser Gelegenheit, wo es von oben an
wahlvollenden und vielversprechenden Worten eine so reiche Fülle
gab, der Regierenden in die Ohren schallen müssen, daß jeder gute
Wille, die Arbeiter als gleichberechtigt in die Gesellschaft einzuweihen,
mit der Aufhebung der Dreiklassenwahlrecht einzuweichen hat!

Die christlich-nationalen Führer haben den Diplomaten gespielt
und sind der Rundgebung in der wichtigsten politischen Frage der
Gegenwart ausgewichen. Und doch hätten sie schon ein energisches
Wort wagen dürfen im Hinblick darauf, daß bewährte Führer der
christlichen Arbeiter sich nicht gescheut haben, den schärfsten Aus-
druck zu finden, wenn es galt, die Rechte des Volkes zu fordern.
So schrieb im Jahre 1880 ein angesehenener Vertreter der katho-
lisch-sozialen Bewegung:

Der Despotismus und Absolutismus der heutigen wirt-
schaftlichen Ordnung ist auf die Dauer unhaltbar und wird
ebenfalls gut eine mehr demokratische, konstitutionelle Ge-
staltung nehmen, als der politische Absolutismus des vorigen
Jahrhunderts durch den Liberalismus. Die demokratische
Bewegung ist einmal da, ist einmal von den herrschenden
Klassen selber groß gezogen, sie wird auch vor der wirtschaftlich-
sozialen Ordnung keinen Halt machen. Das kann man wirklich
als „Naturgesetz“, als „Gesetz der Weltgeschichte“ hinstellen: die
Fortbildung der Aristokratie zur Demokratie; die Berufung immer
breiterer Schichten der Gesellschaft zur politischen und sozialen
Herrschaft, und jeder Versuch sich diesem Gesetz zu verschließen, hat
sich bitter gerächt, endete in Revolution und Despotismus, in dem
Untergang der Nation.

Und die christlich-nationalen Arbeiter, die sich in Berlin als die
„Gutgesinnten“ gegenüber der „unfürzlerischen“ Sozialdemokratie
ausstapelten, die heute ihre Wünsche dem Reichstagskammer aller-
untertänigst übermitteln haben, hätten ruhig schon mal verlaun-
lassen dürfen, daß schließlich, wie alles in der Welt, auch die
Gebuld der Arbeiter ein Ende hat. Dabei konnten
sie sich wiederum auf den angesehenen Führer der christlichen Arbeiter
berufen, der im Jahre 1880 schrieb:

„Nie hat ein Volk einen Stand von Müßiggängern auf die
Dauer ertragen. Und es war nicht gemeiner Reiz, sondern es

war die sittliche Entrüstung des Volkes, welche
die zur Rentnerklasse herabgesunkenen Stände wegte.
Man hat zwar gesagt, daß der Magen alle Revolutionen
mache; allein es ist ein Despot, der das gesagt hat, die Mensch-
heit steht höher, als dieser Auspruch sie hinstellt. Nein, die
Revolutionen sind geistige Taten, das sittliche Ferment überwiegt
das materielle bei weitem. Es ist ein Stück Weltgericht, das
sich darin abspiegelt, ein Schauspiel voll Tragik, das uns
ergreifen, unser ganzes Interesse in Anspruch nehmen
muß. Es ist ein Kampf des historischen und brennend-
rechtlich, ein Kampf der freien Persönlichkeit gegen die verhärtete
Sozialität, des ungeformten, ungezügelteren Geistes gegen die ent-
geistertere Form, des Fortschrittes gegen den Stillstand, des erwer-
benden Rechtes gegen das erworbene Recht, des persönlichen Ver-
dienstes gegen das vererbte Verdienst. Auf beiden Seiten steht
man sich auf „sein“ Recht und da eine friedliche Veröhnung nicht
möglich, so muß der blutige Kampf die Sache entscheiden. Das
ist fast eine Naturnotwendigkeit.“

Die christlich-nationalen Arbeiter hätten sich also gar nicht mal
in eigene Kosten zu fügen, sondern nur jene Stellen zu verlesen
brauchen. Und sie wären umso sicherer gewesen, damit Eindruck zu
erzielen, als der Verfasser jener Sätze als Gast dem
deutschen Arbeiterkongreß beiwohnte und durch
seine politische und berufliche Stellung — er ist Zentrum-
abgeordneter und Universitätsprofessor — gewiß auch auf Beachtung
im Rate der Regierenden Anspruch machen darf. Der obiges Schrift-
stück, ist nämlich kein anderer als Herr Franz Hise, ehemals Kaplan am
Campo Santo in Rom, heute Ehrenvikar und Professor der Uni-
versität Münster, Mitglied der Zentrumsfraktion des Reichstages
und des preussischen Abgeordnetenhauses. Und jene Stellen sind zu
finden in seinem Buche „Kapital und Arbeit“ Seite 138 und 547.

Herr Hise würde also den christlich-nationalen Arbeitern, wenn
sie einen entschiedeneren Ton angeschlagen und auf ihre Menschen-
und Bürgerrechte mit größerem Nachdruck bestanden hätten, ganz
gewiß zugestimmt haben. —

Freisinniger Schwindel.

Wir hatten in unserer Nr. 248 völlig wahrheitsgemäß fest-
gestellt, daß durch den Antrag des Freisinnigen Gerschel
im Mai 1907 jene im Jahre 1906 erfolgte Neufassung des
§ 23 des Einkommensteuergesetzes, durch die die Arbeit-
geber verpflichtet wurden, über das Einkommen der Ar-
beiter und Angestellten mit weniger als 3000 M. Lohn
oder Gehalt Auskunft zu erteilen, noch zu ungunsten der
Arbeiter verschärft worden ist. Die „Freisinnige Zeitung“ versucht
diese für den Freisinn blamable Tatsache durch dreiste Ent-
stellung der Vorgänge hinwegzuschwindeln. Sie behauptet,
der Antrag Gerschel habe nicht den § 23 verschärft, sondern
„nach Möglichkeit zu mildern“ versucht. Der Antrag
Gerschel sei nur ein Eventualantrag gewesen, um „den viel
weitergehenden Antrag Reil gegenstandslos zu machen.“

Das ist unklar! Nicht der Antrag Reil war der zu
ungunsten der Arbeiter weitergehende, sondern umgekehrt
der Antrag Gerschel! Der Antrag Reil ging dahin,
(vgl. S. 4582 des Stenogr. Berichts des Hauses der Ab-
geordneten vom Jahre 1907) jeden Hausbesitzer zu
verpflichten, nicht nur, wie das der § 23 bisher schon
forderte, Angaben über den Namen, die Berufs-
und Erwerbssart der bei ihm wohnenden Arbeiter zu er-
teilen, sondern auch über die Arbeitsstätte derselben. Der
Antrag Gerschel aber verlangte Auskunft über „den
Arbeitgeber und die Arbeitsstätte“. Von einer „Milderung“
des Antrages Reil kann also gar keine Rede sein! Im
Gegenteil!

Aber der Antrag des Freisinnigen Gerschel verlangte
ferner etwas, was der Antrag Reil nicht enthielt und was
gerade die schlimmste Benachteiligung der Arbeiter darstellte:
nämlich, daß nicht nur die Hausbesitzer zu solcher Aus-
kunft verpflichtet seien, sondern daß auch die Arbeiter selbst
die Verpflichtung hätten, den Hausbesitzern „Auskunft
über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu geben.“ Und
das, wie Herr Gerschel selbst ausführte (Seite 4578 des am-
lichen Stenogramms), „im Interesse der Arbeitgeber“, das
heißt, um diesen die Möglichkeit zu geben, ja auch das Ein-
kommen jedes Arbeiters der Steuerbehörde denunzieren zu
können!

Nicht um eine „Abschwächung“ oder „Milderung“ des
§ 23 oder der Absichten des Antrages Reil handelte es sich
also, sondern um eine Verschärfung des § 23 und des
national-liberalen Antrages zum Nachteil der Ar-
beiter!

Und nun mag die „Freis. Ztg.“ abermals den aussichts-
losen Versuch unternehmen, „diese“ — um mit den Worten
des freisinnigen Blattes zu sprechen — „ganz klarlegende
Sachlage zu verbunkeln!“

Das Reichstagswahlrecht für — Oldenburg!

Ein Privattelegramm meldet uns: Dem Oldenburger
Landtag ist nunmehr die Wahlreformvorlage zu-
gegangen. Danach soll das Reichstagswahlrecht auf
Oldenburg übertragen werden, mit der Einschränkung, daß
die Wähler drei Jahre in Oldenburg wohnen müssen. Die
Wahlkreise (bisher 40) werden um drei vermehrt.

In Oldenburg bestand bereits das gleiche und geheime
Wahlrecht. Nunmehr soll auch das direkte Wahlrecht ein-
geführt werden. Durch die Einführung des Reichstags-
wahlrechts wird auch künftig die Wahlentziehung der nicht
„selbständigen“ Personen fortfallen, d. h. der Diensthöten und
der beim Arbeitgeber wohnenden gewerblichen Arbeiter.

Oldenburg geht also voran!
Wie lange noch will Preußen hinterdrein marschieren?!

Verzweigungssprünge des Herrn Kopsch.

Die „Freisinnige Zeitung“ versucht ihre Leser über die Tatsache
hinwegzutäuschen, daß Herr Kopsch in der Groß-Lichterfelde-
Freisinnigerversammlung sein schlechtes Gewissen vertrat hat, indem
er zwei an sich durchaus harmlose Fragen, die an ihn gestellt
wurden, als „Faseln“ bezeichnete und es ablehnte, sie zu be-
antworten. Den Wortlaut dieser Fragen hat die „Freisinnige
Zeitung“ bis heute ihren Lesern nicht mitgeteilt. Dafür hat sie
die Dreifaltigkeit zu behaupten, daß der Redakteur des
„Vorwärts“, Kallisch, einen von Entstellungen strotzenden Bericht in
sein Blatt hineinprolliziert habe“ und insbesondere er-
klärte sie, durch „Erkundigung am Vorstandstisch“ erfahren zu haben,
daß an unserer Meldung, es seien aus der Mitte der freisinnigen
Versammlung Rufe gegen die „Juden und Judenrechte“
laut geworden, kein „Wort wahr“ sei. Wir stellen fest, daß Genosse
Kallisch nicht Redakteur des „Vorwärts“ ist, daß unser Bericht von
ihm weder verfaßt noch inspiriert wurde, und daß uns eine Reihe
von Zeugen zur Verfügung steht, die bereit sind zu bekunden: „Der
Bericht des „Vorwärts“ ist vollständig richtig; die Rufe „Juden,
Judenrechte!“ sind tatsächlich laut und wiederholt ausgesprochen
worden und zwar an einem Tische, der von dem des Vor-
stands höchstens anderthalb Meter weit entfernt
war.“ Man wende sich also an einen Ohrsprengel.
Warum aber drückt sich die „Freisinnige Zeitung“ um den Kern

der Sache herum? Warum unterläßt sie es, ihren Lesern mitzu-
teilen, daß der Führer der freisinnigen Volkspartei die Fragen

1. ob er einem Gesetz gegen das Koalitionsrecht der fremd-
sprachigen Arbeiter zustimmen,

2. ob er im Regierungsblock bleiben werde, selbst wenn die
Regierung sich weigere, das geheime Wahlrecht einzuführen,
als „Faseln“ betrachtet und vorzüglich um sie herumzuleicht? Wir
bitten um Antwort. Oder ist diese unsere Frage schon wieder eine
— „Fasle“? —

Zum Reichsvereinsgesetz.

Wie die „Berl. Neueste Nachr.“ melden, hat das Reichs-
amt des Innern als Beilage zur Begründung des Vereinsgesetz-
Entwurfs eine umfassende Darstellung aller zurzeit in den deutschen
Bundesstaaten geltenden Bestimmungen über das Vereins- und Ver-
sammlungsweisen ausgearbeitet. Das Druckwerk, in dem z. B. die
Verschiedenartigkeit der Behandlung jugendlicher Personen
recht interessant sei, gewähre ein anschauliches Bild von der Bun-
tschichtigkeit auf diesem Gebiete und begründe den Wunsch, „unter
allen Umständen Einheitlichkeit für ganz Deutschland zu
erzielen.“

Nach dem, was bisher über den Vereinsgesetz-Entwurf bekannt
geworden, besteht die Befürchtung, daß die Einheitlichkeit nicht darin
bestehen wird, die freiheitlichen Bestimmungen der fort-
geschrittenen Vereinsgesetze zu verabschmeißen, sondern die
reaktionären Bestimmungen der rückwärtlichen Bundes-
staaten auf das ganze Reich zu übertragen. Das Verbot einer
fremden Sprache ist dafür ebenso kennzeichnend, wie der Ein-
weis des Scharfmacherblattes auf die Behandlung jugend-
licher Personen!

Für die Wohlhabenden Selbstentzückung — für die Armen Denunziation!

Wie die „Nordd. Allgem. Ztg.“ meldet, hat der Finanz-
minister der Berliner Handelskammer auf ihren erwähnten Protest
mitgeteilt, daß die Arbeitgeber nicht verpflichtet seien, Auskunft
über das Einkommen der Angestellten mit mehr als 3000 M. Ge-
halt zu geben. Die Königl. Direktion der Verwaltung der direkten
Steuern und die Magistrate sind darauf aufmerksam gemacht worden,
eine derartige Aufforderung an die Arbeitgeber nicht zu stellen.

Ueber das Einkommen der Arbeiter und Angestellten mit
weniger als 3000 M. haben dagegen die Arbeitgeber Auskunft
zu erteilen! Sie werden mit Heller und Pfennig zur Steuer
herangezogen! So hat es die preussische Dreiklassenkammer mit
freisinniger Hilfe beschlossen!

Paß schlägt sich, Paß verträgt sich!

Unter dem Titel „Lobwürdiger Liberalismus“ haben
die Antisemiten in Eisenach ein Flugblatt verbreitet, in dem sie
ihren Bundesbrüdern — den Rationalliberalen und Freisinnigen —
scharf zu Leibe gehen.

In einem Artikel in der Nummer 218 des „Vorwärts“ hatten
wir schon darauf hingewiesen, wie wenig Veranlassung die Eisenacher
Freisinnigen hatten, sich über den Bericht des Parteivorstandes auf-
zuregen, der ihnen vorwirft, das Mandat an den Antisemiten Schad
ausgeliefert zu haben. Nun bekommen die Liberalen von den
Schadleuten den Dank in einem von unflätigen Redensarten
strotzenden Flugblatt beimgesägt.

Der liberale Reichstagskandidat Dr. Winter-Nagdeburg hatte auf
einem am 6. September d. J. stattgefundenen Bierabend in Eisenach,
der von Liberalen und Freisinnigen arrangiert war — folgendes
erklärt: „Es ist vielleicht niemals einem Kandidaten
so schwer geworden, eine Parole für den Gegner
auszugeben, wie mir damals für Herrn Schad.
Ich habe jeden Respekt infolge seines Verhaltens
im Wahlkampfe vor diesem Manne verloren. Und
doch bin ich der Ueberzeugung, daß ich mit dem Eintreten für ihn
der liberalen Sache in Eisenach einen Dienst erwiesen habe.
Weil ich wünsche, daß über der Wartburg wieder das schwarz-rot-
goldene Banner weht, deshalb habe ich nach meinen Kräften ver-
hindert, daß das rote darüber flattere.“

Der Rechtsanwält Sommerfeld meinte, jetzt wehe über der
Wartburg eine schmutzige Fahne. Trotzdem bleibt es dabei,
daß die Freisinnigen diese schmutzige Fahne auch zweites Mal auf-
hissen lassen!

Was schreibt nun das Schadsche Flugblatt? „Um den Sieger
Wilhelm Schad haben ganz gemaltige Stürme getoht. Er ist mit
viel Gemeinheit und Unanständigkeit bekämpft worden, er hat es
aber den Gegnern hingehen lassen und nach der Wahl einen dicken
Streich durch ihre handhohe Säule gemacht, es wäre sonst wohl
mancher ins Gefängnis getwandert. Schad vergab ihnen
allen großmütig. So handelt ein vornehmer
Charakter.“ (1) Weiter wird von „getauften und un-
getauften Juden“, „Judenstuttruppe“, „wahr geschrien“ ge-
schrieben und zum Schluß heißt es in diesem Flugblatt: „Und
Wilhelm Schad kann mit Napoleon I. getrost zu seinen Gegnern
sagen: Keine Hoffnung sind Bürger und Bauern,
was gebe ich auf die Phrasendrescher und Schreier!“
Das sagt ein Mann, der vor dreiviertel Jahren durch die Gunst
der Liberalen in den Reichstag kam. Wenn aber jemand glaubt,
daß in Zukunft die Liberalen und Freisinnigen anders handeln
würden, so irrt er sich! —

Oesterreich.

Gräßliches — Abgräßliches.

Wien, 24. Oktober. Abgeordnetenshaus. Wegen Schluß der
gestrigen Sitzung zeigte Abg. Graf Sternberg verschiedenen Ab-
geordneten im Couloir ein den sozialdemokratischen Abgeordneten
Schuhmeier verhöhrendes Bild. Schuhmeier und mehrere sozial-
demokratische Abgeordnete kürzten sich auf den Grafen Sternberg,
der jedoch unter dem Schutze anderer Abgeordneter das Couloir
sowie das Haus verlassen konnte. — Beim Beginn der heutigen
Sitzung bezeichnete der Präsident Weiskirchner das Verhalten des
Grafen Sternberg am gestrigen Tage als unpassend und sprach
sein Bedauern über die gestrigen Vorgänge aus. Er richtete an
das Haus den Appell, sich ernstlicher, sachlicher Arbeit zu widmen.

Das Haus verhandelte darauf über den Dringlichkeitsantrag
Gibowitsch (Aitruhene) betr. Vorbereitung der wirtschaftlichen
Trennung von Ungarn. Bei der Verhandlung begann der Ab-
geordnete Markow seine Rede in russischer Sprache, was lärmenden
Protest bei den Ruthenen hervorrief. Die tschechisch-radikalen
wandten sich gegen den Einspruch der Ruthenen. Die Ruthenen
hörten erst auf, als Markow seine Rede in deutscher Sprache fort-
setzte.

Schweiz.

Eine Niederlage der Berner Vätermeister im Kampf gegen die Sonntagruhe.

Die Vätermeister gehören in der Schweiz — wie anderwärts
— zu den sozial rückwärtlichen Kreisen der Unternehmervelt. Sie
bekämpfen die gewerkschaftliche Organisation ihrer Gehilfen, sie
bekämpfen die Konsumvereine, sie verweigern jedes Entgegenkommen
gegenüber zeitgemäßen Forderungen der Gehilfen, und sie wollen
auch für die Gesetzgebung ein unantastbares Heiligum sein. Können
sie aber eine gesetzgeberische Maßnahme zur Sanierung der faulen
Verhältnisse im Vätergewerbe nicht verhindern, so laufen sie Sturm,
um deren Wiederaufhebung herbeizuführen. Das ist ihnen seiner-
zeit leider gelungen im Kanton Tessin mit der Wiederaufhebung
des kantonalen Gesetzes über die Nachtruhe im Vätergewerbe, und
jetzt machen sie den Versuch, die Bestimmungen im Sonntagruhe-
reglement der Stadt Bern über die Sonntagruhe im Vätergewerbe
ebenfalls wieder außer Kraft zu setzen bezw. zu veredeln. Aber
ihre geradezu kulturwidrige Vorgehen endete diesmal mit einem
Fiasco, indem das Begehren der Vätermeister in der Volks-

Abstimmung mit 2261 gegen 2023 Stimmen abgelehnt wurde. Die große Minderheit zeigt, daß leider noch weite Volkskreise so rückständig sind wie die Wäldermeister.

Frankreich.

Paris, 24. Oktober. Wegen antimilitaristischer Propaganda hat die „Sicherheitsbehörde“ den Belgier Drouwet ausgewiesen.

Dänemark.

Der Justizminister in der Klemme.

Der dänische Justizminister Alberti, der gefährlichste unter den reaktionären Leuten, die das „liberale“ Ministerium Christensen bilden (hat er sich doch u. a. um die Wiedereinführung der Prellgefäße und der Genitur „verdient gemacht!“) mühte in der Budgetdebatte, die gegenwärtig das Folkething beschäftigt, Entschuldigungen über sich ergehen lassen, die ihm sicher den Ministerstuhl kosten werden, wenn nicht etwa doch wieder Parteizwistigkeiten und Unklarheiten über die Minderheit auf das Wohl des Landes den Sieg davontragen. Er hat seine Macht als Justizminister dazu ausgenutzt, die Veröffentlichung ihm unangenehmer Zeitungsaufsätze zu hintertreiben! — Der Redakteur eines Koppenhagener Blattes war wegen Frechvergehens zu vier Monaten Gefängnis verurteilt und zwar schon vor Jahr und Tag. Auf Grund eines Krankheitsattestates wurde die Vollstreckung des Urteils bis jetzt aufgeschoben und außerdem hoffte der Mann auf Begnadigung. Die „Anarchie“ muß nicht sehr schlimm sein; denn er redigiert sein Blatt nach wie vor und soll auch die Strapazen der Jagd nicht scheuen. Seit jener Verurteilung hat aber sein Blatt „Middagsposten“, das vordem ziemlich freie Kritik zu üben pflegte, über den Justizminister nichts als Lobsprüche gebracht! Nun wollte dieses Blatt kürzlich „die größte dänische Schwindelaffäre des Jahrhunderts“ aufdecken. Der erste Artikel mit diesem Titel war erschienen, der zweite sollte anderen Tages folgen, blieb aber aus, und zwar deswegen, weil der Justizminister dem Redakteur geschrieben hatte, daß ihm sehr daran gelegen sei, daß über seinen alten Freund Nöcker — dessen Name mit der Schwindelaffäre in engster Verbindung steht — nichts mehr geschrieben werde und daß der angekündigte Artikel nicht erscheine. Der Redakteur, in Furcht vor der Gefängnisstrafe, die das Erscheinen seines Blattes unmöglich gemacht hätte, und in der Hoffnung auf Begnadigung zudem, duckte sich. Der Brief des Justizministers aber wurde von einem Redaktionssekretär jenes Blattes, dem Schweigepflicht nicht auferlegt war, unserem Parteigenossen, Folkethingmann Borgbjerg mitgeteilt, der ihn, seiner Pflicht als Volksvertreter entsprechend, im Folkething verlas und den schmählichen Amtsmißbrauch des Ministers geißelte. Alberti's Antwort war matt und konnte ihn in keiner Weise reinwaschen. Wie es ähnlich auch anderswo üblich ist in solchen Fällen, fabelte er davon, die Sozialdemokratie hätte den Brief auf unredlichem Wege erworben, Borgbjerg oder „Socialdemokraten“ hätten 200 Kronen dafür bezahlt, woran aber kein wahres Wort ist. Dann kam er mit Sentimentalitäten über seinen verstorbenen Freund Nöcker, den man nicht im Grabe beschimpfen solle. Es handelt sich jedoch nicht um diesen Verstorbenen, sondern um die Aktien-Gesellschaft, die Nöckers Namen trägt, vom Justizminister mit großen Staatsarbeiten bedacht wurde, sie aber weder pünktlich noch zufriedenstellend ausführte und die — das ist der große Schwindel — im letzten Geschäftsjahre buchmäßig mit einem Ueberschuß von mehr als 100 000 Kronen abschloß, tatsächlich aber ein Defizit von 600 000 Kronen hatte, wodurch unter anderem manche Handwerkermeister, die im Vertrauen auf die Solidität der vom Staate bevorzugten Aktiengesellschaft Arbeiten für sie übernommen hatten, ihr Geld einbüßten. ...

Bulgarien.

Ferdinand, der Veleidigte.

Sofia, 24. Oktober. Gestern wurden mehrere Sozialistenführer wegen Veröffentlichung eines Aufrufes gegen den Fürsten verhaftet, jedoch nach Feststellung ihrer Personalien wieder entlassen.

Die russische Revolution.

Duma.

Jetzt, wo das zweite Stadium der Wahlen, die Wahlmännerwahlen, fast überall beendet ist, läßt sich mit einiger Sicherheit über die Zusammensetzung der dritten Duma und ihren Charakter „prophetisieren“. Fiebermäßig zwar ist die Stärke der einzelnen Parteien nicht zu berechnen, aber soviel steht bereits fest, daß die Duma keine oppositionelle sein wird. Aber nichts wäre falscher und verhängnisvoller für die Beurteilung der innerpolitischen Lage Russlands, als daraus auch auf eine „rechte“ Stimmung im Lande zu schließen. Nur die eine Kurie der Grundbesitzer weist einen deutlichen Aufwind nach rechts auf; bei den ersten Duma-Wahlen entfielen auf die Opposition 22 Proz. aller Wahlmänner, auf die Okzobristen 17 Proz., auf die Rechten 62 Proz., bei den zweiten Duma-Wahlen war das Verhältnis gleich 48:18:9, diesmal ist es 60:15:4,5. Aber diese Zahlen gelten mit einer wichtigen Einschränkung; sie spiegeln nämlich nicht die Stimmung der ganzen Grundbesitzerklasse, sondern nur ihres kleinen Teiles der Großgrundbesitzer, der Volkskultivatoren, wieder. Die kleinen Grundbesitzer sind teilweise ihres Wahlrechts völlig beraubt, und selbst die Wahlberechtigten haben sich aus verschiedenen Gründen an den Wahlen nicht beteiligt.

Was die übrigen Kurien betrifft, so hat die Arbeiterkurie ihren Aufwind als „unverbesserlich-revolutionär“ voll gewahrt: Von den 102 bisher gewählten Wahlmännern ist die erdrückende Mehrheit sozialdemokratisch. Die demokratische zweite städtische Kurie hat 80 Proz. ausgesprochen oppositionelle Wahlmänner gestellt, darunter 11 Proz. Sozialdemokraten. Charakteristisch ist, daß selbst in der ersten städtischen Kurie, der Großbourgeoisie, 55 Proz. aller Wahlmänner sich zu den Rechten zählten, während die Okzobristen und Rechten es nur auf 14 Proz. gebracht haben. Objektiv ist dies eine Widerspiegelung des Klassenkampfes von Kapital und feudalem Grundbesitz, praktisch hat es aber keine große Bedeutung, da die Wahlmännerzahl der ersten Kurie überhaupt zu gering ist. Die bauerliche Kurie weist, wie nach dem Ausfall der Bevölkerungswahlen nicht anders zu erwarten war, eine „linke“ Stimmung auf; zählt doch selbst die verlogene Petersburger Telegraphenagentur ein Drittel der Wahlmänner zur offenen Opposition. Nach privaten Meldungen erhöht sich diese Zahl durchschnittlich bis auf 45–50 Prozent, in einzelnen Gouvernements steigt sie noch mehr, die immerhin große Zahl von Parteilosen, Vermäßigten usw. wirkt jedoch störend für genauere Berechnungen.

Wäre mindestens das alte Wahlgesetz in Kraft, so gäbe es also keine Zweifel über die oppositionelle Zusammensetzung der Duma. Aber das staatsrechtlichere Gesetz vom 5. (16.) Juni tut seine Pflicht: es liefert die oppositionelle Mehrheit der Wahlmänner der reaktionären Minderheit aus und schafft auf diese Weise eine rechte Duma, eine „Gutsbesitzerduma“, wie sie schon längst im Volksmunde heißt. Klar und deutlich wie noch nie geschieht nie im

Kaufe der russischen Revolution ist der Antagonismus zwischen den breiten städtischen und ländlichen Bevölkerungsmassen einerseits und den 130 Tausend feudalen Großgrundbesitzern andererseits zu Tage getreten, und der Verlauf der Dinge in der Duma selbst wird ihm dem Volke zweifellos noch schärfer und klarer zum Bewußtsein bringen, dafür sprechen alle Möglichkeiten der Parteigruppierung in der Duma.

Soweit es sich überlegen läßt, wird das Gros des linken Flügels aus den Kadetten bestehen, die äußerste Linke, speziell die Sozialdemokratie, wird nur schwach vertreten sein. Andererseits werden die „Echt-russischen“, Monarchisten usw., keine absolute Mehrheit haben, der Schwerpunkt wird also bei den dem Zentrum bildenden Okzobristen liegen. Die eine mögliche Mehrheitsbildung — der okzobristisch-kadettische Block, dessen Zustandekommen vor einigen Tagen so nahe gerückt war — ist, wie's scheint, bereits wieder in die Brüche gegangen, und zwar nicht aus Mangel an gutem Willen auf Seiten der Kadetten, die deutlich genug durch den Mund der Herren Mihaloff, Straube u. a. ihre Bereitwilligkeit zu einem solchen Zusammengehen kundgaben, sondern wegen der schroffen Ablehnung der Okzobristen, die teils aus eigenem, teils der Rechten nahebringenden Interesse, teils — wie hartnäckig behauptet wird — auf direktem Geheiß von „oben“ auf keinerlei Annäherungen mit den Kadetten eingehen wollen! Eine okzobristisch-kadettische Mehrheit, bei der wohl nach dem Beispiel des deutschen konfessionell-freikirchlichen Blocks, die Kadetten viel, die Okzobristen so gut wie gar nichts zu sperren hätten, ist „oben“ doch noch zu „liberal“; man zieht einen rechts-okzobristischen Block vor, mit dem sich nunmehr auch die Okzobristen einverstanden erklärt haben und mit dem somit ernstlich gerechnet werden muß. Man darf nun nicht etwa glauben, der Einfluß der „linken“ Okzobristen würde dem Block einen liberaleren Anstrich verleihen; er wird höchstens sein offen-brutales Aeußeres etwas mildern und verschleiern und so der Regierung die Gelegenheit geben, mit einer Duma „ganz nach europäischem Muster“, mit einer im Gegensatz zu ihren Vorgängerinnen „arbeitsfähigen“ Duma zu prahlen. Denn die „Arbeitsfähigkeit“ einer auf dem rechts-okzobristischen Block gegründeten Duma ist über alle Zweifel erhaben: Okzobristen, „Schrittische“ und Regierung sind alle drei Vertreter der Klasseninteressen des Grundbesitzes gegenüber den Volksmassen und vor allem gegenüber dem Bauerntum, der Unterschied ist nur in den Nuancen, und es wird jenen wohl nicht allzu schwer fallen, sich über die Teilung der Beute zu verständigen.

Die Masse einer wahrhaft demokratischen Opposition in einer solchen Duma ist noch mehr denn je eine rein kritische. Ob aber die Kadetten dies begreifen und sich nicht zu einer wenigstens teilweise Zusammenarbeit mit dem „Block“ aufdrängen werden, bleibt noch durchaus dahingestellt. Um so mehr ist sich aber die Sozialdemokratie, als einzige konsequente und unerlöschende Vertreterin der Interessen des Volkes gegen seine Unterdrücker, ihrer Pflichten bewußt, und neben der Geheimung und Entlarvung der Regierung und ihrer Helfershelfer in der Duma selbst wird sie außerhalb des Parlaments die Organisierung der Volksmassen zum Kampfe nicht aus dem Auge lassen.

Solidarität.

Petersburg, 24. Oktober. Die Studenten der Moskauer Universität basen sämtlich, ebenso bestrast zu werden wie die 41 vorgestern arretierten Studenten. Zurzeit herrscht in der Universität Ruhe.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

23. Sitzung vom Donnerstag, den 24. Oktober, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsteher Dr. Sangerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr.

Der Ausschuh zur Vorbereitung des Antrages Arons wegen Einsetzung eines ständigen Ausschusses für soziale Angelegenheiten ist gewählt und hat sich konstituiert; von der sozialdemokratischen Fraktion gehören ihm die Stadtverordneten Dr. Arons, Bernstein, Koblenzer und Ritter an.

Der Antrag der Stadtvv. Schmidt u. Gen. wegen Herstellung eines Fußgängersteiges über den Bahndörper des Gärlicher Bahnhofs ist Gegenstand der Besprechung in einem Ausschusse gewesen. Dieser hat einstimmig einen Fußgänger-tunnel im Zuge der Liegnitzerstraße zum Zwecke einer direkten Verbindung der Bienerstraße mit der Gärlicherstraße den Vorschlag gegeben und empfiehlt den Antrag, entsprechend modifiziert, zur Annahme. Referent ist Stadtv. Jden (A. V.). Ohne Diskussion beschließt die Versammlung dem Ausschuhentrage gemäß.

Für die Erledigung der nach § 23 des Einkommensteuer-gesetzes der Steuerdeputation obliegenden Arbeiten hat der Magistrat einen Raum für monatlich 333 M. Miete auf unbestimmte Zeit gemietet. Die Versammlung soll nachträglich dazu ihre Zustimmung geben. — Es handelt sich im wesentlichen um das vom Magistrat auf Grund der neuen Formulierung des § 23 den Hausbesitzern und Arbeitgebern zugestellte Formular zur Angabe der Persönlichkeiten beim des Lohnes der bei ihnen wohnenden bzw. beschäftigten Personen.

Stadtv. Stadthagen (Soz.): Wir werden uns dem Antrage des Magistrats nicht anschließen. Einmal ist nicht ersichtlich, warum uns die Vorlage so spät gemacht wird, warum die Rietung schon erfolgt, bevor die Versammlung befragt wurde. Ich halte die Ausgabe nicht nur nicht für notwendig, sondern für schädlich und nachteilig. Die Reformulierung des § 23 des Einkommensteuer-gesetzes soll diese Mehrarbeit usw. notwendig gemacht haben. Aber § 23 legt dem Magistrat keine Verpflichtung auf; die Denunziationspflicht ist durch das Gesetz den Arbeitgebern auferlegt zu Ungunsten der Arbeiterklasse, aber ich sehe nirgends eine Vorschrift, welche den Magistrat zwingt, diese Denunziationspflicht auszuüben, nirgends ist ihm auferlegt, nunmehr die Hausbesitzer und Arbeitgeber zu dieser Denunziationspflicht zu zwingen; im Gegenteil hat sogar der preussische Finanzminister sich ursprünglich im entgegengekehrten Sinne geäußert, und seine späteren Erlasse brauchte der Magistrat nicht zu beachten, da sie über das Gesetz hinausgehen. Die Folgen des neuen § 23 sind geradezu vernichtend für die Arbeiterklasse. (Unterbrechung durch den Vorsteher, der diese Ausführungen als zu weit gehend beanstandet.) Wir haben hier doch zu entscheiden, ob es nötig ist, diese Befugnis auszuüben, und ob wir die Mittel dafür bewilligen sollen. Tatsächlich sind Leute, die bisher zu 4 oder 8 M. besteuert waren, bis zu 31 M. hinaus gesteigert worden; und jetzt sollen wir Mittel bewilligen, damit den Arbeitern noch weitere ganz unverhältnismäßige Steuerlasten auferlegt werden! Es handelt sich hier um eine eminent unsoziale Maßnahme, es handelt sich auch nicht etwa um eine gleichgültige Sache. (Wachsende Unruhe.) Man will hier einfach ein neues Ausnahmengesetz für die Arbeiterklasse, das wir auszuführen helfen sollen. Denn es sollen z. B. nach dem Gesetz nur die dauernd beschäftigten Arbeiter angegeben werden, der Magistrat aber hat in seinem Zirkular die Angabepflicht auf alle Arbeiter ausgebreitet. Ich bitte die Versammlung dringend, diese Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Laurié: Aus § 23 läßt sich allerdings unsere Verpflichtung nicht konstruieren; aber diese Verpflichtung beruht auf dem ganzen Charakter unserer Steuer-gesetzgebung, dagegen können wir uns nicht wehren. Die Novelle zum Gesetz ist erst im Juli publiziert worden. Wir konnten nur einen einzigen Raum finden in der Kaiser-Wilhelmstraße; der Vermieter verweigert uns, daß das Grundstück in Sublokation stand und zur Zwangsverwaltung kommen müßte, daher die Verzögerung. Die Sache selbst muß als gesetzgeberischer Versuch angesehen werden. Es sind bereits Konferenzen angebahnt worden mit den Vertretern der Kaufmannschaft

über eine Vereinfachung und Milderung der Fassung des Formularens. Im nächsten Jahre wird jedenfalls der Fragebogen anders aussehen und für die Berliner Verhältnisse besser eingerichtet sein als jetzt. Aber das Geld bitte ich Sie zu bewilligen; was sollen wir denn sonst machen? (Heiterkeit.)

Stadtv. Stadthagen: Wir sind eben nicht gezwungen, die Mittel zu bewilligen. Das Gesetz läßt volle Freiheit, es überhaupt von der Befugnis Gebrauch gemacht werden soll. Es wird ja, wie der Herr Stadtrat selbst bestätigte, z. B. erwogen, ob man nicht die Leute unter 800 M. weglassen soll. Nur die dauernd Angestellten sollen aufgenommen werden; davon steht im Fragebogen nichts. Personen mit über 8000 M. Einkommen dürfen eine Menge Abzüge machen (Lohn bei der Mehrheit), der Arbeiter kann alle diese Abzüge nicht machen. (Große Unruhe und Lärm.) Kollege Ladewig, wenn ich etwas behaupten, können Sie es schon glauben. (Stürmischer Widerspruch.) Doch Sie alle zusammen eine größere Lungenkraft haben als ich allein, ist ja zweifellos. Der Arbeiter muß eben alles aufführen, bis auf den letzten Pfennig, während dem Wohlhabenden alle möglichen Abzüge gestattet sind. Der ausgegebene Fettel soll ja nach der eigenen Angabe des Magistratsvertreters nicht für alle Ewigkeit so bleiben; dann ist es um so mehr unsocial, jetzt beratig gegen die Arbeiter vorzugehen. Lehnen Sie die Vorlage ab! Der Magistrat hätte vor Ausgabe dieses Fettes mit der Versammlung Rücksprache nehmen sollen. Dem Arbeiter werden da unter Umständen Strafbrohungen schwere wirtschaftliche Nachteile zugemutet; wenden Sie diese Nachteile ab!

Stadtv. Solmig (Fr. Fr.): Die Vorlage gibt mir Anlaß, den Magistrat zu fragen, wann das neue Rathaus in Gebrauch genommen wird. (Heiterkeit.)

Eine Antwort vom Magistratsamt erfolgt nicht. Die Vorlage wird angenommen.

Die Stadtvv. Dr. Arons und Gen. (Soz.) haben folgende Anträge eingereicht:

1. Den Magistrat zu ersuchen, die Vorschriften über das städtische Submissionswesen einer Neuordnung zu unterziehen und hierbei festzusetzen, daß die Lieferungen und Arbeiten für die Stadt öffentlich ausgeschrieben werden und daß den Submittenten die Verpflichtung auferlegt wird, für die mit der Ausführung städtischer Aufträge beschäftigten Arbeiter die mit den gewerkschaftlichen Organisationen ihres Berufs vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen anzuerkennen.

2. Den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemeinsamer Deputation darüber zu beraten, in welchem Umfange die gegenwärtig an Privatunternehmer vergebenen städtischen Arbeiten in eigener Regie der Gemeindeverwaltung ausgeführt werden können.

Die Beratung beider Anträge wird verbunden.

Stadtv. Pannkoff (Soz.): Es werden am 15. Dezember 1907 acht Jahre, daß dieser Gegenstand hier in der Versammlung erörtert wurde. Wir hatten damals u. a. den Antrag gestellt, die ortsüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen auch für die Unternehmer als bindend zu erachten. Diese Anträge wurden damals abgelehnt. Die Neue Linke beantragte damals durch Herrn Goldschmidt, die Zuteilung von Lieferungen davon abhängig zu machen, daß der Unternehmer nur zu ortsüblichen resp. im Einigungsvereinbarten Arbeitsbedingungen beschäftigte, und diejenigen von Lieferungen auszuschließen, welche in Strafanzustalten arbeiten lassen. Ich erwähne das, weil ich auch heute auf seine und seiner Freunde Unterstützung um so mehr rechne, als Herr Goldschmidt bei dem diesjährigen Kongreß des „Vereins für Sozialpolitik“ in Regensburg sich für ein freieres Kommunalwahlrecht mit der Wortführung erklärt hat, daß die Sozialdemokraten dann zeigen müßten, was sie in Kommunalpolitik leisten könnten, daß diese nur eine bürgerliche Kommunalpolitik sein könnte, und daß die Massen, welche der Sozialdemokratie jetzt vertrauensvoll folgen, bald ernüchtert werden würden. Hiernach haben diese Herren nicht allein für unsere Anträge zu stimmen, sondern alle Hebel in Bewegung zu setzen, um sie durchzubringen, damit sie von uns und den Beweisen der Fröhlichkeit praktischer Kommunalpolitik erbracht erhalten. Es war früher namentlich das Algalied der Unternehmer aus den Handwerkerkreisen, daß bei den Submissionen eine Unterbietung stattfände, die den Handwerkern die Existenz ungemein erschwerete. Diese Unterbietungen kommen heute nur noch in kleineren Städten und auf dem Lande vor, wo die Unternehmer in Organisationen nicht verbunden, sondern die einzelnen noch auf sich gestellt und den kapitalstärkeren Kollegen gegenüber im Nachteil sind. Sonst hat die wirtschaftliche Entwicklung die Unternehmer sogar bereits dahin geführt, sich a) bei Submissionen zusammenzuschließen, wieviel sie Offerten abgeben wollen, was der Annahme Rechnung gegeben hat, daß die Unternehmer darauf ausgehen, die Gemeinden zu schröpfen. Ich verweise auf das Vorkommnis bei der Straßenreinigung, wo einem Unternehmer für die Lieferung von Sand und Kies im laufenden Jahre 60 000 M. mehr als im vergangenen gezahlt werden mußten. Vorher soll er mit Schaden gearbeitet haben; wir konnten das nicht prüfen, weil andere Unternehmer das Material nicht in gleicher Weise liefern können. Gerade deshalb verlangen wir die öffentliche Ausschreibung tunlichst unter allen Umständen. Erfolgt die öffentliche Ausschreibung, so wird die öffentliche Kontrolle eine viel bessere sein und auch die Konkurrenz der Unternehmer auf ein größeres Gebiet ausgedehnt werden können. Die Unternehmer schließen jetzt schon Vereinbarungen, die sich über das ganze Deutsche Reich erstrecken. So ist mir mitgeteilt worden, daß sich ein Ring von einem halben Dutzend Berliner Unternehmer für die Lieferung des Materials für echte Fassaden gebildet hat, dessen Mitglieder gleichzeitig die Besitzer der betreffenden Steinbrüche sind. Den Leuten mache ich keinen Vorwurf aus dem Zusammenhange; es kommt nur darauf an, ob die Stadt sich solche PreSSIONen gefallen lassen will, oder sich ihnen entziehen kann. Das wird in diesem Falle kaum möglich sein, aber dann kann man von den Unternehmern auch verlangen, daß sie gegenüber den Arbeitern mindestens auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehen, die entweder die Gewerkschaftsverbände aufgestellt oder mit den Unternehmerverbänden vereinbart haben. Die sogenannte „anständige“ Lohnklausel müßte dann eine ständige Einrichtung bei denen werden, welche sich um städtische Aufträge bewerben. Selbstverständlich muß auf Fernhaltung der Schmutzkonkurrenz Bedacht genommen werden, es darf auch nicht bei Vergebung größerer Arbeiten ein Generalrezeptur eingelegt werden, sondern es müssen die Arbeiten in mehrere Lose geteilt werden. Die „anständige“ Lohnklausel hat im Ausland längst ihren Eingang gehalten. In Frankreich besteht sie und die Unternehmer, die sie nicht anerkennen, werden abgewiesen. In Belgien liegt es ähnlich. Seit 1896 ist dort Gesetz, daß die vereinbarten Lohnsätze und die Ausschläge für Ueberstunden sowie die festgesetzten Minimallohne anerkannt werden müssen. Diese weitblickende soziale Fürsorge, wie sie in Frankreich und Belgien, besonders aber auch in England, hier durch den Arbeiterminister John Burns, ermöglicht ist, sollte auch in Preußen und Berlin möglich sein. In Oesterreich ist bestimmt, es sollen die Unternehmer bevorzugt werden, welche die höheren Löhne zahlen. Eine ähnliche Verfügung hat ja auch der preussische Eisenbahnminister für sein Ressort erlassen. Die Kommunen in Deutschland, das muß mit Beschämung festgestellt werden, sind hierin noch nicht auf der Höhe der Zeit angekommen; die „anständige“ Lohnklausel ist bloß in Stralburg, Wiesbaden und Frankfurt a. M. in Geltung. Inmerthin hat auch München 1906 wenigstens vorgeschrieben, daß solche Unternehmer ausgeschlossen werden sollen, von denen bekannt ist, daß sie in ihren Betrieben eine über das übliche Maß hinausgehende Arbeitszeit haben oder hinter dem ortsüblichen Lohn zurückbleibende Löhne zahlen oder die vereinbarten Tarife nicht einhalten, daß sie Lehrlinge in Ueberzahl beschäftigen usw. Auch sollen Unterassistenten ausgeschlossen werden, Submissionen nicht zu Spekulationsobjekten gemacht werden. Darauf kommt es an, daß die, die submittieren, auch die wirklichen Unternehmer sind, die in ihren Betrieben die über-nommene Arbeit herstellen lassen. Stimmt die Versammlung später

unseren Anträgen zu, so muß natürlich auch die Ächtung der Tarifverträge zum Gesetz gemacht werden, wie es z. B. die bayerische Regierung bereits verlangt. Die Auffassung von der Nützlichkeit der Tarifverträge gewinnt ja auch unter den deutschen Industriellen immer mehr Anhänger; nur der „Zentralverband deutscher Industrieller“, die scharfmacherische Großindustrie steht noch unentwegt auf dem Herrenstandpunkt. Daneben haben wir aber schon deutsche Arbeitgeberverbände, welche jenes Prinzip anerkennen, weil sie dessen Wert und Vorteile auch für die Unternehmerschaft selbst erkannt haben. Diese Vorteile verkennen wir unsererseits auch keineswegs. (Nebst der Verwirklichung der sozialistischen Forderungen, die in den Tarifverträgen zum Ausdruck kommen, ist ein großer Teil dessen, was heute noch als Klassenkampf, Klassenkampf und Klassenkampf bezeichnet wird, beseitigt; es liegt also in der Hand der Unternehmer, diese Besserung herbeizuführen, und die Gemeinden haben es in der Hand, die Unternehmer auf dem Wege solcher Bestimmungen dahin zu bringen, daß ein größeres Maß von sozialem Frieden eintritt. Die großen Vorteile der Kollektivverträge gegenüber den Individualverträgen brauche ich hier nicht aufzuzählen. Gewisse Unternehmer freilich betrachten trotzdem noch die Arbeitskraft des Arbeiters als Ware, während sie beim Verkauf ihrer Produkte bekanntlich in Kartellen und Syndikaten vereinigt sind, und sogar ihr Patriotismus zum Teufel geht, wenn es ihrem Profite dient, nach dem Ausland billig zu verkaufen, um im Inland höhere Preise zu erzielen. Demnach kann ich der Versammlung nur die Annahme unseres Antrages empfehlen. In Magdeburg trat auch Kollege Fischek auf, der meinte, die Sozialdemokratie zeige sehr wenig von praktischer Mitarbeit, unsere Mitarbeit sei lediglich politischer Tendenz und es handle sich bei unseren Anträgen nur um Sprengminen. Diese Unterstellung ist so unbedeutend wie die, daß wir uns vom Standpunkte des Parteibürokraten bei unseren Anträgen leiten ließen. Warum ist denn Herr Fischek in seine Stellung eingerückt; warum mühte er sich um die Stadt zu bemühen? In unterstellte ihm, daß er damit seiner Reizung und seinen Wünschen, der kommunalen Sache zu dienen, gefolgt ist, und ich verlange von ihm dieselbe Berechtigung. Zwei bürgerliche Organe, die „Berliner Zeitung“ und unser verstorbenen Kollegen Perls und die „Berliner Volkszeitung“ haben seinerzeit sich unmutig darüber geäußert, daß Berlin „noch so unberührt von aller moderner Zeitströmung mit Archaismus und Schöpfungssucht an Kleinbürgerlicher Beschränktheit wechselfertig“ und sich erst von sozialdemokratischer Seite mühen müßten, um den Ausschuß, den Sie heute ernennen, nicht als Vereidigungsanstalt anzusehen.

Auf den zweiten Antrag, die Ausführung städtischer Arbeiten in städtischer Regie, trifft ein großer Teil des schon Angeführten in erhöhtem Maße zu. Wir schlagen eine gemischte Deputation vor, damit die gegebene Anregung geprüft und eingehend erwogen werden soll, wie weit die Möglichkeit der Uebernahme heute schon besteht. Verschiedene Betriebe stehen bereits in städtischer Regie: Gas- und Wasserwerke, Kanalisation, Straßenreinigung usw. Wir haben aber außerdem Arbeiten großen Stils zu vergeben. Von dem neuen Rathaus war heute schon die Rede. Gerade auf dem Gebiete der Bauausführungen gibt es nichts Besseres als die städtische Regie, wo doch schon heute die Projekte von der Verwaltung vorbereitet, die Anschläge gemacht werden müssen; auch die Bauausführung, Bauüberwachung usw. müßte den städtischen Beamten ein Leichtes sein. Die Instandhaltung der Straßen könnte ohne weiteres in städtische Regie übernommen werden. Hier haben sich die Unternehmer auch zusammengekommen, um der Stadt günstigere Bedingungen zu stellen; und dabei liefert schon heute die Stadt dem Unternehmer auch die meisten Materialien. Wozu ist dieser Unternehmer überhaupt noch nötig, außer um einen Unternehmergewinn einzufahren? Er könnte gänzlich ausgeschaltet und die Ersparnis entweder den Arbeitern als höherer Lohn zugewiesen werden oder der Stadtkasse zufließen. Dieser Unternehmer ist tatsächlich völlig überflüssig; er steht höchstens einmal mit der Zigarre bei den Arbeiten und sieht zu, wie diese sich im Schwitze ihres Angesichts für ihn abmühen. Ebensovienig hat man je etwas von der Tätigkeit eines Schornsteinfegermeisters gesehen. (Sehr gut!) Hier könnte sofort der Regiebetrieb in Kraft treten. Der Einwand, daß der notwendige Stab von Aufsichtspersonal die Sache eher kostspieliger machen könnte, ist hinfällig. Bei der Herbeiführung des Reichs-Krankenhausprojekts sollen die vergebenen Materialarbeiten durchaus nicht den vertraglichen Bedingungen entsprochen haben; die Stadt soll in eigener Regie die Arbeiten haben herstellen lassen, und diese Arbeit soll sehr gut und viel billiger ausgefallen sein als nach den Submissionsbedingungen! Mit Unterbilanz soll auch nach meiner Meinung nicht gearbeitet werden, die Anschläge sollen eingehalten, Ersparnisse am Arbeitslohn nicht gemacht werden. Öffentlich wird die Anregung nach dieser Richtung nicht den Ausgang wie 1899 nehmen, sondern wird eine neue soziale Ära von dieser Ausschussberatung datieren! (Beifall!)

Stadtv. Dove (A. L.) erkennt an, daß der Antragsteller zum Teil treffende Ausführungen gemacht habe. Es sei aber schwierig, für derartige Initiativanträge von Partei wegen Erklärungen abzugeben, da in seiner Partei z. B. man noch nicht darüber habe schlüssig werden können. Deshalb beantrage er Ausschussberatung. Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Auch meine Freunde wünschen, beide Anträge in einem Ausschuss zu prüfen. Der erste Antrag wird hoffentlich positive Folgen haben. Ich war vor allem hocherfreut über die persönliche Art, in der Herr Pfannkuch gesprochen hat; ich hatte gedacht, er würde als Sozialdemokrat dem Klassenkampf das Wort reden. Seine Rede würde noch vor einiger Zeit als „Harmoniebusel“ in eigenem Lager angesehen worden sein. Seine Ansichten über die Tarifverträge hatte ich nicht erwartet. (Stadtv. Singer ruft: Er hat Ihnen wohl das Konzept Ihrer Rede verborgen?) (Heiterkeit.) Meine Freunde meinen, daß die Tarifverträge durchaus auch durch die Behörden zu fördern sind. Als ein Muster nenne ich den Vertrag zwischen den Buchdruckern und Druckereibesitzern. Nach § 4 des Vertrages sollen aber nur die Buchdrucker daran teilhaben, die dem sogenannten Verbande angehören, die Mitglieder anderer Buchdruckerorganisationen sollen ausgeschlossen sein. Einen solchen Organisationszwang zu geben, aber meine Freunde niemals billigen. Wir werden bei allen Buchdruckerarbeiten, die die Stadt zu vergeben hat, einen solchen Organisationszwang nicht unterlassen. Bisher sind etwa 4000 Tarifverträge geschlossen. — Oft wollen die Unternehmer einen Vertrag abschließen, aber nicht die Arbeiter. So war es im Holzarbeiterverbande und im Baugewerbe, wo auch die Führer der Arbeiter zum Verträge rieten. Aber die Arbeiter selbst lesen täglich den „Vorwärts“, und im „Vorwärts“ wollte man es anders. Der politische Einfluß der sozialen Presse ist geradezu ein Unglück für diese Bestrebungen. Ich erinnere an einen Artikel aus der „Metallarbeiterzeitung“, worin auseinandergesetzt wurde, daß die soziale Presse und die sozialistischen Parlamentarier eine Macht sein dürften, die sie in Wirklichkeit gar nicht haben. Wirtschaftlicher Fortschritt und Frieden durch diese Tarifverträge wird erst möglich sein, wenn die sozialistische Presse aufhört, diesen Frieden durch Verleumdung und Verhöhnung zu zerstören. In Magdeburg habe ich nur sagen wollen, daß die Sozialdemokratie, wenn sie in den Kommunen die Macht besäße, auch nur mit Wasser kochen kann und erste sozialpolitische Arbeit auch nicht besser machen könnte als wir. Ich will ja nicht behaupten, daß die Sozialdemokraten diese Anträge nur wegen der bevorstehenden Wahlen gestellt haben (Heiterkeit), aber solange Sie nicht die Mehrheit haben, können Sie mit dem Munde das alles verlangen. Sie könnten es aber nicht anders machen, als es jetzt schon geschieht. Ist es nicht in Frankfurt so, wo doch im Ministerium drei sozialistische Minister sitzen? (Ruf: Drei Dürckel! — Heiterkeit.) — Der Hinweis auf die Pfister- und Schornsteinfegerarbeiten, die sich besonders für die städtische Regie eignen sollen, ist auch eine Verleumdung des sozialistischen Prinzips

und eine Konzeption an uns, wofür ich Ihnen danke. Geben Sie das Prinzip preis, wollen Sie von Fall zu Fall entscheiden, so ist natürlich eine Verständigung mit Ihnen viel leichter möglich. Es gibt aber zahlreiche Betriebe, die sich nicht für die städtische Regie eignen. Die Schornsteinfegerbetriebe können wir z. B. nicht übernehmen, weil die Gewerbe entgegenstehen. Es ist auch nicht richtig, Berlin, zumal auf sozialem Gebiete, als besonders rückständig zu bezeichnen, aber wir haben andererseits auch auf diesem Gebiete alle Anstrengungen zu machen, um Berlin musterhaftig voranzugehen zu lassen. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Friedemann (soz.-fortschr.) läßt der Tendenz der Anträge alle Berechtigung widerfahren, sieht aber die Schwierigkeiten der Durchführung als sehr erheblich an. Es könne aber nur von Fall zu Fall entschieden werden. Ein Ausschuss sei einer gemischten Deputation vorzuziehen.

Stadtv. Thiere (Fr. Fr.) weist darauf hin, daß sich in den Kreisen der Antragsteller die Anschauung irgendwie geändert haben müßte, denn die Begründung des Antrags widerspreche früheren Ausführungen des Stadtv. Voegmann. Die Lösung des Rätsels liege wohl im letzten Bauarbeiterstreik. Die Submissionsbedingungen könnten vielleicht nach der Richtung der Lohnaufschlag in etwas revidiert werden. Die Erweiterung des Kreises der Regierarbeiten lehne seine Forderung ab, schließe sich aber dem Antrage auf Ausschussberatung an.

Damit schließt die Beratung. Stadtv. Pfannkuch (Schlußwort): Herr Goldschmidt wirft uns Inkonsequenz vor. Ueber unsere Tätigkeit und die Innehaltung der richtigen Bahn wachen schon unsere Parteigenossen selbst. Dem Kollegen Goldschmidt und den anderen Herren von den bürgerlichen Parteien wäre es vielleicht angenehmer gewesen, wenn wir hier die Einführung des sozialdemokratischen Zukunftsstaates beantragt hätten. Wir lassen uns aber ebensowenig bei unserer Tatkraft von Ihnen drängen, wie Sie sich von uns nicht drängen lassen wollen; wir tun, was und wie wir es für richtig und nötig halten. Herr Goldschmidt hält es für ein Unglück für die Arbeiterklasse, daß sie der Sozialdemokratie anhängt; er hofft in seinem Sinne auf Besserung. Ich halte ihm bloß entgegen, daß, seitdem wir am 25. Januar „niedergeritten“ sind, die Abonnentenzahl unserer Presse kolossal gewachsen ist. Herr Goldschmidt sprach dann davon, die Arbeiter würden anders urteilen, wenn sie nicht unserer „Verhöhnung“ unterlägen. Er hob hervor, die Organisationsleiter hätten zum Frieden gemahnt, aber die Streiks wären doch beschlossen worden. Gilt er denn die sozialdemokratischen Arbeiter für Maschinen, die man beliebig regieren und dirigieren kann? Diese Arbeiter sind denkende, zielbewusste Arbeiter; sind sie in ihrer Mehrheit anderer Meinung, so kommen eben die Leiter mit ihrer Meinung nicht durch. Steht jene Anschauung in den Herrn Goldschmidt nahestehenden Arbeiterkreisen in Kurs, so kann ich den Einfluß, den er dort ausübt, nur als einen unheilvollen bezeichnen. Wollen wir warten, bis die Betriebe zur Uebernahme in städtische Regie „reif“ sind, so können wir sehr lange warten. Nach meiner Meinung könnte das ganze Bauwesen in städtischer Regie wahrgenommen werden; hat doch der sozialdemokratische Hofbaurat Demmler seinerzeit das Schweriner Herzogschloß und das Rathaus in Schwerin als Regiebauten ausgeführt. Wir wollen programmgemäß auch das Baugewerbe in kommunale Regie übernehmen. Wir wollen aber nicht alles auf einmal, sondern wir ziehen es vor, mit Ihnen darüber zu beraten, was übernommen werden kann. Wir wollen Sie belehren (Heiterkeit) — entgegenkommender kann man doch nicht sein. Der Kern unseres Antrages ist gut, das hat Herr Goldschmidt anerkannt, es ärgert ihn bloß, daß er nicht zuerst damit gekommen ist. (Heiterkeit.)

Persönlich bemerkt Stadtv. Goldschmidt, daß es ihm geschäftsmäßig verwehrt ist, dem Vorredner zu antworten, er würde ihn sonst widerlegen. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die Anträge gehen darauf an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern. Schluß 10 Uhr.

Soziales.

Der Schwindel von einer „sozialdemokratischen Mißwirtschaft“ in der Münchener Ortskrankenkasse dürfte von den Kreuren des Reichslagerverbandes demüßigt in der liberal-konservativen Scharfmacherpresse von neuem aufgewärmt werden. Die Regierung von Oberbayern hat nämlich dem von den „Christlichen“ gegen die Vertreterwahl vom 17. Februar d. J. eingereichten Protest stattgegeben und den Stadtmagistrat München aufgefordert, den Rassenvorstand zur Vornahme einer Neuwahl der Krankenkassenvertreter zu veranlassen und eventuell „eine geheilige Wahl zu erzwingen“. Trotz der skandalösesten Kapitulationsmänner der Christlichen und der mit ihnen verbündeten Reichsverbändler-Clique hatten es die Christlichen bei der letzten Wahl nur auf 6859 Stimmen gebracht, während die Liste der freien Gewerkschaften 13 688 Stimmen auf sich vereinigte. Ihren Protest haben die „Christlichen“ damit begründet, daß zu wenig Wahllokale vorhanden, viele Kassennmitglieder von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen konnten und durch das Verhalten der Sozialdemokraten vor den Wahllokalen die Kassennmitglieder in der freien Betätigung ihres Wahlrechts gehindert wurden. In Wirklichkeit waren es nicht die Sozialdemokraten, sondern die Christlichen, die sich vor den Wahllokalen wie Kommandanten aufstellten. Ein Polizeiwachmeister behauptete, daß die Christlichen Mitglieder es waren, die sozialdemokratische Zettelverteilerinnen mit Ohrfeigen und Niederschlagen bedrohten und per Saumenscher titulierten. Nach dem Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel, haben die „Christlichen“ ihren Protest mit ihren eigenen Absichten begründet, diese aber den Sozialdemokraten aufs Konto gesetzt. Geradezu töricht ist die Begründung des Regierungsentwurfs. Die Regierung bedauerte: Die Ortskrankenkasse in München zählt 100 000 Mitglieder. Die freien Gewerkschaften haben 13 688, die Christlichen 6859 Stimmen erhalten; wenn die Mitglieder, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben, alle gleichmäßig gewählt hätten, dann wäre das Wahlergebnis anders ausgefallen — also Kassation der Wahl! So verlockend es für den Rassenvorstand gewesen wäre, gegen diesen Entscheid Rekurs zum Ministerium zu ergreifen, so hat er davon doch abgesehen, um den Gegnern zu zeigen, daß der sozialdemokratische Rassenvorstand von Neuwahlen nichts zu fürchten hat. Der Vorsitzende hat Termin zur Neuwahl auf Sonntag, den 8. November, festgesetzt. Und schon wieder beginnen in der bürgerlichen Presse die alten Lügen, Verleumdungen und Verdrehungen. Dem sozialdemokratischen Rassenvorstande werden Defizitwirtschaft, Unfähigkeit und sonstige schöne Dinge zum Vorwurf gemacht. In Wirklichkeit hat der liberale Rechtsrat Heindl in dem bekannten Prozeß wegen des Sanatoriums Kirchseeon unter Eid dem „sozialdemokratischen Rassenvorstand“ und der Direktion seine größte Anerkennung ausgesprochen und erklärt, einen besseren Vorsitzenden als Wittl könnte er sich gar nicht wünschen. Das wissen die Ultramontanen und die im Mugdan-v. Liebert ganz gut, ebenso, daß die unter der Leitung des Münchener Stadtmagistrats stehende Gemeindefrankenkasse seit Jahren mit einem chronischen Defizit abblüht. Im letzten Jahre betrug das Defizit der Gemeindefrankenkasse bei einer durchschnittlichen Mitgliederzahl von 33 500 nicht weniger als 61 316,44 M. Dabei haben die Beiträge die gesetzliche Höchstgrenze erreicht. Die Gemeindeverwaltung hat eine Kommission gewählt, die die Gemeindefrankenkasse einer finanziellen Gesundung zuführen soll. In ihrer Hilfslosigkeit wandte sie sich an Ultramontanen und Liberalen bestehende Kommission an den so viel verlässigsten Vorsitzenden der Ortskrankenkasse Genossen Wittl und ersuchte ihn, in diese Kommission einzutreten. Der sozialdemokratische Ortskrankenkassenvorsitzende, dem die Gegner

„nolorische Unfähigkeit“ vorwerfen, hatte sich hierzu bereit erklärt und wurde dann von Liberalen und Ultramontanen einstimmig in diese Kommission gewählt. Das alles wissen die Reichsverbändlerschwinder und ihre „Christlichen“ Verbündeten genau, aber sie verweigern die Wahrheit, weil sie ihnen nicht in den Aram passt. Warten wir ab, wie die Wahl am 8. November ausfallen wird.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Bloßkanzler gegen die Sozialpolitik.

Altona, 24. Oktober. Fürst Bülow empfing heute eine Abordnung der christlich-nationalen Arbeiter, die ihm die Beschlüsse ihres Kongresses vortrug. Der Bloßkanzler antwortete in einer langen Rede, die ihrem Inhalte nach noch nichtsagender war, als die Kongress-Begrüßungsrede Bethmann-Hollwegs. Wie sich in dem Stoppe unseres agrarischen Reichskanzlers die Fortführung der Sozialpolitik darstellt, zeigen folgende Sätze aus seiner Rede:

Seien Sie versichert, meine Herren, daß die Sozialpolitik nach dem Willen unseres Kaisers fortgeführt werden wird. Wenn der Fortschritt auf manchen Gebieten sich nicht so rasch vollzieht, wie Sie ihn wünschen, so wollen Sie dabei im Auge behalten, daß die Reichsverwaltung die Interessen aller Stände wahrzunehmen hat und daß eine gesunde und kräftige Sozialpolitik von der gesamten Volkswirtschaft getragen sein muß.

Nichts aber wird das soziale Verständnis der gesamten Nation mehr fördern, als wenn die deutsche Arbeiterschaft sich in immer weiterem Umfange an den nationalen Boden stellt. Dadurch bekennt sie sich zu einer Solidarität mit den anderen Ständen, die auf der anderen Seite nicht unerwünscht bleiben kann, und die Freudigkeit stärkt zu weiterer Fortschreiten auf sozialem Gebiete. Und so wird die deutsche Arbeiterschaft, indem sie frei von einseitigen oder übertriebenen Forderungen ihr eigenes Interesse vertritt, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse des Arbeiterstandes heben und gleichzeitig die Grundlage unseres staatlichen Lebens stärken und befestigen.

Erdbekatastrophe in Kalabrien.

Nach den neuesten Nachrichten hat das Erdbeben in Kalabrien größere Dimensionen angenommen, als man befürchten konnte. Viele Dörfer sind völlig zerstört und die stürzenden Häuser haben unter ihren Trümmern Hunderte von Menschen begraben. Von 200 Toten sprechen unsere Telegramme und noch größer ist die Zahl der Verwundeten. Feuersbrünste, die in den leicht gebauten italienischen Dörfern rasch um sich griffen, zerstörten noch, was das Erdbeben selbst verschont hatte; die Bevölkerung ist obdachlos, ihre Habe vernichtet. Ueber die Ausdehnung der Katastrophe berichten folgende Telegramme:

Reggio (Kalabrien), 24. Oktober. (B. L. B.) Im Flecken Soparzo beim Hafenort Bianconovo sind durch das gestrige Erdbeben ein Mann und ein Kind getötet, zwei Männer und ein Kind schwer verletzt worden. In der Gemeinde Sant'Ilario del Jonio, wo viele Häuser eingestürzt sind, sind fünf Personen getötet, sechs verwundet.

Reggio, 24. Oktober. (B. L. B.) Der Ort Ferruzzano ist vollkommen zerstört; unter den Trümmern liegen zweihundert Tote und zahlreiche Verletzte.

Reggio, 24. Oktober. (B. L. B.) Das gestrige Erdbeben verursachte in Brancalione den Einsturz vieler Häuser, unter deren Trümmern eine Anzahl Personen begraben liegt. Ein Carabinieri, der schwerverwundet aus den Ruinen hervorgezogen wurde, ist bald danach gestorben. Nach Ferruzzano, wo, wie gemeldet, etwa zweihundert Tote unter den Trümmern liegen und viele Personen verletzt sind, sind noch mehr Truppen und Ärzte entsandt worden, die die Trümmer wegräumen und sich der Verwundeten annehmen sollen. Das rote Kreuz schickt Verbandmaterial dorthin. Aus folgenden Orten werden noch schwere Erdbekatastrophe gemeldet: Gallina, Gandusuri, Oppido, Garaffa, San Luca, San Lorenzo, San Ferdinando, Dirosarno, Catoforio, Sant'Agata, Bova, Staiti, Cosoleto, Bruzzano und Bianconovo — im letztgenannten Orte wurden zwei Personen getötet und sieben verwundet. Ferner aus Catona, Ardore, Rammola und Precacore. Nach den am meisten beschädigten Orten sind Mannschaften vom Zivilingenieurkorps geschickt worden.

Rom, 24. Oktober. (B. L. B.) Die Blätter bringen ausführliche Berichte über das Erdbeben in Kalabrien. In Ferruzzano sind die Abräumungs- und Rettungsarbeiten wegen des Steigens des nahen Flusses und der Ueberschwemmung der Vertikalfelsen sehr schwierig. Das 21. Infanterie-Regiment und eine Kompanie Pioniere wurden nach Ferruzzano geschickt. Schlechtes Wetter macht die Lage der Bevölkerung besonders schwierig. Das Dorf Soparzo in der Gemeinde Bianconovo ist vollständig zerstört und viele Personen sind dabei umgekommen; ihre genaue Zahl ist noch nicht bekannt. Die Bevölkerung lagert trotz des Regens unter freiem Himmel und wird durch leuchtende Stöße immer wieder in Schrecken und Aufregung versetzt. In Santilaro stürzte das Rathaus ein. In Melito stürzten drei Häuser ein.

Immer neue Pleiten.

New York, 24. Oktober. (B. L. B.) Die Twelfth Ward-Bank hat ihre Zahlungen eingestellt. Das Kapital der Bank beträgt 200 000 Dollar, die Depositenschuld 3 Millionen.

New York, 24. Oktober. (Meldung der „Associated Press“.) Die Empire City Savings-Bank hat ihre Zahlungen für dreißig Tage eingestellt, wie nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässig ist. Die Direktoren erklären aber, daß die Bank durchaus zahlungsfähig sei und sie sich zu dieser Maßnahme nur entschlossen hätten, um einen Ansturm auf die Bank infolge Zahlungseinstellung der in ihrer Nähe belegenen Hamilton-Bank und der Twelfth Ward-Bank zu verhindern. Die Bank hat gegen 3 300 000 Dollar Depositenschulden. Um 1/2 Uhr vormittags versammelten sich 1500 Depositen der Trust-Company of America vor dem Hauptbureau der Gesellschaft. Der Präsident teilte der Menge mit, daß die Bank insolvent sei, allen Forderungen gänzlich zu genügen. Die Bank begann darauf mit der Auszahlung an die Depositen, während der ersten halben Stunde erhielt die Bank Depositen im Betrage von 900 000 Dollar, was die während derselben Zeit zurückgezogenen Beträge übersteigt. Die Nachricht der Zahlungseinstellung von drei verhältnismäßig kleinen Bankinstituten machte in der Wallstreet keinen Eindruck.

Schiffs-Zusammenstoß.

Danzig, 24. Oktober. (B. L. B.) Infolge Rebellkollidierthe heute vormittag auf der Rottlau in der Nähe der Einmündung in die Weichsel der mit Passagieren besetzte Dampfer „Amor“ mit dem Schlepddampfer „Räthe“. Letzterer sank, doch gelang es, ihn in leichtes Wasser zu bringen. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Der Sieger im Ballon-Wettfliegen.

Washington, 24. Oktober. (B. L. B.) Erbsitz-Deutschland ist mit seinem Ballon „Gommern“ antisch als Sieger um den Gordon Bennett-Preis der Luft erklärt worden. Die von dem Sieger zurückgelegte Strecke beträgt 873,4 Meilen, während der Ballon „L'Éole de France“ 867,4 Meilen durchflog.

Die Nebenregierung des § 175.

Zweiter Tag.

Vorsitzender Amtsrichter Dr. Kern eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Der Zubräng des Publikums ist noch größer als am gestrigen Tage. Der Zuschauerraum ist dicht gefüllt.

Justizrat Dr. v. Gordon beantragt mehrere Zeugen zu laden. Sie sollen darüber vernommen werden, daß Graf v. Moltke den Verkehr mit edlen Frauen durchaus gesucht hat und er im Verkehr mit solchen Frauen sich in jeder Beziehung ritterlich benommen hat, daß er namentlich über Ehe und Familie stets eine tief ethische und hohe Auffassung bekundet hat. Bei seiner vornehmen, idealen Gesinnung sei es völlig unmöglich, daß er sich in bezug auf Ehe und Familie in so ungläublicher, zynischer, herabwürdigender Weise geäußert haben könnte, wie die Zeugin Frau v. Elbe gestern behauptet habe. Ferner wird die Verlesung eines Briefes der Frau v. Elbe aus der Zeit, wo schon die Ehe getrennt war, beantragt. Aus diesem werde hervorgehen, daß die Äußerungen, die sie hier über das Verhältnis zu ihrem Manne gemacht hat, unzutreffend sein müssen. In diesem Briefe erklärt die Zeugin, daß sie große Reue über ihr ganzes Verhalten empfinde und schämehelnde, liebevolle Worte hinzufüge, die beweisen, daß es unmöglich wäre, daß eine Frau, die so schreibt, in der Weise behandelt sein könnte, wie die Zeugin gestern geschildert. Der Sachwalter des Privatklägers beantragt schließlich noch die Verlesung eines Artikels aus der „Zukunft“.

Justizrat Dr. Bernstein: In Interesse des Beklagten muß ich den Beweis führen, daß die Behauptung der Klage, nicht politische sondern andere Gründe hätten den Beklagten veranlaßt, die Artikel zu schreiben, falsch ist. Ich nehme für den Beklagten das, wofür die klägerische Partei ihn bestrafen will, als ein Verdienst um das deutsche Volk in Anspruch. Ich behaupte und will beweisen, daß der Beklagte mit diesen Artikeln Zustände bekämpft hat, die des Bekämpfens wert waren, Männer als Politiker zu vernichten gesucht hat, die als Politiker der Vernichtung wert waren, und daß es sein Verdienst ist, wenn diese Männer keinen politischen Einfluß mehr haben, wenn diese Zustände nicht mehr bestehen. Ein Merkmal dieser Zustände war es — und dafür will ich jetzt den Beweis erbringen — ein Merkmal dieser Zustände war es, daß die Herren, welche die allerhöchste Person umgaben,

Päberastien

waren. Das hat nicht Herr Gorden in seinen Artikeln gesagt, denn damals das zu sagen, war nicht notwendig, das sage ich jetzt. Die Gruppe, welche Herr Maximilian Gorden bekämpft, und ich glaube mit Erfolg bekämpft hat, hat in der Tat Päberastie getrieben. Ich benenne dafür die Zeugen Bollhardt, Ferenli, Krause, Liebmann, Süde, Moldenhauer, Thielbart. Ich behaupte nicht, daß der Privatkläger sich aktiv an diesem Treiben beteiligt hat. Der Herr Privatkläger ist aber der einzige aus dieser Gruppe, von dem ich das nicht behaupte. Ich behaupte aber von dem Herrn Privatkläger, daß ihm die Qualität der anderen Herren kaum entgangen sein kann und seine Angaben, von diesen Dingen nichts gewußt zu haben, kaum glaubwürdig sind. Ich bemerke, was den Fürsten Eulenburg betrifft, so weiß ich im Augenblick noch nicht, ob Se. Durchlaucht an diesen

päberastischen Orgien

sich beteiligt hat oder nicht. Ein Zeuge oder vielleicht mehrere wird Ihnen sagen, daß ein Herr dieses Namens sich an diesen Dingen und zwar sehr aktiv beteiligt hat. Ich weiß nicht, ob es der intime Freund des Herrn Privatklägers oder ob es der Bruder des intimen Freundes gewesen ist. Aber ich bitte das Gericht, sich hierüber Gewißheit durch Befragen dieser Zeugen zu verschaffen. Mein zweiter Beweisanspruch geht dahin, daß die Behauptung des Privatklägers, er habe von dem hier eben gekennzeichneten Treiben, insbesondere in bezug auf den Grafen Hohenau, nichts gewußt, nicht wahr ist. Als Zeugen dafür benenne ich die Herren General v. Kessel und Major v. Hülsen. Die weitere Behauptung, die gestern vom Privatkläger aufgestellt wurde, daß ihm der Sinn der ersten Artikel des Beklagten entgangen sei, daß er erst später diese Artikel auf die Frage hin geprüft habe, ob darin Verleumdungen zu finden seien, ist nicht wahr. Als Zeugen dafür benenne ich Herrn Baron v. Berger. Herr Dr. Liman benenne ich als Zeugen und Sachverständigen dafür, daß Herr Maximilian Gorden als ein ernsthafter politischer Schriftsteller gilt und diese Artikel aus lauterem Motive geschrieben hat, daß sie als politische aufgefahrt werden müssen und politisch gewirkt haben. Ich benenne den Grafen Reventlow als Zeugen dafür, daß die Angabe des Beklagten, daß er nicht aus Geschäftigkeit und unlauteren Motiven, sondern nur aus politischen Motiven geschrieben hat und daß es seine Absicht gewesen ist, von dem ihm seit langem in bezug auf den Privatkläger und seinen Freunden bekannten Dingen nicht mehr zu sagen als zu politischen Zwecken notwendig war. Ich benenne weiter Dr. Hirschfeld und jeden sachverständigen Arzt dafür, daß die von dem Privatkläger bereits festgestellten Tatsachen schon genügen, die Qualifikation des Privatklägers in geschlechtlicher Beziehung, die ihm der Beklagte hat zuteil werden lassen, vollkommen zu begründen. Ich behaupte, daß von diesen Männern der Wissenschaft rund und knapp erklärt werden wird: Kuno Moltke empfindet geschlechtlich abnormal. Für die Behauptung, daß Fürst Eulenburg und seine Freunde dem Deutschen Reiche geschadet haben, bitte ich die Generale v. Kessel und v. Hülsen zu vernehmen. Ich behaupte weiter, daß schon zu der Zeit, als Fürst Eulenburg in Wien war, allgemeine Gerüchte gingen über seine homosexuelle Veranlagung, die auch dem Privatkläger bekannt waren.

Herr Amtsrichter Dr. Kern: Wollen Sie damit auch beweisen, daß der Privatkläger davon Kenntnis gehabt hat?

Justizrat Bernstein: Die Dinge sind so trag und haben so lange gespielt, daß dem Privatkläger bei dem intimen Verkehr mit dem Fürsten Eulenburg dies unmöglich entgangen sein kann. Bezüglich der Reigungen des Grafen Hohenau hat er diese Kenntnis ja wohl zugegeben!

Justizrat Dr. v. Gordon: Mein Mandant hat gestern erklärt, daß er von den Reigungen des Grafen Hohenau keine Ahnung hatte. Anders hat er sich wohl über Herrn Reventlow geäußert. Was das neue Moment betrifft, daß Fürst Eulenburg schon in Berlin als homosexuell bekannt war. Homosexuell ist nicht dasselbe wie päberastisch. (Zwischenruf Gorden's.) Meine Anträge haben nicht den Zweck, festzustellen, daß Frau v. Elbe unzurechnungsfähig ist, sondern zu beweisen, daß in ihrem Kopf sich die Dinge anders malen, als sie sich abgespielt haben. Solche Sachen sagt jeder auf, wie er sie empfindet, und daß eine in Ehecheidung liegende Frau die Sache anders auffaßt, als sie bei nichterlicher Betrachtung zu bewerten ist, ist doch selbstverständlich. Den Antrag, Herrn Chefredakteur Liman und andere über die Tendenz der Artikel zu vernehmen, halte ich für unerheblich. Mein Mandant steht politischen Dingen vollständig fern, und die Ansichten darüber, was dem Deutschen Reiche zuträglich ist oder nicht, sind ja auch verschieden. Politische Dinge sind doch wohl auch nicht vor dem Schöffengericht zu entscheiden. Was den Antrag betrifft, Beweis zu erheben, daß andere Leute Päberastie betreiben, so möge er meinetwegen erhoben werden, dadurch wird aber nicht erwiesen, daß mein Mandant irgendwie auch zu solchen Leuten zu zählen ist.

Justizrat Bernstein: Ich bin den Beweisanzügen, die der Herr Gegner zuerst gestellt hat, mit keinem Worte entgegengetreten

und werde auch nach keiner Richtung hin diesen Anträgen entgegenzutreten, da Herr Gorden ja selbst das allergrößte Interesse hat, eine vollständige Klärung der ganzen Sache herbeizuführen. Wenn der Herr Graf Moltke nur den schönen Gedanken aussprechen wollte, daß die Ehe ohne Liebe im höchsten Grade verwerflich sei, so hätte er es in einer anderen Weise zu tun, als in ziemlich deutlicher Weise zu erklären, jedes Frauenzimmer sei für ihn nur ein Klosett.

Gorden: Im Interesse meiner Sicherheit und meines Rufes kann ich auf einige weitere Beweise nicht verzichten. 1. Es ist behauptet worden, der Generalleutnant Graf Kuno von Moltke habe von den Artikeln der „Zukunft“ erst verspätet Kenntnis bekommen, er habe den Sinn der Artikel erst später verstanden und deshalb könne von einer Verjährung keine Rede sein. Diese Behauptung des Privatklägers, die die Grundlage der ganzen Anklage bildet, ist

Beweist unwahr!

Ich berufe mich auf den anwesenden Herrn v. Berger, der mit dem Privatkläger schon im November von dem einen Artikel gesprochen und ihm vollständig in das Gesicht gesagt hat, was die Sache bedeutet. 2. Der Chefredakteur Dr. Liman wird bezeugen, daß der Komplex der Tatsachen, die später geschildert worden sind, in erster Reihe gar nicht auf den Generalleutnant Graf Kuno von Moltke ausgeht, sondern auf den Fürsten zu Eulenburg. Ich bitte, Herrn Dr. Liman darüber zu hören, daß Fürst Bismarck über den Fürsten Eulenburg in der kräftigsten Weise den Vorwurf der Homosexualität ausgesprochen hat. Und wenn der Führer dieser Gruppe, zu der der Graf von Moltke gehört, in solcher Weise vom ersten Beamten des Reiches der Homosexualität beschuldigt wird, so liegen doch die Rückschlüsse nahe. 3. Ich beantrage, beim Polizeipräsidium die Genehmigung für die Delegationen des betr. Ressorts einzuholen, darüber Auskunft zu geben, was sie über den Fürsten Philipp zu Eulenburg, den Grafen Willi Hohenau und den französischen Herrn wissen. Als diese Dinge in der Öffentlichkeit spielten, erhielt ich einen Brief des Kapitanleutnants v. Reventlow, wonach er an der Hand eines früheren Gesprächs mit mir eidlich erklären könne, daß ich von irgendwelcher tadelnden Verleumdung des Grafen v. Moltke nichts gesagt habe und aus welchen Motiven ich gehandelt habe. Da der Privatkläger sich durch die Benennung „Der Süde“ beleidigt fühlt, so würde ich mich auf die kompetenteste Persönlichkeit, den

Chef des Militärkabinetts,

beziehen, der sich über den Privatkläger in Ausdrücken ergangen hat, die ich nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit wiederholen könnte.

Graf v. Moltke: Es ist mir hier von Herrn Gorden vorgetragen worden, daß ich unwahr sei, daß ich verschiedene Epochen, die in den Artikeln enthalten waren, nicht als Epochen erkannt habe. Ich erkläre, daß ich von Anfang an diese Verdächtigungen und Epochen erkannt habe, ich habe aber bis zum Schluß gewartet, daß ich sie so erkennen konnte, um gegen Herrn Gorden vorzugehen. Es wurde mir damals gesagt, es hätte gar keinen Zweck, Herrn Gorden meine Sekundanten zu schicken. Es war dies derselbe Herr Baron von Berger, auf den sich Herr Gorden bezieht. Dieser sagte mir, daß Herr Gorden nicht mit der Waffe in der Hand für seine Handlungen eintreten werde. Ich weise es wiederholt mit aller Entschiedenheit zurück, daß in der Nähe Seiner Majestät ein Kreis von Personen existiert hat, welcher politisch zusammengewirft hat und verberbtlich geworden ist. Dies ist lediglich eine Verdunkelung der Tatsachen, denn zur Bildung eines solchen Kreises sind die Ressorts bei uns viel zu streng geschieden. Ich habe die Ueberzeugung, daß ich gestern nicht genügend energisch den Dingen entgegengetreten bin, die hier von der Frau von Elbe gesagt worden sind. Es wird mir niemand verdenken können, wenn es mir unendlich schwer wird, mich einmal die dunkelsten Tage meines Lebens in die Erinnerung zurückzurufen. Es ist mir außerordentlich peinlich gewesen, diese Dinge nochmals aufzurufen. Ich schäme als alter Soldat ein solches Wort in der Front, wenn man aber, trotzdem ich kläger bin, doch als Verdächtigter hier steht, so erstrebt einem das Wort. In einem sechsjährigen Prozeß sind alle diese Anklagen gegen mich von acht Richtern geprüft worden, und nicht ein Schatten ist aufrecht erhalten worden. Ich bitte deshalb, eventuell dieses Erkenntnis zu verlesen, durch welches diese Affäre ihren Abschluß gefunden hat.

Justizrat Bernstein äußert sich nochmals zu den Anträgen und Äußerungen des Gegners, geißelt die Art und Weise, wie der Privatkläger als Generalleutnant den Ehrenhandel mit dem Angeklagten betrieben hat und bleibt dabei, daß dem Angeklagten nahegelegt worden sei, daß Fürst Eulenburg ja doch ins Ausland gehe und

seinen politischen Einfluß aufhebe,

so daß der Angeklagte seine Angriffe aufheben könne.

Gorden: Von seiten des Herrn Gegners wird fortwährend weiter bestritten, daß er schon von Anfang an Inhalt und Sinn der Artikel gekannt habe. Er sagt, es wäre dies erst viel später geschehen und zwar — wie ich sage — so spät, daß die Antragsfrist gewahrt blieb. Ich behaupte aber und stelle es durch Vernehmung des Barons v. Berger unter Beweis, daß Graf Moltke von Anfang an über den Inhalt der Artikel sehr genau informiert war und auch den Sinn zur Geringe verstanden hat. Auf Wunsch des Herrn Grafen hat ihm Herr v. Berger noch nähere Aufklärung gegeben und zwar mit den Worten: „Können Sie denn irgendwie Zweifel haben, daß es Homosexualität ist, die Ihnen und Ihren Freunden vorgeworfen wird.“ Ich behaupte nach wie vor, daß auf alle mögliche Weise versucht worden ist, mich zum Schweigen zu bringen. Durch Verantrage ist mir sogar nahegelegt worden, nichts mehr über diese Affäre zu bringen, die beteiligten Personen würden dann eine Reise antreten und ihre politische Tätigkeit einstellen. (Mit höchst erregter Stimme:) Ich behaupte, daß Herr Graf Moltke gezwungen worden ist, gegen mich Klage zu erheben. Nur durch Zwang hat sich der Kläger veranlaßt gefühlt, das Gericht anzurufen, anderenfalls hätte er den Tod ausziehen müssen. Deshalb liegt er jetzt.

Justizrat Dr. v. Gordon: Das ist durchaus unzutreffend. Mein Mandant ist nicht gezwungen worden, es ist auch zu bezweifeln, ob die Antretung dieses Prozesses überall erwünscht war. Justizrat Dr. v. Gordon wendet sich im Anschluß an die Ausführungen des Privatklägers eingehend gegen die im Laufe der Erörterungen gemachten Andeutungen über den Ehecheidungsprozeß des Grafen v. Moltke, dessen Verlauf er so schildert, daß der Privatkläger dabei in keiner Weise schlecht weggekommen sei. Er beantragt eventuell die

Vorlegung der Ehecheidungsakte

und die Vernehmung des Justizrats Dr. Sello.

Justizrat Bernstein tritt diesen Ausführungen entschieden entgegen und stellt seinerseits auch noch mehrere Anträge. Unter anderem beantragt er die Vernehmung des Sachverständigen Dr. Magnus Hirschfeld darüber, daß nach dem ganzen hier durch die Beweisaufnahme festgestellten Verhalten des Privatklägers auf homosexuelle Reigungen desselben zu folgern ist. Was die Kritik der Zeugin Frau v. Elbe betrifft, so spreche man immer von den Einwirkungen des „Trionals“ auf diese Zeugin. Er dagegen sage nur immer „Gemahl“. Wenn die Frau jahraus jahrein unzurechnungsfähig ist und ich bemerke es nicht, so bin ich selbst unzurechnungsfähig. (Seiterkeit.)

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich berufe mich auch noch auf das Zeugnis Seiner Majestät

darüber, daß Graf Moltke niemals seine Stellung benutzt hat, um irgendwelche Wünsche politischer Art durchzuführen.

Justizrat Bernstein: Gegen diesen Antrag habe ich gar nichts einzuwenden. Je mehr die Sache beleuchtet wird, desto mehr wird der Kläger ins Dunkle gerückt. Eine weitere Klärung über die Äußerung des Klägers: „Wir haben einen Kreis um Seine Majestät gebildet usw.“, ist doch interessant für das deutsche Volk.

Justizrat Dr. v. Gordon beantragt, außer dem Dr. Magnus Hirschfeld über das diesem zu unterbreitende Thema auch den Dr. Metzbach zu vernehmen, außerdem die Polizeikommissare darüber, daß ihnen von dem Privatkläger keinerlei homosexuelle Handlungen bekannt sind.

Gorden: In der Behauptung, daß der Privatkläger zur Klage gezwungen ist, berufe ich mich eventuell auf den Fürsten von Bülow und Herrn v. Hülsen-Haeseler.

Der Gerichtshof zieht sich zur Beratung über die Beweisanzüge zurück. Der Beschluß des Gerichts geht dahin, daß die Beschlußfassung über die anderen Beweisanzüge zunächst ausgesetzt werde, aber in die Beweisaufnahme darüber einzutreten, ob in dem Freundeskreise, zu dem Fürst Eulenburg, Graf Wilhelm Hohenau und der Privatkläger gehörte, Päberastie betrieben worden ist.

Für diesen Teil der Verhandlung wird

die Öffentlichkeit ausgeschlossen,

den Vertretern der Presse und den Zuhörern aus dem Kreise der Juristen aber die Anwesenheit gestattet.

Zeuge W., ein früherer Gardekürassier, erklärt auf Befragen, er sei im Jahre 1895 als Freiwilliger in das Regiment Garde du Corps eingetreten. Im Jahre 1896 habe ihn Graf Lynar, der seinerzeit Rittmeister war, einen

unästhetischen Antrag

gemacht. Er sei darauf eingegangen und habe sich mit einem anderen Kameraden nach der am Heiligensee gegenüber dem Narmorpalais gelegenen Villa des Grafen Lynar begeben. Hier seien in einem Saale mehrere Herren versammelt gewesen, darunter Graf Hohenau. Diese Herren hätten dann mit ihm Handlungen vorgenommen, die von ihm genau geschildert werden, deren Wiedergabe sich aber verbietet. In dem Saale habe meist Halbdunkel geherrscht und er, Zeuge, nicht genau erkennen können, ob der Privatkläger sich in der Gesellschaft befand, er glaube es aber, wenn der Kläger jetzt auch weniger Haar habe. Im Regiment wurde viel über die

geschlechtlichen Exzesse hoher Offiziere

gesprochen und als solche sich homosexuell betätigenden Herren auch Prinz Friedrich Leopold, Prinz Friedrich Heinrich und der damalige Flügeladjutant des Kaisers Graf Moltke genannt.

Der Privatkläger erklärt hierauf, daß er allerdings in dieser Zeit Flügeladjutant in Potsdam war. Er habe aber niemals die Villa des Grafen Lynar aufgesucht.

Justizrat Dr. v. Gordon: Glauben Sie den Privatkläger als einen der Teilnehmer an den Orgien wieder zu erkennen?

Zeuge: Ja, ich glaube, daß er es war, er hatte aber mehr Haare.

Justizrat Dr. v. Gordon: Wurde im Regiment nicht von vielen Offizieren gesprochen, daß sie mit Soldaten midernatürliche Unzucht trieben? Kamem solche Exzesse nicht oft vor?

Zeuge:

Jetzt ist es ja verboten.

(Große Heiterkeit.) Ich meine, es ist jetzt verboten, mit weichen Hosen und langen Stiefeln auszugehen, früher war es erlaubt, das war gewissermaßen das Erkennungszeichen und die Soldaten wurden in dieser Tracht meist viel von Männern belästigt.

Gorden: Wir sind von dem Zeugen am 15. Juni 1907 detaillierte Mitteilungen zugegangen über Dinge, die ich meist schon kannte. Die Herren Graf Lynar und Graf Hohenau sind ja wegen dieser Verleumdungen in der Schwadron zusammengebrochen. Das ist ja bekannt ebenso wie die Tatsache, daß Graf Lynar derjenige war, der dem Kronprinzen sagte:

Wir müssen hier fallen und die da...

Das weiß doch jeder. Graf Lynar und Graf Hohenau waren also zweifellos an den Orgien beteiligt.

Vorsitzender Dr. Kern: Den Grafen Hohenau haben Sie also bei jenen Zusammenkünften ganz bestimmt erkannt?

Zeuge: Jawohl, mit aller Bestimmtheit.

Vorsitzender: Haben Sie auch den Grafen Eulenburg, den jetzigen Fürsten Philipp Eulenburg, dabei gesehen?

Zeuge: Ich glaube es ebenfalls sagen zu können.

Vorsitzender: Sie sagten vorher, daß auch ein „Moltke“ dabei gewesen sei und dieser Flügeladjutant des Kaisers gewesen sei.

Zeuge: Ja, es wurde allgemein im Regiment davon gesprochen, daß Graf Moltke dabei gewesen sei. Es hieß auch, daß Graf Lynar nur der Unterhändler gewesen sei. Dieser suchte sich die Leute unter den Mannschaften aus. Ich selbst habe im Auftrage des Grafen Lynar einen früheren Unteroffizier, jetzigen Dompteur, der auch jetzt als Zeuge geladen ist, zu einem Besuch in der Villa eingeladen.

Im Anschlüsse an diese Aussage entwickelte sich eine lebhafteste und eingehende Auseinandersetzung darüber, ob der Fürst Philipp Eulenburg sich an jenen Zusammenkünften beteiligt habe. Justizrat Dr. v. Gordon erklärt, daß dies auf eine Personenverwechslung mit dem jüngeren Grafen Friedrich Bolko von Eulenburg zurückzuführen sei. Daß dieser wegen einer deraartigen Affäre aus dem Regiment ausscheiden mußte, ist bekannt. Gorden wendet hiergegen ein, daß eine solche Verwechslung unmöglich ist. Er habe aus dem Göttauer Hofkalender das Bild des Fürsten Philipp Eulenburg dem Zeugen W. gezeigt, ohne dabei zu sagen, was das Bild darstelle.

Justizrat Dr. Bernstein: Sie sollen hierbei sofort, ehe Sie den Namen vorher gehört hatten, gesagt haben: „Das ist ja Eulenburg, der war auch dabei.“

Justizrat Dr. v. Gordon bemerkt hierzu, daß Graf Eulenburg schon 1871 aus dem Regiment ausgeschieden ist.

Justizrat Dr. v. Gordon benennt wiederholt den Grafen Hohenau und den Grafen Lynar als Zeugen dafür, daß Fürst Eulenburg, den der Zeuge vor zehn Jahren im Dämmerlicht gesehen haben und nun doch nach dem Bilde erkennen will, nicht bei den Zusammenkünften beim Grafen Lynar war.

Der Zeuge W. bleibt nach langen Streng- und Querfragen dabei, daß er nach dem Bilde, das ihm Herr Gorden vorgelegt hat, den Fürsten Eulenburg erkennen zu können geglaubt habe. Er habe sich seinerzeit infolge der Zeitungsartikel selbst an Herrn Gorden gewandt und ihm mitgeteilt, daß er in der Lage sei, ihm über die in der Villa des Grafen Lynar abgehaltenen Zusammenkünfte interessante Mitteilungen zu machen. Darauf sei er zu Herrn Gorden beschieden worden und habe ihm diese Angaben gemacht. Herr Gorden sei anfänglich mißtrauisch gegen ihn gewesen.

Graf v. Moltke: Ich habe von diesen traurigen Affären absolut nichts gewußt.

Gorden: Herr Zeuge W.! Sie sagen also aus, daß der dem Generaladjutanten Grafen Kuno v. Moltke innig befreundete und verwandte Graf Wilhelm Hohenau midernatürliche Unzucht getrieben hat? — Zeuge: Ja!

Der nächste Zeuge, ein Rittmeister vom Regiment Garde du Corps, erklärt, daß er nur dienstlich in der Villa des Grafen Lynar gewesen sei. Im Oktober v. J. habe sich der Wunsch des Grafen Lynar bei dem Zeugen gemeldet mit der Bitte, abgelöst zu werden, da der Graf Lynar „zu liebenswürdig“ gegen ihn sei.

Er habe diese Sache dienstlich weitergegeben. Wichtig ist es, daß gerichtlich behauptet wurde, Graf Lynar und andere Personen treiben mit Männern widerrechtlichen Umgang. Dies wurde auch vom Grafen Hohenau erzählt, aber von dem Privatflüger ist es etwas nicht gesagt worden.

Hierauf erscheint der als Zeuge vorgeladene Richard Krause, ein 20-jähriger Mann, der 1898—1902 in Potsdam gedient hat. In seiner Gegenwart, so sagt er aus, ist niemals darüber gesprochen worden, daß in der Villa des Grafen Lynar oder sonstwo von Offizieren widerrechtlichen Verkehre mit Männern stattgefunden habe. Auf wiederholten Vorhalt seitens des Verteidigers erklärt er langsam und zögernd, daß er das, was er gehört habe, als Jokus aufgefaßt habe. Es wurde allerdings alles gesprochen, daß

Graf Lynar und Graf Hohenau Umgang mit Männern habe. Vom Privatflüger sei nichts Derartiges gesagt worden.

Zeuge Unteroffizier Liedmann von den Garde ou Corps weiß nichts davon, daß im Hause des Grafen Lynar widerrechtliche Umgänge stattgefunden sind. Er hat nur davon gehört, daß der Wurf des Grafen Lynar von diesem weggenommen ist und daß Graf Lynar und Graf Hohenau vom Regiment weg seien. Der Zeuge bleibt bei seinem Nichtwissen, trotz vieler Vorhaltungen von Seiten des Verteidigers.

Zeuge Lücke aus Essen weiß ebensowenig wie der Vorgezeu. Es stellt sich heraus, daß ein falscher Lücke vorgeladen ist.

Zeuge Waldenhauer, der längere Jahre in Potsdam gedient hat, erklärt gleichfalls anfänglich, daß er nichts von einem Gerücht weiß, wonach Offiziere mit Männern unsittlichen Umgang haben. Nach ernstlichen Vorhaltungen und Hinweisen auf den zu leistenden Eid gibt er zu: Gesehen habe ich wohl, aber er habe nicht darauf geachtet. Er habe nur gehört, daß der Graf Lynar wegen seines Wurfes habe abgehen müssen.

Zeuge Dompteur Th.: Er ist 1896 bis 1900 in Potsdam gewesen. Es wurde manchmal davon geredet, daß beim Grafen Lynar unsittliche Dinge vorkamen. Möglicherweise ist es, daß ihm von dem Zeugen B. angeboten worden sei, und zwar im Auftrage des Grafen Hohenau, in die Villa des Grafen Lynar zu kommen. Er habe darauf gesagt: Solche Sachen mache ich nicht. — Vors.: Sie wußten also gleich, warum es sich handelte? — Zeuge: Ja, weil man ja allerlei munkelte. — Auf weiteres Befragen des Vorsitzenden verneint der Zeuge, daß bei jenen Gerüchten auch der Name der Fürsten Eulenburg oder des Grafen Rolke eine Rolle gespielt habe.

Es wird darauf General v. Kessel, kommandierender General des Garde-Korps als Zeuge vernommen und vereidigt.

Vors.: Hat der Privatflüger mit Ihnen darüber gesprochen, daß Fürst Eulenburg in eine Affäre in Sachen widerlicher Unzucht verwickelt sei?

Zeuge: Es ist mir nichts davon bekannt.

Vors.: Wußten Sie, daß er mit ihm befreundet war?

Zeuge: Ja.

Justizrat Dr. Bernstein: Ist dem Zeugen nicht bekannt, daß der Privatflüger geküchert hat, er habe allerdings den Fehler gemacht, daß er bezüglich des Falles Hohenau nicht sofort dienstlich weiteres veranlaßt habe.

Zeuge: Ist mir ganz fremd.

Harden: Ist Ihnen etwas von einer Aktion bekannt, die die Polizei bezüglich des Grafen Hohenau unternommen wollte. Hat das Garde-Korps nicht den Wunsch gehabt, durch die Polizei von Fall zu Fall darüber orientiert zu werden?

Zeuge: Nein.

Harden: Ist Ihnen bekannt, daß die Absicht bestand, den Grafen Lynar zum Flügeladjutanten zu machen.

Zeuge: Nein.

Es wird hierauf eine kleine Pause gemacht, um den Gotthaldischen Almanach vom Jahre 1902 herbeizuschaffen, aus welchem der Angeklagte dem vernommenen Zeugen B. das Bild vorgehalten hat, in welchem dieser den Fürsten Eulenburg wiedererkannt haben will. Das Buch ist aber nicht sofort zur Stelle zu schaffen.

Justizrat Bernstein weist darauf hin, daß der General v. Kessel und der Platzmajor v. Hülsen nur deshalb habe laden lassen, um durch sie zu bekunden, daß der Privatflüger seine Stellung verloren hat, weil er den Dingen keineswegs so fern stand, als er behauptete. Da Herr v. Kessel in dieser Beziehung versagte und der Platzmajor v. Hülsen nicht erschienen sei, bleibe ihm nichts übrig, als sich auf den

Chef des Militärkabinetts Hülsen-Hoefeler zu berufen.

Hierauf wird eine Pause bis 4 Uhr gemacht.

Um 4 Uhr eröffnet Amtsrichter Dr. Kern die Sitzung wieder. Der Gotthald Almanach ist inzwischen zur Stelle gebracht worden und wird vom Angeklagten Harden dem Vorsitzenden überreicht.

Der wieder herbeigerufene Zeuge B. sieht sich das dort enthaltene Bild des Fürsten Eulenburg an und erklärt, daß dieser mit zu der Gesellschaft gehört habe, die in der Villa des Grafen Lynar die am heutigen Vormittage geschilderten Vorgänge inszeniert hat. Nach seiner Meinung muß dies der Herr sein, der damals in Zivil bei dem Grafen Lynar war.

Als der Zeuge vereidigt werden soll, erklärt Justizrat Dr. v. Gordon: Ich beantrage nunmehr, den Fürsten v. Eulenburg in seiner Wohnung zu vernehmen. Er ist nicht reisefähig nach dem Ausspruch des Arztes, aber ist doch hierher gekommen und ist bereit, sich als Ersterborn vernehmen zu lassen. Das von mir hier überreichte ärztliche Attest spricht deutlich aus, wie krank der Fürst ist. Er wird bezogen: 1. daß er keine Ahnung hat von jenen Vorgängen in der Potsdamer Villa, daß er niemals mit diesem Kreise, der durch die Namen Graf Lynar und Graf Hohenau bezeichnet worden ist, zu tun gehabt hat, ihm vielmehr vollkommen fern steht. Er wird auch bekunden, daß es gar nicht richtig ist, daß er die Anregung gegeben hat, Herrn Lecomte einzuladen, daß er selbst vollkommen intakt dasteht, seine Freundschaft mit dem Privatflüger durchaus rein ist und er selbst keinerlei Empfindung davon hat, daß diese Freundschaft erottisch betont ist. Der Zeuge, der den Fürsten Eulenburg nach dem Bilde wiedererkennt, will, hatte gesagt, der Mann, um den es sich handelt, sei 27—30 Jahre alt gewesen, Fürst Eulenburg aber ist damals 50 Jahre alt gewesen. Er hat gesagt, es habe auf ihn den Eindruck gemacht, als ob die Herren in der Villa des Grafen Lynar Offiziere waren. Fürst Eulenburg ist aber kein Offizier. Folglich kann der Zeuge den Mann in dem Bilde nicht wiedererkennen. Fürst Eulenburg erklärt es auch für absolut unmöglich, daß er mit diesen Vorgängen in Potsdam irgend etwas zu tun gehabt hat.

Justizrat Bernstein: Von Herrn Harden wird nicht behauptet, daß Fürst Eulenburg etwas zu tun gehabt hat, sondern er hat nur behauptet, daß von anderen Personen solche Dinge behauptet werden. Das ist ja doch geschehen. Wenn Fürst Eulenburg vernommen wird, werde ich selbstverständlich mich nicht mit der Frage begnügen, welche Beziehungen er zum Privatflüger hat, sondern ich werde mit ihm die Frage der Homosexualität überhaupt erörtern.

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich habe ja selbst die Negation in dieser Beziehung behauptet. Die Dinge, die in Potsdam vorgekommen sein sollen, sind ja sehr bellagend, sie haben aber mit meinem Mandanten nichts zu tun!

Justizrat Bernstein: Ich glaube Anspruch auf das Unkenntnis zu haben, daß ich sowohl wie Herr Harden in dieser Frage ganz loyal vorgehen. Wir haben den Grafen Lynar und den Grafen Hohenau schon von Anfang an gern hier sehen wollen, die Gegenpartei schien bisher daselbst Interesse daran zu haben.

Hierauf wird der Zeuge B. nochmals vorgerufen.

Vorsitzender: Sagen Sie, Herr Zeuge, ist ein Irrtum ausgeschlossen?

Zeuge: Es muß der Herr sein, der an dem Abend dabei gewesen ist.

Vorsitzender: Entweder Sie sagen: er ist es, oder Sie sagen: ich muß ihn erst sehen.

Zeuge: Gut, ich will ihn erst sehen.

Justizrat Dr. v. Gordon: Es ist doch auf der ganzen Welt nicht möglich, daß ein Mann auf Grund eines Bildes einen Herrn wiedererkennen kann, den er vor zehn Jahren einmal gesehen hat, zumal der Zeuge gesagt hat, es ist ein Herr von 27 bis 30 Jahren. Tatsächlich ist er aber 50 Jahre alt.

Vorsitzender: Wann kann der Fürst hier erscheinen?

Justizrat Dr. v. Gordon: Er kann hier nicht erscheinen, aber er müßte kommissarisch vernommen werden.

Vorsitzender: Der Fürst ist doch nur gichtleidend, kann er nicht hergetragen werden?

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich bitte, das Attest zu verlesen. Harden: Seit Wochen habe ich den Fürsten Eulenburg als Zeugen benannt. Es ist gesagt worden, man habe ihn und andere nicht in Weißwäsenden bringen wollen. Aber seine Gesundheit dürfte doch keinem härteren Stoß ausgesetzt sein, wenn er hierher kommt. Um Berlin zu erreichen, müßte er zu Wagen von Liebenberg nach der Eisenbahn fahren, auf der Eisenbahn nach Berlin, vom hiesigen Bahnhof nach der Wohnung in der Königin-Augustastrasse. Ich sehe keinen Grund, weshalb er nicht hier nach dem Gericht mit demselben Wagen fahren kann. Ich sehe nur den Versuch darin, die

Verhandlung zur Vertagung zu bringen,

daß der Herr hier nicht erscheint. Ich möchte doch darum bitten, endlich damit aufzuhören, hier immer zu sagen, der Privatflüger hat nichts damit zu tun, wenn ein Herr, der in der „Zukunft“ genannt wurde, der gleichzeitig mit dem Kläger aus dem Amte gesetzt wurde und unter Mißbrauch seines Amtes strafbare Handlungen begangen hat. Zwei Herren, die sich ganz genau kennen, wie der Privatflüger und Graf Hohenau, den der Kläger dazugibt, mit dem er verwandt ist, der mit ihm lange Jahre als Flügeladjutant die gleiche Stellung einnahm, können doch nicht sagen, sie hätten miteinander nichts zu tun. Wo gibts denn noch eine Gemeinschaft, wenn das keine ist. Mein Verteidiger hat ausdrücklich gesagt, weshalb der Zeuge B. vernommen werden sollte. Nebenbei behauptet der Zeuge noch das und das vom Fürsten Eulenburg und hat das immer Harden gegenüber behauptet. Ich habe davon aber keinen Gebrauch gemacht. Wenn Fürst Eulenburg hier ist, werden wir ihm sagen, was wir ihm beweisen. Wir bitten, er soll nun endlich kommen und für den vierzigjährigen geliebten Freund, der ihn seine „Seele“, seinen „Geliebten“ nennt, Zeugnis ablegen.

Justizrat Dr. v. Gordon: Herr Harden hat zum Schluß hier gegen den Privatflüger und den Fürsten Eulenburg einen Ton angeschlagen, auf den ich nicht eingehen möchte. Ich bitte einfach, den Fürsten Eulenburg als Zeugen für die von mir benannten Tatsachen zu vernehmen. Es ist Sache des Gerichts, zu entscheiden, in welcher Form dies geschehen soll. Weil ich weiß, daß er nicht kommen kann, habe ich der Einfachheit wegen die kommissarische Vernehmung angeregt. Wir haben von vornherein den dringenden Wunsch gehabt, daß er hier erscheint; auch der Fürst war der Ansicht. Schließlich sagte aber der Arzt, er sehe sich einer dringenden Gefahr aus, wenn er als Zeuge erscheine. Mehr kann man nicht tun, um die Sache abzukürzen, als wenn wir die kommissarische Vernehmung des Fürsten beantragen.

Es wird hierauf das von Sanitätsrat Dr. Gentisch ausgestellte ärztliche Attest von dem Vorsitzenden verlesen. Aus diesem geht hervor, daß Fürst Philipp zu Eulenburg seit vielen Jahren an Gicht und schwerer Neurasthenie leidet. Da außerdem eine Nervenentzündung an Nerven und Armen hinzugekommen ist, so besteht Gefahr, daß eine größere Aufregung schwere Folgen, ja selbst den Tod herbeiführen könnte. Das Leiden des Fürsten ist so erheblich, daß er sich nur an zwei Stellen vorwärts bewegen und ohne menschliche Hilfe keine Treppen ersteigen kann. Außerdem leide Fürst Eulenburg an Arteriosklerose, die ebenfalls sehr ungünstig auf den Körperzustand des Fürsten einwirke. Ein Erscheinen vor Gericht erscheine deshalb unter keinen Umständen ratsam.

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich gebe anheim, den Fürsten laden lassen. Ich weiß allerdings nicht, ob der Fürst erscheinen wird. Unverständlich ist es mir allerdings immer noch, was mein Mandant damit zu tun hat, wenn tatsächlich seitens des Grafen Hohenau irgendwelche Dinge gewisser Natur vorgebracht werden oder meinetwegen schon erwiesen sind.

Harden: Ich behaupte, daß der größte Teil der deutschen Offiziere von diesen Dingen gewußt hat, natürlich aber aus begründlichen Gründen geschwiegen hat. Es ist allgemein bekannt gewesen, daß sich Graf Hohenau jahrelang hindurch in Erpreßhandeln befunden hätte, und da soll Herr Graf Rolke, der mit Hohenau auf „Du und Du“ stand und täglich dienstlich und auch sonst gesellschaftlich mit ihm zu tun hatte, nichts von allen diesen Dingen gewußt haben? Mir ist es unverständlich und anderen Leuten wahrscheinlich auch!

Justizrat Dr. Bernstein: Ich will nunmehr einmal eine einzige Frage an den Herrn Grafen Rolke richten: Will der Herr Kläger die Güte haben, uns zu sagen, weshalb er nicht mehr Stadtkommandant von Berlin ist? (Verhaltensweise Heiterkeit im Auditorium.)

Der Gerichtshof zieht sich hierauf zu kurzer Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündet: Der Gerichtshof hat beschlossen, die Verhandlung auf morgen, 10 Uhr, zu vertagen. Es soll geladen werden der Fürst Philipp v. Eulenburg. Das vorgelegte Attest hält das Gericht nicht für ausreichend. Wenn der Fürst Eulenburg die Reise nach Berlin antreten konnte, die mit einer nicht geringen körperlichen Anstrengung verknüpft war, so kann er auch von seiner Wohnung aus hier vor Gericht erscheinen. Eine feierliche Aufregung ist ja doch nicht zu befürchten, da der Fürst sich selbst für unsmundlich halte. (Heiterkeit.)

Justizrat Dr. v. Gordon: Ich beantrage nunmehr, die Frau v. d. Marwitz, Almsburgerstr. 21, als Zeugin zu laden, um zu beweisen, daß die Behauptung der Frau v. d. Elbe unrichtig ist, wonach die Ehe der Zeugin mit meinem Mandanten nur zwei Tage konsumiert gewesen sei. Frau v. d. Elbe hat fernerzeit die Frau v. d. Marwitz, die damals noch unverheiratet war, ins Vertrauen gezogen und dieser gegenüber Äußerungen getan, aus denen deutlich hervorging, daß sie durchaus in ehelichem Verkehr mit ihrem Manne gestanden habe. Auch ihre Mutter habe Äußerungen getan, wonach die Zeugin v. d. Elbe ihren Mann geschlagen habe. Aus diesen Vernehmungen werde man Schlüsse auf eine anormale sexuelle Veranlagung dieser Zeugin ziehen können.

Justizrat Bernstein: Wenn die Versuche, eine Frau, die hier mit schwerem Herzen ausgefragt hat, als eine Meineidige zu bezeichnen, dann — ich tue es jetzt noch nicht — werde ich beantragen, das ärztliche Zeugnis zu verlesen, das bei Gelegenheit des Ehescheidungsprozesses in bezug auf den

Gesundheitszustand des Privatflügers aufgestellt ist. Der Privatflüger hätte alle Veranlassung, mich nicht dazu zu zwingen, dieses ärztliche Zeugnis hier preis zu geben. Ich tue es bis jetzt nicht, weil ich nicht gern mit solchen Waffen kämpfe.

Justizrat Dr. v. Gordon befreit, daß in seinen Anträgen eine Verdächtigung der Zeugin, als hätte sie einen Meineid geleistet, liege.

Graf Rolke verwahrt sich nochmals gegen den Versuch, ihn in ein besonderes Konfessionsverhältnis zum Grafen Hohenau zu setzen.

Die Verhandlung wird hierauf auf morgen 10 Uhr vertagt.

Fünfter Verbandstag des Seemannsverbandes.

Hamburg, 23. Oktober.

In der Vormittagsitzung beendete Paul Müller sein Referat über die Reorganisation des Verbandes, in dem er die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Ausbaus der Unterstützungseinrichtungen betonte, dabei auf die Erfahrungen anderer Gewerkschaften verweisend, deren Schlag- und Kampffähigkeit jetzt höher sei als früher. Der Korreferent Dr. Fischer-Dremer-

haben kann die Argumente Müllers nicht anerkennen, weil erstens der prinzipielle Standpunkt der Gewerkschaften als Kampforganisationen verwischt werden würde und zweitens die Unterstützungseinrichtungen im Seemannsverbande undurchführbar seien. Er sei aber zu Konzessionen geneigt und schlage vor, die vorgeschlagenen Einrichtungen fakultativ einzuführen, so daß es jedem Mitgliede freistehe, ob er sich beschließen wolle.

Die meisten Redner erklärten sich im Prinzip für die Vorlage des Zentralvorstandes.

In namentlicher Abstimmung wurde mit 24 gegen 4 Stimmen im Prinzip die Reorganisation beschlossen.

Das gesamte vorliegende Material wurde einer Kommission zur Beratung überwiesen.

Um der Kommission Zeit zur Arbeit zu gewähren, fällt die Nachmittagsitzung aus.

Aus der Partei.

Die vorderrussische Aera.

Die Polizei von Kellinghusen verbot nun gleichfalls den Lichtbildervortrag des Genossen Grempe-Berlin über „Rußlands Freiheitskämpfer“ ohne Angabe von Gründen und obwohl der Vortrag am Dienstag im benachbarten Lägerdorf vor 500 Zuhörern ohne Zwischenfall gehalten worden ist. Auch in diesem Fall wurde die gefällig vorgeschriebene Anmeldebefreiung von der Polizei nicht erteilt!

In fünf Tagen drei Versammlungsverbote: eine Leistung, für die man in — Petersburg den gebührenden Respekt haben wird.

Der Kongress der Seine-Föderation.

Paris, 21. Oktober. (Fig. Ver.)

Die sozialistische Föderation des Seine-Departements hat gestern ihren Kongress abgehalten. Die 20 Pariser Arrondissements und 21 Kantone der Umgebung waren durch insgesamt 263 Delegierte vertreten. Diese große Zahl macht es begreiflich, daß die Verhandlungen manchmal einen sehr lebhaften Charakter annahmen. Den Bericht über den Parteitag in Nancy erstattete Grouffier, Sem hat den über den internationalen Kongress. Sembat erklärte, in der Frage des Antimilitarismus habe in der Internationale in bezug auf das Ziel keine Meinungsverschiedenheit geherrscht, sondern nur in bezug auf die Mittel. Die Deutschen hätten die Formel der Insurrektion und des Generalstreiks nicht annehmen wollen, die Internationale habe sie aber in der historischen Aufzählung doch zugelassen. In der Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft hätten die Franzosen zwar den Beschluß von Nancy nicht durchsetzen können, aber die Internationale hätte ihrem Verlangen nach Aktionsfreiheit Rechnung getragen, indem sie der Aufnahme des französischen Vorbehalts ins Protokoll zustimmte. Sallant sagte diesen Bericht noch einige ergänzende Bemerkungen an. Er sagte u. a., daß der von den Franzosen gemachte Vorbehalt in der Gewerkschaftsfrage ihnen die volle Freiheit gegeben habe. Die Internationale habe zugenommen der Franzosen eine Ausnahme gemacht. Seine Auseinandersetzungen mit dem Verdräter Beer hätten ihm darüber keinen Zweifel gelassen. — Gegen diese Auffassung protestierte Cambier im Namen der Minorität: Die Beschlüsse der Internationale seien für alle Sektionen bindend. Cambier unterlegte den Antrag, die Berichte Grouffiers und Sembats in Druck zu legen, sprach sich aber gegen die Hinzufügung der Erklärungen Sallants aus. Der Kongress beschloß indes, in die Broschüre die Ausführungen Sallants aus. Der Kongress beschloß, die Erklärungen der französischen Mehrheit in der Gewerkschaftsfrage billigt, mit 168 gegen 84 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde ferner eine Resolution über das Verhältnis zu den Radikalen. Sie wendet sich gegen die Annahme dieser Partei, die über den „Druck“ mit den Sozialisten diskutiert, als ob für die Sozialisten überhaupt eine Gemeinschaft mit den Radikalen, diesen Agenten des Kapitalismus und Werkzeugen des Marokkoshindlats und der Kolonialräuber, möglich wäre. Die Föderation fordert die Sektionen auf, den Kampf gegen alle Bourgeoispartei mit verstärkter Energie fortzuführen.

Der Kongress beauftragte die Verwaltungskommission, dem Genossen Karl Liebknecht die Sympathie der französischen Sozialisten kundzugeben.

Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung war die Organisation der sozialistischen Jugend. Diese hat bisher eine eigene Sektion gebildet, die ihre Mitgliedschaft aus allen Bezirken des Departements rekrutierte. Eine Reihe von Sektionen verlangte nun, daß die Gruppen der sozialistischen Jugend überall in die Bezirksorganisation eintraten und ihre autonome Organisation aufgeben. Der — unter derbeiläufigen Einflüssen stehende — Jugendverband bemühte sich den status quo aufrechtzuerhalten. Der Antrag auf Statutenänderung wurde indes mit 140 gegen 99 Stimmen angenommen. Eine vom Föderationsrat ernannte Kommission soll die neue Organisationsform entwerfen.

Sozialistische Proteste in England. London, im Oktober. (Fig. Ver.)

In Liverpool fand kürzlich eine von über 3000 Personen besuchte Versammlung statt, in der die Genossen Wataford, Grayson und Cunninghamham Graham sprachen. Wataford sagte, er werde über zwei Ereignisse sprechen: über Keir Hardies Besuch in Indien und über die Wahl in Kirkdale. „Was Keir Hardie betrifft, so möchte ich einige Worte an die britische Presse richten. Es ist jetzt Mode geworden, sozialistische Reden aufzufangen und sie zur Verberkung der Gemüter umzuwenden. Ich bitte die Vertreter der Presse, sich als Männer und Engländer zu betragen, und uns fair play zu geben. Will die Presse uns in skrupelloser und radikalischer Weise bekämpfen, so werden wir in derselben Weise dienen; der Wahrheit wäre indes damit nicht gedient, wenn wir uns gegenseitig beschimpfen. Was geschah im Falle Keir Hardies? Eine Depesche kam aus Indien und erzählte, Hardie habe gewisse Bemerkungen gemacht. Die Presse zeigte nicht die geringste Reizung, die Nachrichten auf ihre Wahrheit zu prüfen, sondern fiel sofort über Hardie her und sagte gleichzeitig hinzu, Hardie sei der Führer der Sozialisten. Aber nach wenigen Tagen kam doch die Wahrheit zutage, daß Hardies Worte in größter Weise entstellt worden waren. Wenn die Presse nur einen kleinen Teil der Folians, die sie Lord Cromer gegenüber abt, Keir Hardie, und anderen Sozialisten gegenüber sitzen wollte, so wären wir sehr dankbar. Auch in der Wahl in Kirkdale wurde nicht mit anständigen Waffen gekämpft. Wir haben es überhaupt mit einem organisierten Angriff auf den Sozialismus zu tun. In diesem Kampfe wollen wir keine Gnade, wohl aber männliche, ehrenhafte Kriegsführung.“

Cunninghamham Graham erklärte, Keir Hardie verdiene die Dankbarkeit der britischen Nation, da er es gewagt habe, die europäischen Vorurteile zu durchbrechen und die niedrigeren Millionen der Hindu kameradschaftlich zu behandeln. Anstatt Ausweisung — wie manche Blätter verlangen — sollte die Regierung ein Kriegsschiff nach Indien schicken, um Hardie, wenn er seine Mission erfüllt habe, mit allen Staats Ehren nach Hause zu bringen. Das beste für das Reich und für Indien wäre die Freimung.

Grayson meinte, man müsse der bürgerlichen Sozialpolitik auf die Finger sehen, da sie die Kosten auf die Schultern der Arbeiter

legen werde. Unsere Gegner sagen, wir wollten die Religion und die Familie abschaffen. Die größten Feinde der Religion seien nicht die Sozialisten, sondern die Kirchen. Und was die freie Liebe betreffe, so würde die Bourgeoisie ein massives Sozialisten werden, wenn der Sozialismus die freie Liebe verteidigte. Gerade das Gegenteil sei wahr. Nicht wegen der lazen Moral, sondern wegen der Erhabenheit unserer ethischen Forderungen verfolge man uns.

In Bradford sprach der Arbeiterabgeordnete Snowden im ähnlichen Sinne.

Der Arbeiterabgeordnete Schalken behandelte die kirchliche Nachwahl in einer Versammlung in Wursley.

Der Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei nahm in der Frage über das Verhältnis zwischen Sozialismus und Religion folgende Resolution an:

Der Vorstand der Unabhängigen Arbeiterpartei weist die Angriffe auf den Sozialismus, den man für religionsfeindlich hält, entschieden zurück. Er erklärt, daß die sozialistische Bewegung Anhänger der verschiedensten Religionen und Glaubensbekenntnisse umfaßt und für vollste Religionsfreiheit eintritt. Er weist ferner den Vorwurf, der Sozialismus wolle das Familienleben abschaffen, mit aller Entschiedenheit zurück und lenkt die Aufmerksamkeit des Publikums auf die Tatsache, daß die Auflösung der Familie schon seit mehreren Jahrzehnten vor sich gehe und zwar infolge der schlechten Verfassung, der Fabrikarbeit der Kinder und Frauen; diese Erscheinungen haben ihre Ursache in dem ökonomischen Druck, in den niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen der Männer und in anderen Wirkungen des Kapitalismus, den unsere Gegner aufrecht erhalten, aber wir beseitigen wollen.

Ebenso lebhaft ist die Agitation der Sozialdemokratischen Föderation. Kürzlich sprachen die Genossen Hyndman und Magred (letzterer ist Mitglied der Hochkirche).

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

„Rate Byzantiner.“ Unter dieser Überschrift hatte das amtliche „Langensalzaer Kreisblatt“ ein Nachwort des Reichsverbandes veröffentlicht, in dem von einem Byzantinismus die Rede war, den angeblich die sozialdemokratischen Führer und unsere Presse gegenüber der Masse der Arbeiterklasse treiben sollen. Das „Volkblatt“ für Mühlhausen erteilte darauf dem „Langensalzaer Kreisblatt“ eine derbe Abfertigung für den Artikel. Durch einzelne Wendungen fühlte sich der Redakteur des „Kreisblatts“, Wendt, beleidigt und erhob gegen Genossen Markewitz vom „Volkblatt“ Privatklage. Das Mühlhäuser Schöffengericht verurteilte Genossen Markewitz wegen formaler Beleidigung zu 70 M. Geldstrafe. — Wegen der niedrigen, echt reichsverbandlerischen Unterstellungen des „Byzantiner“-Artikels hatte Genosse Markewitz Widerklage erhoben, der Redakteur des „Kreisblatts“ wurde jedoch freigesprochen, weil das Gericht den Standpunkt einnahm, in dem betreffenden Artikel sei keine bestimmte Person bezeichnet gewesen.

Aus Industrie und Handel.

Leuerungszuschläge.

Ein Rocher de bronze gegenüber der herannahenden Krise ist der nach den letzten Prechnachrichten beibehaltene Leuerungszuschlag der vereinigten Elektrizitätsfirmen auf ihre Fabrikate sicherlich nicht. Er stellt sich vielmehr in schöner Parallele der Wirtschaftspolitik der übrigen Verbände zur Seite, die so lange an der Fiktion eines stationären Geschäftsganges festhielten, bis sie nunmehr in ihren Wirtschaftsberichten notgedrungen mit den sinkenden Absatzfiguren debattieren müssen.

Sicherlich hätte die Vereinigung der elektrischen Firmen nicht das Mißverhältnis der Produktionskosten zu den Verkaufspreisen als stichhaltigen Grund für die Aufrechterhaltung eines Leuerungszuschlags angeben dürfen. Denn, schwer fällt es, in einer Zeit, wo die Spannen auf den Dächern bereits über die Ursachen der beispiellosen Kupferpleite diskutieren, an eine Selbstkostenverleuerung zu glauben. Wenn nun Kohle und Eisen stabil geblieben, das als Rohmaterial der elektrischen Fabrikate so wichtige Kupfer aber stark im Preise gefallen ist, sollte man da nicht den Schluß ziehen dürfen, daß die Spannung zwischen Selbstkosten und Preisen unendlich in demselben „Mißverhältnis“ fortbestehen kann?

Der Leuerungszuschlag ist das Mittel, bei gesunkenen Selbstkosten die alten Preise aufrechtzuerhalten, und das ist die verwirklichte Syndikatspolitik, welche selbst aus rückgängiger Konjunktur Kartellprofit zu ziehen sucht, sich für den geschwächtesten Konjunktur durch die erhöhte Profitrate entschädigen will. Oder aber die Beibehaltung des gleich hohen Leuerungszuschlages ist jene bekannte schöne Geste, mit welcher man auf dem Markte vorläufig paradiert und sich hierbei auch noch selbst gegenseitig Sand in die Augen streut. Während man insgeheim bereits nach Kräften intrigiert, was bekanntlich auch innerhalb des geschlossenen Verbandes keineswegs unmöglich ist. Unser kapitalistisches Geschäftsleben ist ein Streben von Spitzfindigkeiten, in welchen die Konkurrenz zu Falle kommen soll und in welchem List und Verschlagenheit die erste Geige spielen. Und so mag es denn kommen, daß binnen kurzem der nachlassende Konsum für seine niedrigeren Preisbedürfnisse ein mildes Ohr findet, trotz dem „Mißverhältnis“ und sogar — trotz des beibehaltenen Leuerungszuschlages.

Entwicklung der Kohlenpreise.

Die Klagen über Verteuerung der Brennstoffe werden nicht lauter. Zweifellos standen schon 1906 die Kohlenpreise in den Hauptkohlenbezirken Deutschlands noch höher wie 1900, dem Jahre des damals viel erörterten Kohlenwunders. Nach den Notierungen der für die Kohlenpreisgestaltung besonders wichtigen Essener Börse wurden durchschnittlich für die Tonne bezahlt in Mark:

	1885	1900	1906
Kammkohlen	5,89	10,00	10,27
Reitkohlen	5,63	10,25	10,27
Wagerkohlen	4,70	9,50	9,53
Gaskohlen	7,33	12,75	12,50

Welche Preise erzielt werden im direkten Verkauf, geht aus der neuesten Berechnungstabelle des Kohlenyndikats hervor. Wegen die Preispraxis dieser übermächtigen Grubenorganisation richten sich die meisten Verhöwerder der Konsumenten. Das Syndikat bestimmt nämlich schon im November (bismal sogar schon im Oktober), welche Preise für die nächsten 1 1/2 Jahre zu zahlen sind, ohne Rücksicht auf etwaige Konjunkturveränderungen. Es wurden für die Tonne (je nach Sorte) folgende Preise festgelegt:

	1906/1907	1907/1908
Reitkohlen	9,00—12,50 M.	10,00—13,50 M.
Kammkohlen	8,50—12,50	10,00—13,50
Stückkohlen	7,50—15,50	8,50—16,50
Wagerkohlen	6,00—22,50	6,00—23,50

Bis zum 31. März 1908 sind also die Syndikatspreise noch um 1 M. pro Tonne höher gestellt wie im Jahre vorher, obgleich ohne Zweifel die Konjunktur sich weiter verschlechtert wird. Darin liegt eine so grobe Rücksichtslosigkeit gegenüber der Allgemeinheit, daß man die anwachsende Opposition gegen die Syndikatspreise sehr begreiflich finden muß.

Eine Million Gewinn als Wertzuwachs! Das Restgrundstück des ehemals fürstlich Wülferschen Besitzes an der Ede Keith- und Wichmannstraße hat, wie die „Vodenreform“ schreibt, die Landesversicherungsanstalt Stenaburg erworben. Ob sie das teure Gelände, für welches sie 4800 M. für die Quadratrute bezahlt hat, zur Errichtung eines Verwaltungsgebäudes verwenden wird, steht noch dahin. An dem Gesamtgrundstück ist innerhalb zwei Jahren rund eine Million Mark verdient worden.

Es wäre in der Tat fürwahr, wenn die Gesellschaft, die diese Gewinne gemacht hat, davon 200 000 M. an die Allgemeinheit als Zuwachsteuer hätte abgeben müssen. Die armen Aktionäre hätten ja dann in zwei Jahren nur 800 000 M. unbedienten Gewinn zu teilen!

Der Staat.

Trotz aller Beschwichtigungen zieht die Katastrophe in den Vereinigten Staaten weitere Kreise. Zwar wird die Schließung der Pittsburger Effektenbörse als nicht alarmierend bezeichnet, aber niemand läßt sich über die Absicht solcher Verfügungen täuschen. Auch die Zahlungseinstellungen der Westinghouse Electric Company und der Westinghouse Machine Company sollen keine große Bedeutung haben. Schließlich werden uns die Insolvenzen noch als ganz harmlose Zwischenfälle geschildert. Eine Panik wurde nur durch das Eingreifen des Schatzsekretärs Cortelhou, der zugunsten der Trust Company of America 15 Millionen Dollar deponierte und event. weitere Hilfe zusicherte, verhindert. Durch kräftige Eingreifen, umfassende Interventionskäufe, haben es mehrere Finanzfürsten unter Führung Morgans auch erreicht, an der Effektenbörse eine gewisse Ruhe zu bringen. Man ist sich einig in dem Gedanken, daß nur durch umfassende Hilfe und durch Zusammenarbeiten der finanzgewaltigen großen Geschäftskontoren verhindert werden können. Die wackeligen Institute werden jetzt durch behördliche Beamte, die das Bundesgericht einsetzt, verwaltet. Die in der City belegene Filiale der Knickerbocker Company wurde behördlich geschlossen und soll erst nach vollendeter Revision wieder geöffnet werden.

Ueber die letzten Vorgänge liegen folgende Meldungen vor: London, 24. Oktober. „Daily Mail“ meldet aus New York: Die Knickerbocker Trust Company hat ihre sämtlichen Gläubiger befriedigt, die befürchtete Finanzkatastrophe ist dadurch vermieden.

New York, 24. Oktober. (Meldung der „Associated Press“.) Nach einer Beratung mit den hervorragendsten Finanzleuten, darunter P. Morgan, gab Cortelhou die Erklärung ab, daß der beste Beweis für die glückliche Ueberwindung der geistigen unnötigen Aufregung die starke Unterstützung derer sei, die es unternommen hätten, das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen. Cortelhou betonte, daß das Schagamt 25 Millionen in New York deponiert hätte, und sagte, daß die Nationalbanken sich in unerwarteter Position befänden und viele von ihnen gestern früh doppelt soviel Kapital in Händen gehabt hätten, als gesegmäßig vorgezeichnet sei.

Modesteller arrangierte größere Anleihen für eine Anzahl finanzieller Institute in New York und gab auf Verlangen seiner Meinung dahin Ausdruck, daß ein Alarm völlig ungerichtet sei. Mit anderen zusammenarbeitend werde er die augenblickliche Krise überwinden, und jeder, dem sein Vaterland am Herzen liege, müsse seine Hand dazu bieten, das öffentliche Vertrauen wiederherzustellen.

Man sieht, der Schwindel mit dem „Waterland“ geht den amerikanischen Kapitalisten bei Wahrung ihrer Interessen so glatt ab, wie preussischen Junkern!

Aus der Frauenbewegung.

Kinderbeschäftigungsanstalten.

Als Gegenstück zu den Kinderhorten, die die Kinder arbeitender Frauen in den schulfreien Stunden beschäftigen und behüten, behandelt Frau A. P. Lathow in „Ein Volk, eine Schule“ die sog. Kinderbeschäftigungsanstalten, wie sie in Banglaur, Heilbronn, Dresden usw. noch bestehen. In der Banglauer Arbeitsschule erhielten die 149 Schüler und Schülerinnen im Jahr 8086 M. Lohn, d. i. pro Kopf und Jahr 20,50 M. oder pro Monat 1,70 M. Dafür mußten die Kinder 3835 Paar Strümpfe stricken, 17 550 Puppenkleider häkeln und 672 Samstagsreisen mit Berlin benützen. Aus dem Jahresbericht des Vereins für Kinderbeschäftigung in Dresden entnimmt sie die Angabe, daß die von 140 Anstalten über 10 Jahren besuchte Anstalt im Jahre 1904/05 insgesamt 3453 M. Arbeitslöhne bezahlte. Die höchsten Jahreslöhne betragen 99,47 und 85,97 M. Die Kinder arbeiteten „nie mehr als 8 bis 6 Stunden“. Die Anstalt schloß um 6 Uhr abends, „so daß den Kindern genügend Zeit für ihre Schularbeiten blieb“. Wenn nun so ein Kind 4—5 Stunden Schule, 2—3 Stunden Schularbeit und kleine häusliche Dienste und außerdem noch die 8—5 Stunden Anstaltsarbeit zu leisten hat, so ist es 10—13 Stunden täglich angepannt. Das also ist das Los, das unsere herrliche kapitalistische Wirtschaftsordnung der Jugend des Volkes bereitet. Und dabei gibt es noch Leute, die auf solche Einrichtungen wie die hier geschilderten stolz sind und sie als tatsächliche Wohlfahrtsinstitute betrachten.

Die Probiermamsell.

In dem eleganten Anprobefalon eines bekannten Spezialhauses für Damenausstattung ruht die Frau Baronin V., lässig hingemessen in dem feinen, zierlichen Diwan. Ein ärgerlicher Zug breitet sich über ihr Gesicht aus, und um die Mundwinkel geht ein nervöses Zucken. Auf einem Sessel schräg gegenüber sitzt ihr Gemahl, ein fünfziger, mit schlaffen, verlebten Zügen und einer riesigen Glatze. Dazwischen steht die Direktrice, mit edigem, hochmütigem Gesicht. Auf dem Tische liegen mehrere Jadedits ausgebreitet. „Wohlgeil sehen sich Frau Baronin das braune Jadedit noch einmal an“, lispelt sie. „Ach, die junge Dame winkt abwehrend, ich bin so abgepannt und Probiermamsells haben Sie nicht!“ Weiber sind sie beide erkrankt. Aber ich weiß Rat! Sie drückt auf einen Knopf und ruft dem eintretenden Mädchen zu: „Fräulein Jensen aus der Liberabteilung soll kommen!“ Nach einer kurzen Weile erscheint etwas ängstlich und mit stummem Gruh ein hübsches, hochgewachsenes Fräulein. Der Baron sieht interessiert auf und mustert die Angekommene. „Hier, Fräulein, proben Sie mal dieses Jadedit an.“ Die Direktrice hält ihr das Kleidungsstück zum Hineinschlüpfen bereit. Einen Augenblick späert das

Fräulein, dann zieht es aber das Jadedit ruhig an. Der Baron weidet sich mit lusternen Blicken an der herrlichen Gestalt. Er tritt ihr nahe. „Edarmont, einfach schamant“, nüstelt er, während er mit der Hand tastend über die ebenmäßige Taille fährt. Sofort wendet sich das Fräulein um. Ueber ihr Gesicht ergießt sich eine flammende Purpurglut. „Fräulein, klingen es jetzt schlagartig von den Lippen der Direktrice. „Dazu bin ich nicht hier, Frau Müller, das ist bei meinem Engagement nicht ausgemacht worden.“ preßt die Angerufene jetzt zornig hervor. In ihren Augen blinken Tränen. Die Direktrice ist einer Ohnmacht nahe. „Was unterstehen Sie sich? Sie sind entlassen, heute noch, sofort!“ Ihre Stimme ertönt in Wut und Aufregung. Das Fräulein hat sich des Jadedits entkleidet und verläßt nun stumm das Zimmer. Die Frau Baronin aber winkt ihrem Gatten: „Wir gehen!“ Mit diesen Worten rauscht sie hinaus, hinter ihr der verblüffte Gemahl. — Im Hauptkontrakt des Chefs steht die Verkäuferin und schluchzt krampfhaft, während die Direktrice wutentbrannt auf den Inhaber einredet. „Sie sind wegen unangemessenen Betragens entlassen, Fräulein Jensen, und erhalten bis zum heutigen Tage Gehalt ausgezahlt.“ Mit eisigen, unbeweglichem Gesicht spricht es der Chef vor sich hin. Durch den Körper des Mädchens geht ein heftiger Auf. „Herr Bendler, ich bin anständig erzogen und lasse mich nicht belächeln, das gehört nicht zu meinen Pflichten!“ „So schämig wird es wohl nicht sein. In einem erstklassigen Geschäft passiert nichts, was eine Person wie Sie verleben könnte, merken Sie sich das!“ hauchte sie jetzt der Chef erbot an, während die Direktrice schnippisch bemerkte: „Es wird alles nicht so heiß gegeben, wie Sie gedacht wird!“ „Erlauben Sie mal“, fährt die Verkäuferin empor auf. „Bitte keine Szene, Sie sind entlassen und damit basta!“ nuschelt sich jetzt Herr Bendler ein und steht auf, um das Kontrakt zu verlassen. „Dann muß ich klagen um mein Recht.“ Mit einem „Gut Glück!“ schließt Herr Bendler die Tür hinter sich.

Bureau der sozialdemokratischen Frauen. Den Genossinnen zur gefälligen Beachtung, daß das Bureau der sozialdemokratischen Frauen, Lindenstraße 8, wochentäglich von 9—1 und von 4—8 Uhr geöffnet ist.

Eine Parlamentsstenographin. Die dänische Volksvertretung hat eine Dame, die Frau des Abgeordneten Jørgen, zur amtlichen Parlamentsstenographin ernannt. Vertretungs- und ausführenden sind, wie die „Frankf. Bz.“ dazu bemerkt, schon seit einiger Zeit Frauen in dem stenographischen Dienst des Folketings tätig, aber die feste Anstellung einer Frau als Parlamentsstenographin ist jetzt zum ersten Male erfolgt.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin, Montag, den 28. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstraße 72, Vortrag Dr. Bruno Nordhoffs. — Die Kassiererin des Vereins, Frau Köhler, wohnt jetzt Friedrichstraße 1; weitere Adressen sind bei Frau Steinkopf, Oranienstraße 45, Stfl. 3 Tr., Frau Jordan, Lübeckstraße 48, Frau Kullik, Prinzenstraße 102.

Dienstmädchen, Wäsche- und Aufwartefrauen! Sonntag, den 27. Oktober, nachmittags 6 Uhr, in Veders Festsaal, Kommandantenstr. 62: Defensitive Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Redakteurs Paul Johnson über: „Du sollst den Heiligen.“ Diskussion. — Dienstmädchen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung! Nach der Versammlung gefälliges Beisammensein mit Tanz.

Verfammlungen.

Die Gürtler hatten am Montag im großen Saal des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Versammlung. Heimann, der Branchenleiter, erstattete namens der Agitationskommission den Jahresbericht, umfassend die Zeit vom 1. Oktober 1906 bis zum 30. September dieses Jahres. Es wurden 192 Werkstättenversammlungen abgehalten und 5 öffentliche Versammlungen. Außerdem fanden 28 Kommissionssitzungen und 6 Konferenzen statt. Die Mittärgürtler zeigten jetzt eine gewisse Laßheit, die die Erfolge gefährde, welche in der letzten Bewegung erzielt wurden. Die Kollegen mußten energischer sein und ihre Interessen wahren. — In der Selbstmetallindustrie habe die Aufnahme der Statistik zu Entlassungen geführt. Man suchte sich hier und da der organisierten Kollegen zu entledigen. Namentlich habe sich die Firma Jörn u. Glänke darin hervorgetan. In den Tarifverhältnissen der Selbstmetallindustrie sei eine neu hinzugekommene und in einer anderen sei der Tarif verbessert worden. Aufgabe der Kollegen wäre es, in Werkstätten, die nicht zur Tarifgemeinschaft gehörten, auf die Anerkennung tariflichen Lohnes hinzuwirken. Ende 1905 gehörten 2182 Gürtler dem Verbands an, Ende 1906 waren es bereits 2838 und im Laufe dieses Jahres hat wieder eine erhebliche Zunahme stattgefunden, die zahlenmäßig noch nicht feststeht.

In die Agitationskommission gewählt wurden Rieffel, Goethe, Nagel, Mann, Kormann, Lehmann, Heimann, Ganger und Röder. — Zum Branchenvertreter wurde wieder Heimann gewählt.

Von den Branchenangelegenheiten, die dann noch berührt wurden, ist unter anderem die bevorstehende Wahl zum Innungsausschuss (Gesellenausschuss) zu erwähnen. Es sei, wurde ausgeführt, schon jetzt unter den bei Innungsmeistern arbeitenden Gürtlern darauf zu agieren. Sie waren zu veranlassen, zahlreich in der nächsten stattfindenden Spezialversammlung zu erscheinen und gleich mit Kandidaten aufzuwarten. — Auch auf die Delegiertenwahlen zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Gürtler wurde hingewiesen. — Von verschiedenen Seiten wurde die Erwartung ausgesprochen, daß sich jetzt unter den Gürtlern wieder ein regeres Leben entfalten werde. Und Heimann legte dar, daß die Gürtler trotz der Kämpfe von 1904/05 zuversichtlich in die Zukunft blicken könnten. Sie müßten nur daran denken, daß sie in der gewerkschaftlichen und politischen Organisation ihr Rückgrat hätten.

Witterungsübersicht vom 24. Oktober 1907.

Stationen	Barometer-stand min.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-stand min.	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C		
Swinemünde	762	SE	3	heiter	8	Sabaranda	760	—	—	2	Nebel	—	
Darmstadt	760	SE	2	Nebel	10	Petersburg	—	—	—	—	—	—	
Berlin	761	SE	2	wolkig	8	Seitz	761	—	—	—	3	wolkig	9
Frankfurt	760	D	3	Regen	11	Aberdeen	758	—	—	—	1	heiter	7
Königsberg	761	SE	4	Nebel	6	Paris	762	—	—	—	—	7	
Wien	764	SE	1	wolkig	7								

Wetter-Prognose für Freitag, den 25. Oktober 1907. Vieles neblig, sonst ziemlich heiter, trocken und am Tage mild, bei schwachen südlichen Winden.

Seefische — Volksnahrung!
Bester Fleischersatz!
 schmackhaft und von hohem Nährgehalt.
 Täglich frische Zufuhren in
eigenen Kühlwaggons
 eintreffend!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
 (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.)
 Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
 Seefisch-Kochbücher gratis. Zentral-Fernspr. Amt III, No. 8304.
 Verkauf-Niederlagen:
 Prinzenstr. 30 am Moritz-Platz. Gr. Frankfurterstr. 85 bei d. Marallustraße. Schles. Bahn, Bog. 8, 9. Potsdamstr. 112a b. d. Lützowstraße. Wilsackstraße 57 b. d. Dreystraße. Wilmersdorferstraße 111 Tegel, Treskowstr. 14. Tel.-Amt VI 7190. b. d. Stattdorfer Platz. Ecke Schlieperstraße. Spandau, Breitenstr. 54 (a. Markt). Tel.: 748. Tel.: Charlottenb. 6718. Tegel 114. Invalidenstr. 131 (vis-à-vis Steamer Bahnhof).

Wir empfehlen besonders:
Schollen 1 1/2—2 1/2 Pfund schwer 35 Pf.
Cabliau ohne Kopf 30 Pf.
 im Ausschnitt 35 Pf.
 Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.
 Geräuch. Riesenlachsheringe 500g 15—20 Pf.
Marinaden (Fisch-Delikatessen).



Winter-Joppen

Nützlichste Kleidungs-Stücke bei rauher Witterung aus warmen Lodenstoffen mit molligen Futterarten. Verschiedene praktische Fassons mit doppeltem, breitem Brust-überschlag, auch mit Falten und Sattel.

Tausende Exemplare nur eigener Erzeugnisse.
27.— 24.— 21.— 18.— 6 M.
15.— 12.— 10.— 7,50

Pelz-Joppen

Starke Stoffe, durchweg mit Pelz-futter. Nur eigene Erzeugnisse 15 M.
45.— 36.— 27.—

Winter-Hosen

Gute moderne Stoffe. Tadelloser Schnitt. Ausgeprobte Paßformen. Tausende Exemplare nur eigener Erzeugnisse.
15.— 12.— 10.— 9.— 4 M. 50
8.— 7.— 6.— 5,50

Feine Maß-Arbeit.

Baer & Sohn

Spezialhaus größten Maßstabes.
Chausseestraße 29/30 • 11 Brückenstraße 11.
Gr. Frankfurter Straße 20.
Der Haupt-Katalog Nr. 32 (Neueste Moden 1907-08) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Zähne 2 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechstunden 8-7 Uhr.

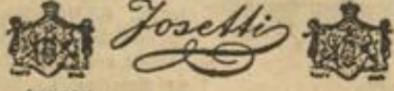
fette Gänse, fette Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt reell F. Wegner, Berlin, Karlsruherstr. 84.



Drei Dinge sind nötig zur Herstellung bester Cigaretten:

1. Umfassendes Verständnis der Fabrikation.
2. Allerbeste Rohmaterialien.
3. Technisch vollkommenste Fabrikeinrichtung.

Dafür zu sorgen ist unsere Sache. Eins nur ist nötig zum Einkauf bester Cigaretten: darauf zu achten, dass die Cigaretten die Marke



tragen. Dafür zu sorgen ist Ihre Sache. Diese vier Faktoren gewährleisten Ihnen den Einkauf denkbar bester Cigaretten.

Die Marke Josetti ist die Garantie.

Dass wir die besten Cigaretten fabrizieren, können Sie selbst feststellen bei einem Versuch mit irgend einer Sorte deren Vorzüglichkeit durch die Marke Josetti garantiert ist.

Josetti Juno 10 St. 20 Pf.
Josetti Vera 10 St. 30 Pf.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Gänsefleisch, frisch und gedörrt, a Pfund 40 Pfg. und 50 Pfg. Gänseklein, Gänsefett sowie sämtliche Gänseartikel täglich frisch und in großer Auswahl. Hermann Leißner, Berlin C., Klosterstraße 95 (Ecke Kaiser-Wilhelmstraße).

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Tüllbettedecken 10 bis 20 Prozent Rabatt. E. Weisenberg's Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. *
Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Tuch- und Plüschdecken, Decken, Vorhänge, Teppiche, in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Teppiche, Gardinen, Möbel, Tischdecken, Kissen, Vorhänge, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Gerrenfahrpad, Damenfahrpad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstr. 36 b.
Herberten, Stand 11,00, pro 16,00. Wäsche, Gardinen, Vorhänge, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Damenmäntel, Jacketts, Paletots, Abendmäntel, Kostüme, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen erhalten solide Leute zu Kassapreisen bei geringer Abzahlung auf Teilzahlung Möbelhäuser V. Franke, Schützenstraße 77/74. *

Bilder, Spiegel ohne Abzahlung, Uhren, Steppdecken, Tischdecken, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Teppiche! (lederbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahndorf Bödte. 2611*
Singermaschine 12,00. Pflanzmaschine 77. 8118*
Fahrrad, wenig gefahren, 40,-, verkauft Pensionsbank, Rantstraße 55.
Handelshaus! Hermannplatz 10. Alle billigen Einkaufsquellen! Bettenverkauf, Brautbetten, Vermietungsbett, Bettwäsche, Aussteuerwäsche, Extrablätter, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Steppdecken, Wäscheverkauf, Plüschdecken, Tischdecken, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Rahmmaschinen. Bis 20,00 vergütet reell, wer kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Postkarte genügt. Brauer, Frankfurter Allee 101, Laden. 440*
Krautstraße 50 Möbel, Spiegel, Polsterwaren, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Teppiche mit Farbenflecken zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Tredrollen (Teilzahlung) Berliner Treddrollen-Fabrik, Bahmannstraße 29.
Gasföcherhand!!! Geflochtene Zwischengasföcher 5,00. Gasföcherapparat! Gasplättchen! Schneidereisen! 1! (spottbillig) Gasföcher 1,00, (Gasföcher) 1,10. Wehlauer, Bahmannstraße 29. 2818R*
Taschen-Verkauf! Jantilecke Leder-Tasche, Portieren, Steppdecken, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Gasföcherhand!!! Geflochtene Zwischengasföcher 5,00. Gasföcherapparat! Gasplättchen! Schneidereisen! 1! (spottbillig) Gasföcher 1,00, (Gasföcher) 1,10. Wehlauer, Bahmannstraße 29. 2818R*
Taschen-Verkauf! Jantilecke Leder-Tasche, Portieren, Steppdecken, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*

Möbel, S. Braun, Gneisenaustraße 10, billige und beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung. *
Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Damen von 1,50, Gehrockanzüge von 12,00, Fracks von 2,50, sowie für fortpollente Figuren. Keine Garverober zu namend billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen laufen man am billigsten bei Kay, Wladstraße 14. 6535*
Gänse! Gänse! frisch geschlachtet, sind sehr billig veräußert. Paul Hoff, Weidenberg-Verkauf, Samariterstr. 21.
Vittauer-Rahmmaschinen ohne Abzahlung, wöchentlich 1,00, gebrauchte 12,00, Blücherstraße 1-6, Darschauerstraße 67, Aderstraße 111. 851b
Möbel-Gesellschaft! Garnituren, Plüschsofa, Chaiselongues, Bettstellen, Kutschen, Kleiderständer, Vertikals, Truhen, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Parteiokal mit vollem Schan, Vereinszimmer, vier Vereine, 15/2, wegen Familienzwang sofort 1000 Mark veräußert. Offerten unter B. 4 an die Expedition des „Vorwärts“. 8505
Verkauflich. Kassenrechner, wie neu, Plüschsofa, Uhr, Freischwinger, Sofa, großes Bild, Dreierstraße 3, Vogelhandlung. 8538
Freitisch verkauft Hellenberg, Weisenberg, Sedanstraße 2. 4184
Restaurant. gut gehend, Vereinszimmer, Kasse, etc. 30 bis 32 Halbe, 4 bis 6 Halbe Weibier, Wiete 129,00, wegen anderen Unternehmens sofort zu verkaufen. Auskunft: Expedition „Vorwärts“, Petersburgerplatz 4.
Garstüchende Blusen, Kostüme, Mäntel, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Damenhemden. Herbjahres, mit gestickter Spitze 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettzeug, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Möbelverkauf. englische Kuchelbetten mit Matratzen 33,00, Kuchelbett 27,00, Truhen 29,00, für Brautleute komplette Einrichtung in großer Auswahl, loslos billige Preise. Wehlauer, Bahmannstraße 29. 2818R*
Damenhemden. Herbjahres, mit gestickter Spitze 1,25, Herrenhemden 1,30, Bettzeug, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*

Verschiedenes.

Volksbühnen-Gesellschaft „Henry Balsé“. Rantensellstraße 41. 418*
Kunstverlei von Frau Rosoff, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. *
Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56. 2840R*
Pernt die Mutter Sprache beherrschend! Erfolgreich, leicht faßlichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde wöchentlich genügt. Gefällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.
Patentanwalt Bessel, Gütchenstraße 94. 2853R*
Tanzkitteln Bilds Verlag, Sonntagstanz, Sonntagstanz, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Balancier, Keinen, gebrauchten, Preisangabe. „Kape“, Postlagernd 48.
Platina, altes Gold, Bruchgold, Silber, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Zum 1. Januar suchen wir einen Zweiten Redakteur. Nur Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Gehaltsforderung werden unter „Redakteur“ an die unterzeichnete Firma erbeten. „Volksbote“, Appel & Co. G. Knappe Stettin, Schillerstraße 10.

Vermietungen.

Wohnungen.
Prächtige Balkonwohnungen sofort, Goldenerstraße 32. 2808R*
Gesundbrunnen, Schwedenstraße 18a, Stube, Küche, Zubehör, von 18 Mark an. 4406*
Zimmer.
Einfach möbliertes Zimmer, separat, für Herrn. Köhn, Knechtelstraße 9, vorn II. 4125
Leere Stube, Verand, Kopenhagenerstraße 3. 741
Schlafstellen.
Schlafstelle, Fern, separat, Grünweg 63, vorn I, Küstrinerplatz, Ostbahn, Westk. 833b
Freundliche Schlafstelle, zwei Herren, 1. November, Baumert, Adenauerstraße 172, vorn III. 720
Mietsgesuche.
Handwerker, anfangs 40, wünscht bei alleinstehender Witwe einzuziehen. Offerte A. B. Postamt 54. 741
Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Motorradfahrer sucht Automobil-Betriebs-Gesellschaft, Hannoverstraße 5.

Junge Leute im Vordelalter von 21 Jahren, welche den polizeilichen Vorschriften entsprechen, werden als Motorradfahrer ausgebildet. Lehrgeld 30 Mark. Automobil-Betriebs-Gesellschaft Hannoverstraße 5.
Ausländische Fabrik, die geschönte Farben, Chromgelbe, Laubgrüne und Ultramarinerblau erzeugt, sucht einen tüchtigen Farbmeister. Offerten an Leo Reisinger, Rantensellstraße 72. *
Pepin! Eine ausländische Fabrik sucht einen tüchtigen Arbeiter, der längere Zeit in einer deutschen oder amerikanischen Fabrik tätig war. Offerten an Leo Reisinger, Rantensellstraße 72. *
Nordmänner auf Angelände (Drillinge), Laubholz sucht F. Anglon u. Co., Wilhelmstraße 122a. 8449
Schlofferlehrling gesucht für größere Werkstatt in Charlottenburg. Adresse sub B. Z. 2973 an Rudolf Koffe, Weidenstraße 41. 8118
Schlofferlehrling verlangt Rippe, Eichenstraße 24. 8470
Lehrling, Hand- und Drehwerkzeuge, Tischler, etc., in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Arbeiterinnen, 12-13 Mark per Woche, verlangen Dammiger u. Co., Rantensellstraße 72, alle Samstag 109. 8465
Zum Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.
Mitarbeiter sucht über die „Feuer-Assuranz“ Berlin, Postamt 61 Lagernd. 85225
Achtung!
Die Pianofabrik von Menzel, Warschauerstr. 58, 40 für Klavierarbeiter, Tischler, etc. in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Extra-Rabatt. Große Frankfurterstraße 125. 2854R*
Der Vorstand der Vereinigung d. Musikinstrumentenarbeiter Berlins u. Umgegend. 141/19*

Der Parteitag der Sozialdemokratie des Niederrheins.

Am 20. und 21. Oktober fand der Parteitag zu Düsseldorf im Gewerkschaftshause statt. Besucht war er von 94 Delegierten, darunter 5 Frauen, außerdem von den Kreisleitern des Bezirkes, Vertretern der Parteipresse, den Reichstagsabgeordneten Scheidemann und Hengsbach, mehreren Reichstagskandidaten, den Parteisekretären des Agitationsgebietes und dem Agitationskomitee, zusammen 122 Genossinnen und Genossen.

Das Agitationskomitee hatte seinen Bericht schriftlich erstattet. Wir haben von ihm in Nr. 235 Notiz genommen. Bemerkenswert ist vor allem, daß unsere Bewegung am Niederrhein gute Fortschritte gemacht hat. Der Parteisekretär des Bezirkes, Genosse Haberland, konstatierte, daß die finanziellen Verhältnisse sich gebessert haben, so daß, wenn keine besonderen Umstände eintreten, der Niederrhein seiner Unterstützung des Parteivorstandes mehr bedürfe, während er sonst stets zu den Stipendiaten des allgemeinen Parteifiskus gehörte.

Eine Neuerung, die im letzten Jahre eingeführt wurde, hat sich ausgezeichnet bewährt, nämlich die Konferenzen des Agitationskomitees mit den Kreisleitern.

Nach einer langen, ausgiebigen Debatte über den Bericht wurden mehrere Anträge angenommen:

Das Agitationskomitee soll Proschüren über die positive Arbeit der Sozialdemokratie herausgeben, wobei die Stellung der Gegner scharf hervorzuheben ist. Die Monatschrift „Morgenrot“ soll besser ausgestaltet werden. Die Lage der Landarbeiter soll das Agitationskomitee im „Morgenrot“ mehr berücksichtigen und geeignete Artikel über die Verhältnisse in der Landwirtschaft bringen.

Der Einheitsbeitrag für den ganzen Bezirk wird auf 40 Pf. pro Monat festgesetzt. Ein Antrag, mehr zur Ausbildung der Genossen zu tun und Wanderfeste durch geeignete Redner abzuhalten, wurde dem Agitationskomitee zur Berücksichtigung überwiesen.

Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, die die Genossen des Bezirkes verpflichtet, die Agitation für die Kommunalwahlen zu verstärken. An allen Orten, wo eine Organisation besteht, müssen sich die Genossen an den Wahlen beteiligen.

Ueber die letzten Reichstagswahlen im Bezirk referierte der Genosse Eberle-Darmen. Er erklärte, daß unsere Gegner die Wahlen nicht als politischen Kampf geführt, sondern nur eine — Schmutzflut aufgewühlt hätten; das Zentrum habe darin dem Reichslügenverband nichts nachgegeben. Wenn der Genosse Weibel in Essen behauptet habe, wir hätten dem Zentrum mindestens 12 Sitze zu verdanken, so treffe dieses nicht für den Niederrhein zu. Im Gegenteil habe sich das Zentrum hier dazu hergegeben, uns Mandate zu entziehen; es habe den Blodparteien Hilfe gebracht. In Duisburg-Mülheim wären die katholischen Arbeiter der offiziellen Zentrumsparole nicht gefolgt, sonst hätten wir auch dieser Wahlkreis nicht erhalten. Der Kampf gelte deshalb in dieser Linie dem Zentrum. Diesen Ausführungen wurde von dem Parteitage zugestimmt.

Genosse Geyer-Eberfeld sprach über: „Die Landtagswahlen in Preußen und der Wahlrechtskampf“. Er führte im besonderen aus, daß keine Partei, auch das Zentrum nicht, ein Interesse an der Einführung des Reichstagswahlrechtes für den Landtag habe. Wir würden in diesem Kampfe allein stehen. Am Schluß schlug er folgende Resolution vor, die Annahme fand:

Mit der zunehmenden Entwicklung der Klassengegensätze, des Klassenkampfes und der Auffklärung der Arbeiter wächst bei den bürgerlichen Parteien einerseits die Tendenz zu einer stärkeren Feindschaft gegenüber dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht, andererseits aber auch die Erkenntnis der Notwendigkeit, mit den Arbeitern zu rechnen und ihnen KonzeSSIONen zu machen. Aus diesem Zwiespalt zwischen brutalen kapitalistischen Masseninteressen und der durch die allgemeine wirtschaftliche und politische Entwicklung hervorgerufenen Notwendigkeit ist die Situation entstanden, wie sie sich aus der gegenwärtigen politischen Lage ergibt. Den Anstoß zum Wahlrechtskampf in Preußen hat die sozialdemokratische Partei gegeben durch ihre Beteiligung an der Landtagswahl und die im Winter 1906 inszenierte Wahlrechtsbewegung.

Der niederrheinische Parteitag in Düsseldorf erklärt, daß die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme bisher nichts Ernsthaftes zur Erreichung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für den preussischen Landtag getan haben und heute erst recht nicht gewillt sind, für dessen Durchführung einzutreten. Alle Erfahrung spricht dafür, daß alle Wahlrechtsanträge Spiegelfechtereien sind, darauf berechnet, erstens die Wähler zu täuschen und zweitens in anderer Gestalt das Wahlrecht in Preußen zu verewigen. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche grundsätzlich und selbst jede Verweigerung des einen vor dem anderen verweist und für die Einführung des ungeschmälerten allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts kämpft.

Der Parteitag macht es den Parteigenossen zur Pflicht, die Agitation und die Vorbereitungen für die Landtagswahlen 1908 alsbald aufzunehmen und die Wahlbewegung zu einem wirklichen Protest gegen das reaktionäre Wahlsystem zu gestalten. Dieser Protest muß seine greifbare Gestalt bekommen durch eine mächtige Anzahl sozialdemokratischer Landtagswahlstimmen und einer dieser Stimmengahl entsprechenden Anzahl sozialdemokratischer Wahlmänner.

Das Agitationskomitee wird beauftragt, rechtzeitig eine kurzgefaßte Aufklärungsschrift über das Wesen und die Bedeutung der Landtagswahlen nebst den wichtigsten Bestimmungen des jetzigen Wahlreglements herauszugeben.

Ueber den Internationalen Kongreß zu Stuttgart referierte Genosse Dr. Daubenberg. Bei der Erörterung der Kolonialdebatte untersagte der Referent die Stellungnahme der „Arbeiterstimme“ zu Solingen in der genannten Frage einer scharfen Kritik. In der Auseinandersetzung mit dem „Vorwärts“ über die Kolonialfrage hätte die „Arbeiterstimme“ Grundzüge vertreten, die mit unserem Prinzip absolut nicht in Einklang zu bringen sind.

Genosse Hildebrand, Redakteur der „Arbeiterstimme“, verteidigte in längeren Ausführungen seine Haltung. Aber nicht einmal die Solinger Delegierten brachte er (mit einer einzigen Ausnahme) auf seine Seite. Sie erklärten vielmehr, daß sich die Parteimitglieder in Solingen noch mit der Stellungnahme des Redakteurs Hildebrand beschäftigen würden. Nach einer langen, ziemlich erregten Diskussion, in welcher die grundsätzliche Haltung der „Arbeiterstimme“ verurteilt wurde, nahm der Parteitag in namenhafter Abstimmung mit allen Stimmen bei einer Stimmenthaltung (Hildebrand) folgende Resolution an:

„Der niederrheinische Parteitag billigt die grundsätzliche Haltung, welche die niederrheinische Delegation auf dem Stuttgarter Kongreß zur Kolonialfrage eingenommen hat.“

Die Kolonialpolitik der herrschenden Klasse ist eine Gewalt- und Eroberungspolitik. Dem ganzen Wesen des Kapitalismus entsprechend bestrebt sie die Unterwerfung fremder Völker und ihre Ausbeutung im Interesse einer geringen Minderheit. Ein integrierender Bestandteil der kapitalistischen Weltpolitik verwehrt sie die Kriegsgesetze und richtet sich gegen das heimische

Proletariat, dessen politische und wirtschaftliche Unterdrückung sie vermehrt, während sie die kapitalistische Klassenherrschaft stärkt. Angesichts des fortgesetzten und energischen Eintretens der Partei und aller ihrer Vertreter im Parlament für die Rechte der Eingeborenen protestiert der Parteitag gegen die Unterstellung, die Betonung des ausbeuterischen Charakters der kapitalistischen Kolonialpolitik sei eine fortschrittseindliche und utopistische Politik der Negation. Er lehnt jede sozialistische Kolonialpolitik, die auf die Vergrößerung des Kulturkreises einzelner Völker ein Recht der „Vervormundung“ gründen will, als die grundsätzliche Stellung der Partei kompromittierend und mit dem Gedanken des proletarischen Klassenkampfes unvereinbar entschieden ab.

Die Kolonialpolitik ist gegenwärtig die Form, in der der imperialistische Chauvinismus der herrschenden Klasse sich auslebt. Um so mehr erwartet der Parteitag von der sozialdemokratischen Presse des Agitationsgebietes, daß sie sich in der Frage der Kolonialpolitik in keinen Widerspruch setzt zur grundsätzlichen Haltung der Gesamtpartei.

Außerdem wurde eine Resolution zum Hochverratsprozeß Liebknecht angenommen, die Liebknecht lebhafteste Sympathie und volle Anerkennung ausdrückt, gegen die Klassenjustiz protestiert und schlicht:

„Um die Aufklärungsarbeit und damit den Kampf gegen den Militarismus mit größerem Nachdruck zu führen, beauftragt der Parteitag das Agitationskomitee, alle Aufforderungen kriegerischer Urteile des Inlandes und nach Möglichkeit auch des Auslandes zu sammeln und nach Gelogenheit in größeren Zeitabschnitten in der Form von Flugblättern oder kleinen Broschüren zur Agitation unter den proletarischen Mädchen und Müttern zu verwenden. Das Agitationskomitee wird ferner beauftragt, bei dem Parteivorstand die Einleitung einer ähnlichen Agitation für das ganze Reich anzuregen.“

Einen Antrag des Kreisfiskus Siegen-Bittgenstein, zu gestatten, daß er aus dem Agitationsbezirk ausscheide und sich Frankfurt anschließe, wurde zugestimmt.

Der nächste Parteitag findet in Solingen statt. Das Agitationskomitee hat wieder seinen Sitz in Elberfeld.

Fünfter Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs.

In der zweiten Sitzung des Gewerkschaftskongresses erstattete Smilla das Referat über die

Tätigkeit des Arbeitsstatistischen Amtes.

Es ist gerade 10 Jahre, führte er aus, daß der Handelsminister Dr. Vaerenreiter das Arbeitsstatistische Amt ins Leben gerufen hat. Dieses Amt sollte ein Forum sein, in dem Arbeiter und Unternehmer gemeinsam beraten sollen, damit die Gegensätze gemildert werden. Der Wirkungsbereich des Amtes sei jedoch so beschaffen, daß es auf die Sozialpolitik des Staates keinen Einfluß nehmen konnte. Schon die geringfügigen Mittel, die ihm zu Gebote stehen, machen eine erfolgreiche Tätigkeit des Amtes fast ganz unmöglich. Das Arbeitsstatistische Amt könnte manches Wertvolle für die Arbeiterschaft leisten, wenn es zu einem Arbeitsamt ausgestaltet und wenn an dessen Spitze nicht ein Bureaufkrat, sondern ein Mann stände, der auch ein Herz und Verständnis für die Lage der Arbeiterschaft hat.

Der Referent besprach nun in eingehender Weise die Aufgaben, welche dem Arbeitsstatistischen Amte vorliegen. Eines der wichtigsten Gutachten wurde über die Reform und den Ausbau der Arbeiterversicherungen abgegeben. Unter den anderen wichtigen Angelegenheiten, die den Arbeitsbeirat beschäftigten, waren die Erhebungen über Bleiwerkzeugen, die Arbeitszeit im Handwerksbetriebe, insbesondere die Regelung der Heimarbeit. Die abgehaltene Enquete und die Erhebungen, die gepflogen wurden, ergaben manches wertvolle Material. Alle diese Ergebnisse zeigen, was das Arbeitsstatistische Amt leisten könnte, wenn es entsprechend ausgebaut würde. Unsere Aufgabe, schloß Redner, wird es sein, für die Ausgestaltung dieses Amtes einzutreten, es müssen ihm die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sein Wirkungsbereich erweitert und Selbstständigkeit eingeräumt werden.

Delegierter Sigl berichtete sodann über die Tätigkeit der Unfallversicherungskommission.

Referat Hueber berichtete über die Tätigkeit des Wasserstraßenbeirates.

Er sagte, daß eigentlich nichts zu berichten sei. Alle Hoffnungen, die Landwirtschaft und Industrie an dieses vom Reichsrat beschlossene und vom Kaiser sanktionierte Gesetz geknüpft, haben sich nicht erfüllt. Die Wasserstraßen und auch deren wichtiger Teil, der Donau-Oberkanal, werden aller Voraussicht nach nicht gebaut werden. Seit 1905 hatte der Wasserstraßenbeirat seine Sitzungen mehr abgehalten und die Begeisterung der Christlichsozialen für diesen Kanal hat merklich nachgelassen. Es wird notwendig sein, den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten zu veranlassen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und von der Regierung eine Erklärung zu verlangen, ob in Oesterreich ein von der Krone sanktioniertes Gesetz nicht zur Durchführung komme.

Die Sitzung, in der sodann Fragen der

Organisation und Taktik.

(Betriebsorganisation und gemeinsames Vorgehen bei Streiks) zur Verhandlung kamen, wurde auf Antrag des Referenten Hueber für geheim erklärt.

Die dritte Sitzung, in welcher eine große Debatte über das Referat Huebers über Organisation und Taktik geführt wurde, war, wie die gestrige, als geheim erklärt worden. Die meisten Redner beschäftigten sich mit den Details über die Bildung eines Solidaritätsfonds. Der Referent beantragte die Annahme folgender Resolution:

„Der Solidaritätsfonds der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs wird alljährlich bis zum nächsten Kongreß um Beiträge von 120 Kr. von jenen Mitgliedern, die der Reichskommission angehören, durch die Berufsorganisationen eingehoben. Die Einhebung erfolgt durch die hierzu bestimmten Karten und Marken, die von der Reichskommission ausgegeben werden. Der Solidaritätsfonds wird von jeder einzelnen Organisation separat gebildet und verwaltet.“

Der Solidaritätsfonds darf nur für Abwehrkämpfe verwendet werden. Unter Abwehrkämpfen sind hauptsächlich Aussperrungen und von Gewerkschaften geführte Kämpfe um den Bestand ihrer Organisationen zu verstehen. Andere Fälle, die als solche zu qualifizieren wären, sind der Gewerkschaftskommission zur Entscheidung vorbehalten.

Die Reichskommission hat das Recht, Darlehen und Unterstützungsbeiträge für in Abwehrkämpfen stehende Organisationen zu gewähren. Doch sind bei Gewährung von größeren Darlehen jene Organisationen, die in der Reichskommission kein Mitglied besitzen und einen größeren Betrag hinterlegt haben, zu der Beratung und Beschlußfassung einzuladen.

Unterstützungsbeiträge, die die Reichskommission gewährt, sind nach dem Stande der Mitgliederzahl des Vereines prozentuell auf die Branchen aufzuteilen und in Abzug zu bringen.

Organisationen, die durch anhaltende große Streiks in finanzielle Not geraten sind oder den Kampf um den Bestand ihrer Organisation führen, können den eingezahlten Betrag auf

Beschluß der Reichskommission, abzüglich des prozentuellen Unterstützungsbeitrages, die an Organisationen abgegeben wurden, beheben.“

Von mehreren Organisationen sind bei Anerkennung der Notwendigkeit der Solidaritätsfonds Abänderungsanträge bezüglich der Beitragsleistung gestellt worden. Zur Beratung und Berichtserstattung über diese Anträge wurde ein Komitee gewählt, welches in der morgigen Sitzung Vorschläge zu erstatten hat.

Gewerkschaftliches.

Ein Pyrrhus-Sieg!

Zu einer für Arbeitgeber wertvollen Erkenntnis ist in Magdeburg ein Unternehmer gekommen, der dort bis vor kurzem Inhaber eines Betriebes in der Metallindustrie war. Der Betrieb ist eingegangen. Vor zwei Jahren sperrte dieser Mann seine Arbeiter aus, weil diese die Zustimmung von sich wiesen, auf einen vor dem Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrag zu verzichten und eine Arbeitsordnung zu unterschreiben, die wesentliche Verschlechterungen enthielt. Der Unternehmer siegte. Aber was hatte er von dem Sieg? Hören wir ihn selbst:

„Die damalige Geschichte hat mich um alle guten Kräfte gebracht. Trotzdem ich Aufträge genug hatte, konnte ich keine befriedigende Arbeit leisten, so daß die Aufträge immer mehr zurückgingen. Hätte ich tüchtige Leute wie Burell und Pehold gehabt, hätte ich glänzend bestehen können.“

Die Geschichte sei allen aussperrungslustigen Arbeitgebern zur Beachtung empfohlen!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Forme und Gleichheitsarbeiter! Der Streit bei der Firma Richele u. Bachmann, Berlin N., Brunnenstr. 115, ist beendet. Nachdem die Differenzen durch Verhandlungen beigelegt sind, haben sämtliche Kollegen am Mittwoch die Arbeit wieder aufgenommen. — Die Sperrung ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband Ortsverwaltung Berlin.

Forderungen der städtischen Arbeiter.

Im Kellerschen Saale in der Kopenstraße tagte am Mittwoch eine sehr stark besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter. Der erste Referent, Stadtverordneter Sassenbach, sprach über die Arbeiterpolitik der Stadt Berlin. Unter Hinweis auf bekannte Tatsachen zeigte er, daß die städtischen Verwaltungskörperschaften so wenig Verständnis für die Interessen der Arbeiter haben, daß viele berechtigste, ja selbstverständliche Forderungen für die in städtischen Betrieben Beschäftigten immer noch der Durchführung harren. Ferner zeigte der Redner, daß es lediglich die sozialdemokratischen Stadtverordneten sind, welche an zuständiger Stelle für die Interessen der Arbeiter eintreten. Die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten könne aber nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn eine starke gewerkschaftliche Organisation hinter den Forderungen der Arbeiter stehe.

Der zweite Referent, Verbandssekretär Wuhli, ging auf die Verhältnisse und die besonderen Forderungen der städtischen Arbeiter ein. Er führte unter anderem aus: Die städtischen Arbeiter warten nun schon lange vergebens auf die Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung. Die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben seien durch die bestehenden Vorkehrungen zur Verweigerung der Arbeitslosigkeit verurteilt, ja in manchen Betrieben illusorisch gemacht. Der Kampf um die Gewährung des den Arbeitern zustehenden Urlaubs nehme kein Ende, da von Betriebsbeamten verschiedentlich versucht werde, die bestehenden Bestimmungen zu umgehen. Dem Versprechen, daß das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter nicht angefaßt werden solle, werde nicht in allen Fällen nachgekommen. Hinsichtlich der Löhne und Arbeitszeit ständen die Arbeiter der Stadt Berlin den Arbeitern der Industrie zurück. Verbesserungen in dieser Hinsicht seien dringend notwendig. Es sei die höchste Zeit, daß endlich für die städtischen Arbeiter der Resturlaub eingeführt werde, der in der Industrie meistens schon längst durchgeführt sei. Diese Forderung stehe an der Spitze der Forderungen, die für die Staatsperiode 1908 aufgestellt werden. Für das Pflegepersonal in den städtischen Anstalten werde das Zweischichtensystem zu je 12 Stunden gefordert. Die Löhne, welche die Stadt Berlin ihren Arbeitern zahle, ständen nicht in dem richtigen Verhältnis zu den hohen Preisen der Lebensmittel. Die den vorjährigen Lohnzulagen seien verschiedene Arbeiterkategorien gar nicht bedacht worden. Es müsse auch mit dem Zustand gebrochen werden, daß die Arbeiter nach Stunden bezahlt werden. Wochenlöhne müßten eingeführt werden. Die Forderungen seien den zuständigen Stellen bereits eingereicht. Eine Kommission der städtischen Arbeiter solle beim Oberbürgermeister vorstellig werden, um die Forderungen persönlich zu begründen und um deren Durchführung zu versuchen. Es gelte, zu zeigen, daß die Arbeiter einzig sind in dem Willen, diese berechtigten Forderungen durchzusetzen.

In der Diskussion wurden eine Reihe von Einzelheiten aus verschiedenen städtischen Betrieben vorgebracht, wodurch die Ausführungen der Referenten illustriert und im weitesten Sinne bestätigt wurden.

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Betriebe Berlins erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Stadtverordneter J. Sassenbach über die Arbeiterpolitik der Stadt Berlin vollständig einverstanden.“

Die Versammelten erklären mit aller Bestimmtheit, daß die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter fast in jeder Hinsicht unbefriedigend sind und verurteilen daher die Latenzlosigkeit des Magistrats in diesen Dingen. Sie sehen es als eine unabweisbare Pflicht des letzteren an, daß nunmehr endlich die schon lange und wiederholt geforderte allgemeine Arbeitsordnung zur Tatkunde wird. Auch stellen die Versammelten ausdrücklich fest, daß sie mit dem kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung verhandelten Antrage der sozialdemokratischen Fraktion betreffs einer sozialen Kommission vollkommen einverstanden sind in voller Würdigung des Wertes einer solchen für die städtischen Arbeiter.

Von der Einreichung der in Gruppen- und Betriebsversammlungen beschlossenen Anträge der Arbeiter zum nächstjährigen Etat durch die Arbeiterausschüsse nehmen die Versammelten Kenntnis. In Erwägung, daß die in den Anträgen enthaltene Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von hygienischen sowohl als auch sozialen Gesichtspunkten aus voll be-rechtigt und auch spruchreif ist:

in fernerer Erwägung, daß die beantragten Löhne das Minimum dessen darstellen, was selbst bei bescheidenen Ansprüchen unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen zur Lebenshaltung beansprucht werden muß und daß in allen Betrieben, wo nicht bereits Monatslöhne bestehen, die Einführung der Wochenlöhne zwecks Sicherung eines festen Einkommens unbedingt notwendig ist, erwarten die Arbeiter volle Würdigung ihrer Beweggründe und Berücksichtigung der eingereichten Anträge.

Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, in Gemeinschaft mit einer zu wählenden fünfgliedrigen Kommission die Anträge aller städtischen Arbeiter zusammenzustellen und in geeigneter Weise dem Magistrat und den Stadtverordneten zu übermitteln, wie überhaupt alles Notwendige zur Durchführung ihrer beschriebenen Wünsche zu veranlassen.

Ueberzeugt jedoch davon, daß das vornehmste und wirksamste Mittel zur Erlangung besserer Existenzbedingungen eine große und starke gewerkschaftliche Organisation ist, verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für die Stärkung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter zu wirken, und erwarten von den Kollegen, daß sie bis zum letzten Mann schleunigst ihren Beitritt zu diesem Verbands erklären."

Am demselben Tage nahmen noch mehrere Versammlungen der städtischen Arbeiter in den Vororten zu der Angelegenheit Stellung. So in Lichtenberg, wo der Genosse Grauer referierte und in Rixdorf, wo Genosse Wilhelm Conrad sprach. Die Schöneberger städtischen Arbeiter beschäftigte die Frage bereits am Montag. In ihrer Versammlung referierte Genosse Obst. In der Diskussion bemühten sich dort die Herren Matzka und Hübner redlich, aber ohne jeden Erfolg, im Interesse des „Ortsvereins der Straßenreiniger“ zu wirken. Ihnen wurde von mehreren anderen Diskussionsrednern sowie auch vom Referenten im Schlusswort die nötige Antwort zuteil.

Überall nahmen die Versammlungen die vorgelegte oben wiedergegebene Resolution einstimmig oder gegen wenige Stimmen an.

Verband der Schneider und Schneiderinnen!

Die Wahl zur Ortsverwaltung am 23. Oktober ergab das folgende Resultat: Abgegeben wurden 464 Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Kunze 427, Kottsch 427, Mai 423 als Bevollmächtigte. Als Beisitzer erhielten die Kollegen Knopp 376, Panzier 392 Stimmen, während die Revisionen folgende Stimmzahl auf sich vereinigten: Kaschewski 415, Kauth 413, Welger 307. Ungültig waren 12 Stimmzettel.

Als Angestellte wurden wiedergewählt die Kollegen Faustmann mit 418, Knopp 416 und Mähr mit 410 Stimmen.

Bei der Wahl eines Ersatzassistenten erhielten auf den Kollegen Schilla 285 und auf den Kollegen Schulz 154 Stimmen. Abgegeben waren 456 Stimmzettel. Ungültig waren 15, zerplittert 2. Somit ist der Kollege Schilla gewählt.

Die Ortsverwaltung.

Achtung, Textilarbeiter! Bei der Firma Schwenh, Köpenickerstraße 7a, sind Differenzen mit den dort beschäftigten Webern ausgebrochen, die sehr leicht zum Streik führen können, wenn sich die Firma noch weiter hartnäckig ablehnend gegenüber den Forderungen auf Bezahlung der sogenannten Nebenarbeiten verhält. Die Nichtbezahlung dieser Arbeiten, wie sie in diesem einzigen Betrieb der Berliner Teppichindustrie noch geübt wird, ist ein schlechtes Uebelbleibsel aus der Zeit der jetzt selbigen entschlossenen patriarchalischen Hausindustrie. Daß diese Firma sich trotz wiederholt gegebenen Versprechens weigert das vorhin erwähnte System abzuschaffen, ist so recht bezeichnend für den Geist, der dort herrscht. Wenn man bedenkt, daß diese Arbeiter, je nach der Breite der Ware, einige Stunden bis einen vollen Arbeitstag und darüber in Anspruch nehmen, so kann man ersehen, daß dem Weber in einem Jahre viele Wochen Arbeit verloren gehen, für die er nichts bezahlt erhält. Die in der Teppichfabrik von Schwenh beschäftigten Weber sind nicht gewillt, sich noch länger durch leere Versprechungen hinhalten zu lassen, sie bestehen auf endliche Erfüllung ihrer zweifellos berechtigten Forderungen und hoffen, diese auch durchzusetzen, da der Geschäftsgang ein flotter ist und jetzt sogar Nebenstunden gearbeitet werden, weil die Kunden drängen, Ware aber nicht vorhanden ist. Eine demnächst stattfindende Versammlung wird das weitere beschließen. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, den genannten Betrieb vorläufig zu meiden.

Verband deutscher Textilarbeiter.

Von der Lohnkommission der Potsdamer Schuhmacher erhalten wir folgende merkwürdige Zuschrift:

Von Seiten der Gauleitung ist dem „Vorwärts“ ein Artikel eingekandt, welcher einer Verächtlichung von unserer Seite bedarf, und zwar dahingehend, daß unser Verächterstatter stark übertrieben hat. Der dem Schuhmachermeister Boh in den Mund gelegte Satz: „Die Hunde müssen hungern lernen!“ muß berichtigt werden dahin: „Die Gefellen müssen erst Hunger leiden!“ Der Satz: „Wir wollen sie die Strahe seggen lassen!“ muß umgekehrt lauten, daß die Meister sagten: „Wir können dann lieber Strahe seggen“.

Wir müssen außerordentlich bedauern, in solcher Weise irreführt worden zu sein. Wir haben natürlich bei Aufnahme der Notiz in Nr. 235 geglaubt, einer Gauleitung volles Vertrauen schenken zu dürfen.

Deutsches Reich.

Achtung, Stelmacher und Maschinenarbeiter!

Die Firma Liebscher, Wagenbauanstalt, Dresden und Niederziedlich, hat ihre sämtlichen Stelmacher und Maschinenarbeiter ausgesperrt. Die Firma beabsichtigt, Akkord einzuführen, während derselbe erst bei der letzten Lohnbewegung abgeschlossen wurde. Obgleich die Arbeiterchaft sich bereit erklärte, zwecks Vermeidung ernstlicher Differenzen die Akkordarbeit zu machen, falls die Firma einen um 5 Pf. höheren Stundenlohn garantierte, wurden sämtliche Arbeiter ausgesperrt.

Die Firma sucht nun in auswärtigen Zeitungen Stelmacher und Maschinenarbeiter. Wir ersuchen deshalb, streng auf diese Inserate zu achten und den Zugang fernzuhalten.

Desgleichen bitten wir um Fernhaltung des Zugangs nach der Motowagenfabrik von Opel in Rüsselsheim, wo sämtlichen Arbeitern zum 2. November gekündigt wurde, weil sie die Verfürgung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden forderten. Es kommen in diesem Betriebe zirka 60 Holzarbeiter in Betracht, die mit zu den qualifizierten Arbeitern gehören und somit sehr zum glücklichen Siege der Arbeiter dieses Betriebes wirken können.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Schuhmacher-Aussperrung.

Dresden, 24. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der Verein der Schuhfabrikanten kündigt durch Anschlag sämtlichen Mitgliedern des Zentralverbandes der Schuhmacher die Aussperrung per 9. November an. Ursache dazu ist die Forderung des neunstündigen Arbeitstages.

Es ist noch schlimmer.

Inter der Ueberschrift „Unternehmerterrorismus“ brachten wir in Nr. 247 des „Vorwärts“ eine Privatdepesche aus Solingen folgenden Inhalts:

„Wie die „Ndn. Ztg.“ schreibt, haben die ausständigen Schreinergefelln die übrigen Bauorganisationen aufgefordert, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, und den Einigungsvorschlag der Meister, allmählich den neunstündigen Arbeitstages, abgelehnt. Infolgedessen beschloßen die Bauunternehmer, Architekten und Holzhandwerker Gegenmaßnahmen. Den Schreinermeistern, die die Forderungen der Gefellen bewilligt und das Zugeständnis nicht zurückziehen, soll keine Arbeit mehr gegeben und kein Material mehr geliefert werden.“

Dazu schreibt uns nun der Bauvorstand Düsseldorf des Deutschen Holzarbeiterverbandes:

„Die Mitteilung der „Ndn. Ztg.“, daß die ausständigen Schreinergefelln in Solingen die übrigen Bauarbeiterorganisationen aufgefordert hätten, sich mit ihnen solidarisch zu erklären, entspricht nicht der Wahrheit. Das ist von den streikenden Schreiner nicht geschehen. Es liegt hierzu auch gar kein zwingender Grund vor, weil für zwei Drittel der am Orte beschäftigten Schreiner der neunstündigen Arbeitstages bewilligt ist und nur noch ein sehr kleines Häuflein Streikender sich im Kampfe befindet. Wenn nun die Bauarbeiter in einer ihrer Versammlungen zu dem Schreinerfreistellung Stellung genommen haben, so können die Streikenden als solche dagegen nichts tun. Offenbar soll diese Notiz der „Ndn. Ztg.“ auch nur den Zweck

verfolgen, den Terrorismus der Arbeitgeberverbände gegen diejenigen Arbeitgeber, welche die Forderungen der Schreinergefelln bewilligt haben, wie derselbe auch in den weiteren Artikeln richtig zum Ausdruck gekommen ist, gegenüber der Öffentlichkeit bekräftigt erscheinen zu lassen.“

Die Lohnbewegung der Fischdampfermaschinen in Hamburg-Altona.

Der Fischdampfermaschinenverein „Elbe“ hat die berechtigten Forderungen seiner Maschinenisten abgelehnt. Die Arbeitgeber haben es nicht einmal für nötig gehalten, mit den Verbandsfunktionären als Bevollmächtigte und Bevollmächtigte der Maschinenisten zu verhandeln. Alle Bestrebungen der Organisationsleiter, die Arbeiter zu bewegen, den Erfüllungen der Forderungen auf friedlichem Wege stattzugeben, waren vergebens. Infolge dessen wurde am Dienstag, den 22. d. M., der Streik proklamiert und die Kollegen der ankommenden Dampfer gingen, dem Rufe Folge leistend, von Bord. Die Arbeiter werden einsehen müssen, daß man sich über berechnete Forderungen, deren Erfüllung eine wirtschaftliche und sozialpolitische Notwendigkeit ist, nicht ohne weiteres hinwegsehen kann. Die Maschinenisten stehen geschlossen hinter ihrer Organisation und sind gewillt, nicht eher wieder anzumustern, bis die Forderungen berücksichtigt sind. Der Lohn der seit 10 Jahren stagniert, muß erhöht, und mit den an Bord bestehenden menschenwürdigen Zuständen muß endlich einmal ausgemacht werden im Interesse des Lebens und der Gesundheit der Besatzung und einer größeren Sicherheit für Schiff, Habe und Gut. Die Streikenden ersuchen um die weitgehendste moralische Unterstützung und Sympathie.

Ausland.

Lehrerbewegung in der Schweiz.

Die Sekundarlehrer im Kanton Aargau sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen vor allen Dingen eine höhere Bezahlung und eine wesentlich günstigere Gestaltung der Pensionsverhältnisse. Die gegenwärtigen Besoldungen betragen im Maximum 2000 Frank, für Sekundarlehrer und 2100 Frank für Sekundarlehrerinnen, sowie 100 Frank pro Wochenstunde für besonderen Fachunterricht. Die Pensionsgehälter lagen im Ermessen der Gemeinden und betrugen 600 bis 1000 Frank bei einmaliger Abschuldung. Die Sekundarlehrer verlangen nun, daß die Höhe der Pensionen abhängig sei von der Dauer der Dienstjahre. Die Kantons- und Gemeindebehörden stehen dieser Lohnbewegung ablehnend gegenüber und wollen es auf einen Kampf mit den Lehrern ankommen lassen.

Ein Gewerkschaftsband wollen auch die Gewerkschaften in Pittsburg bauen und haben zu dem Zwecke eine Gesellschaft gegründet, um ein Kapital von 100 000 Dollar zum Bau eines sechsstöckigen Gebäudes zusammenzubringen, welches als Hauptquartier der Gewerkschaften für ihre Geschäfts- und sozialen Zwecke dienen soll. Nahezu die Hälfte des Kapitals ist bereits durch die Mitglieder aufgebracht. Es macht natürlich besondere Schwierigkeiten, das interessierte Großkapital von der Beteiligung abzuhalten, das auf diese Weise auf die Entschuldigungen der Geschäftsleitung einen Einfluß nehmen könnte. Man hat daher die Bestimmung getroffen, daß niemand mehr als 100 Anteile kaufen darf. Im übrigen werden als Teilhaber nur solche Leute zugelassen, die in der Gewerkschaft seit längerer Zeit in gutem Glauben sind. Das Gebäude soll Kantinen, Wohnräume, Konferenzzimmer, einen großen Versammlungssaal, Bibliotheksräume, große Klub- und Billardzimmer erhalten, sowie im ersten Stock eine Arbeitsvermittlungsstelle, ein Restaurant und Ladenräume. Für die Mitglieder werden ferner Schlafzimmer und Freibad eingerichtet.

Soziales.

Patentgewinn und Erfinderlohn.

Was Patente zuweilen wert sind, zeigt recht eindringlich eine Bemerkung, die die Maschinenfabrik A. Venzth, Altengießerei in Graubenz, in ihrem Berichte über das Geschäftsjahr 1906 macht, der im 7. Jahresberichte des Verbandes ostdeutscher Industrieller enthalten ist. Auf Seite 79/80 heißt es da:

„Auch das Geschäftsjahr 1906 können wir wiederum als ein außerordentlich günstiges bezeichnen. Der Reingewinn ist der größte, den wir seit Bestehen der Gesellschaft gehabt haben, und hat unsere Erwartungen übertroffen. Dieses Gewinnergebnis, das in keinem Verhältnis zu unserem Aktienkapital und unseren Betriebsmitteln steht, ist in erster Linie auf unsere patentierten Artikel zurückzuführen, die in der Praxis gute Aufnahme gefunden haben. Eines unserer wertvollsten Patente ist zwar im Herbst vorigen Jahres abgelaufen. Wir konnten indes das ganze Herbstgeschäft noch unter seinem Schutze mitnehmen und hoffen, in diesem Artikel noch weiter ein gutes Geschäft zu machen, wenn auch nicht mehr zu so lohnenden Preisen. Andere ebenso wertvolle Patente laufen noch auf eine Reihe von Jahren und sichern uns für absehbare Zeiten gute Geschäftsaussichten.“

Wer die Urheber dieser Patente sind, die so hohe Erträge abwerfen, wird nicht mitgeteilt. Da es sich um eine Aktiengesellschaft handelt, so liegt die Vermutung nahe, daß es Angestellte derselben gewesen sind, und man ist daher berechtigt, zu fragen, ob und welcher Gewinnanteil diesen von dem Reingewinn zuerkannt wurde, oder wie sonst die Firma ihr Einkommen über ihre Stellung verbessert hat. Das Gesetz sagt nichts über die Frage, unter welchen Voraussetzungen der Angestellte an dem Nutzen teilnehmen muß, die seine Arbeitgeber von der Ausnutzung einer von ihm gemachten Erfindung ziehen oder welchen Anspruch der Prinzipal auf die Ausbeutung einer Erfindung machen kann, die ein Angestellter, während er bei ihm in Dienst war, gemacht hat. Da dieser Nutzen, wie gezeigt, für die Unternehmer ein sehr bedeutender sein kann, so bringen sie in die Verträge mit ihren Angestellten vielfach die Klausel, daß sie ein Recht auf die Ausnutzung aller auch patentierter Erfindungen haben, die die Angestellten während der Dauer ihres Vertrages in bezug auf die von der Fabrik hergestellten Präparate und Arbeiten machen. Hierdurch haben sich in der Tat viele Unternehmer und Gesellschaften die gewinnreiche Ausnutzung solcher von ihren Angestellten gemachten Erfindungen gesichert und letzteren den Gewinn derselben entzogen. Daß indes durch einen solchen Vertrag eine Gesellschaft nicht einen Anspruch auf alle von ihren Angestellten gemachten Erfindungen hat, zeigt ein Erkenntnis des Reichsgerichts vom 25. April 1904, das zu dem Akten U. 1. 25. 03 ergangen ist. Hier lag die Sache folgendermaßen: Eine technische Fabrik stellte Sacharin (den neuen Süßstoff) her und bemühte sich, die dabei entstehenden Nebenprodukte zu verwerten. Bei den angestellten Versuchen gelang es auch, etwas Benzaldehyd zu erhalten, der wertvolle Hauptbestandteil des natürlichen Bittermandelöls, das als Ersatz des letzteren bei Herstellung von Parfümerien und Seifen viel Verwendung findet; aber es gelang der Fabrik nicht, ein gewerblich verwertbares und im Großbetriebe mit Nutzen anwendbares Verfahren zur Herstellung von Benzaldehyd aus den Nebenprodukten des Sacharins zu finden. Bei diesen Arbeiten war auch ein Chemiker beschäftigt, der dabei zu dem Erkenntnis kam, daß aus den Sacharin-Nebenprodukten mit Nutzen Benzaldehyd nicht herzustellen sei; dazu müsse man von anderen Komponenten ausgehen, als den Nebenprodukten, die man bei der Sacharinfabrikation erhält. So kam er zu einer Erfindung, auf die ihm auch ein Patent erteilt wurde. Die Fabrikbesitzer behaupteten nun, daß die Verwertung dieses Patentens ihnen zustehe und wurden dahin gegen den Chemiker kläglich, denn in dem Anstellungsvertrage, den sie mit dem Chemiker geschlossen haben, heiße es in § 6: „daß die Klager ein Recht auf alle Erfindungen des Beklagten haben sollen, die sich auf die von den Klägern hergestellten Präparate bezogen.“ Sie behaupteten nun, daß hierzu auch die von dem Beklagten tatsächlich gemachte Erfindung

gehöre und verlangten deshalb Uebereignung des betreffenden Patentens. In der Vorinstanz war auch zu ihren Gunsten entschieden worden. Das Reichsgericht wies jedoch die Klage endgültig ab. Es erklärte nach Feststellung des Sachverhaltes, daß die strittige Erfindung nicht in den Rahmen des dem Beklagten überwiesenen Pflichtenkreises fiel. In dieser Hinsicht komme in Betracht, daß das Benzaldehyd als solches bekannt war, übrigens auch nach § 1 Abs. 2 des Patentgesetzes Erfindungen von Stoffen, die auf chemischem Wege hergestellt werden, nur insoweit patentfähig sind, als die Erfindungen ein bestimmtes Verfahren zur Herstellung der Stoffe betreffen. Ein chemisches Verfahren, das ein gewisses Endprodukt liefert, kann durch den Ausgangsstoff oder durch die angewendeten Reaktionen bestimmt sein. Hier war der Ausgangsstoff und das Endprodukt gegeben. Man hatte die Nebenprodukte des Sacharins und wollte daraus Benzaldehyd in gewinnbringender Weise herstellen. Es handelte sich also um die Auffindung zweckmäßiger Reaktionen. Dies war die Aufgabe, an der der Beklagte beteiligt war. Hätte er innerhalb dieses Rahmens eine Erfindung gemacht, also eine vorteilhafte neue Reaktion gefunden, mittels deren aus den gegebenen Ausgangsstoffen das Endprodukt gewonnen wurde, so läge ohne Zweifel eine sogenannte Etablissemterfindung vor, d. h. eine nicht dem Angestellten, sondern dem Geschäftsinhaber zuzurechnende Erfindung. Die Erkenntnis aber, daß von einem anderen Ausgangsstoffe aus zu einer nützlichen Gewinnung desselben Endproduktes zu gelangen sei, fiel sowohl vom patentrechtlichen wie vom wirtschaftlichen Standpunkte aus dem Rahmen der Aufgaben heraus, die dem Beklagten gestellt waren, und diese Erkenntnis kann auch durch den Umstand, daß der Beklagte sie bei Gelegenheit seiner Arbeiten in der Fabrik der Klager gewonnen hat, nicht zu einer Etablissemterfindung werden. Ebenförmig solle eine solche Erfindung unter den § 6 des Anstellungsvertrages, da sie sich nicht auf die von der Fabrik hergestellten Präparate, deren Fabrikation und deren Verwendung“ bezieht. Denn als von der Fabrik hergestelltes Präparat kann nur Benzaldehyd insoweit gelten, als es aus den Nebenprodukten des Sacharins gewonnen wird.

In diesem Falle konnten also die Fabrikbesitzer dem Erfinder nicht den Ertrag seiner Erfindung wegnehmen. Aber man sieht aus diesen Vorgängen, wie sehr Unternehmer und Geschäftsherren darauf bedacht sind, sich die Vorteile der von ihnen angestellten gemachten Erfindungen zu sichern, und wie vorzüglich letztere bei Abschluß ihrer Anstellungsverträge sein müssen, wenn sie nicht sogar um den Ertrag ihrer privaten Geistesarbeit gebracht werden wollen. Von dem geradezu wucherischen Vertragslaufs, die Techniker, insbesondere Chemiker aufgedrungen werden, ein anderes Mal.

Mit den unentgeltlichen Rechtsauskunftstellen.

deren Errichtung die bayerische Regierung den Gemeinden wiederholt nahegelegt hat, um dadurch die Arbeitersekretariate fast zu stellen, will es nicht recht vorwärts gehen. Der Stadtmagistrat Nürnberg hatte sich ebenfalls mit der Frage befaßt, da ihm aber die Kosten für die Anstellung von einem oder mehreren ständigen juristischen Beamten zu hoch sind, wandte er sich an den Anwaltsverein mit der Anfrage, ob dieser die Auskunftserteilung durch seine Mitglieder gegen eine von der Stadt zu zahlende Entschädigung betätigen lassen wolle. Der Anwaltsverein lehnte aber das Angebot ab, weil dies in der Praxis seiner Mitglieder zu Unzutraglichkeiten führen würde. Nun will der Magistrat, ehe er weitere Schritte tut, abwarten, welche Antwort er von der Regierung bekommt auf seine Anfrage, ob die Regierung einen Zuschuß und in welcher Höhe gewähren werde. Für Nürnberg ist es überhaupt überflüssig, eine solche Einrichtung zu treffen, denn dort besteht seit 13 Jahren das erste deutsche Arbeitersekretariat, das eine segensreiche Tätigkeit entfaltet und von der Bevölkerung fleißig in Anspruch genommen wird. Das Interesse dafür, daß die Arbeiter in ihren gesetzlichen Rechten geschützt werden, kommt etwas verspätet, die Rechte der Arbeiter werden jetzt durch die von ihnen selbst geschaffene Einrichtung viel besser und energischer wahrgenommen, als es die Gemeindejuristen vermöchten. Zudem besteht gegen die sozialpolitischen Maßnahmen des freisinnigen Stadtmagistrats Nürnberg unter der Arbeiterchaft ein wohlverdientes Mißtrauen.

Gerichts-Zeitung.

Schimpffreiheit der Rationalen.

Bekanntlich geben sich die freisinnig-konservativen Modopolitiker den Anchein, als ob der Sauerdenton ihnen nicht eigen sei. Das Wort rührt daher, daß durchaus berechtigt die „Leipziger Volkszeitung“ konstatiert hatte, die Jostwähermecherei habe wie eine Herde Säue die Geschäftsordnung niedergedrampelt, um die Besitzenden durch die Jolle auf Kosten der Arbeiter zu bereichern. Niemand, dem die unerschrockene Wahrnehmung der Rechte der Arbeiterklasse durch unser Bruderorgan besonders mißbehagte, sprach dann vom Sauerdenton der „Leipziger Volkszeitung“. Und seitdem quittiert die bürgerliche Presse vom Reichsligenerverband bis herab zu den Pfugbanenblättern über das Zutreffende der gegen sie gerichteten Kritik durch die Blöde Behauptung, den Vertretern der Sozialdemokratie sei der Sauerdenton eigen. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Dieser Tage hat nun ein Landgericht, das durch seinen Grimm gegen die Sozialdemokratie sich einen gewissen Ruf erworben hat, den freisinnigen und Rationalen durch Urteil attestiert, daß es zu deren Geschäft gehöre, den Sauerdenton anzuwenden und daß sie sich bei Anwendung dieses Tonos in Wahrnehmung berechtigter Interessen befänden. Dies Gericht ist das Breslauer Landgericht. Und das kam so. Es hatte der Vorsitzende des freisinnig-antisemitischen national-konservativen Handlungsgewerkschaftsvereins in Breslau, Boytag, ein Ueberpatriot des Bloß, von einem Mitgliede, das sich gegen Rädhändler und hornierte Standespolitik aufgelegt hatte, behauptet, er sei ein Sauerfreier und handle bloß im Auftrage des sozialdemokratischen Verbandes im Verein, um Zerwürfnisse anzurichten und die Rasse in sozialdemokratische Hände zu bringen. Der Gericht konnte der von dem so Verleumdeten wegen verleumderrischer Beleidigung Verklagte auch nicht ein Tüpfelchen seiner Anwürfe als wahr erweisen. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu der Strafe von 20 M. wegen Beleidigung. Das Breslauer Landgericht aber hob dies schon auffallend milde Urteil auf und — sprach den Anwender des Sauerdentones und Verbreiter unwahrer Behauptung frei. Es erklärte kurz und bündig:

Boytag hat als Patriot und Vorsitzender eines nichtsozialdemokratischen Vereins — in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und habe auch deshalb straflos jene häßlichen Schimpfworte und Verdächtigungen aussprechen dürfen.

Das ist daselbe Landgericht Breslau, dessen Staatsanwaltshofgericht jüngst die Ehre eines gelben Bäckers, dessen Zufälligkeit und dergleichen vor Gericht konstatiert wurde, im öffentlichen Urteil eine eisse gegen die Beleidigung durch einen „roten Sänder“ schütten zu müssen glaubte, und das selbst dann auch den „roten Sänder“ bestrafte. „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, höhnte Terenz, um eine Klassenjustiz zu kennzeichnen. „Wenn zwei dasselbe tun, ist es nicht dasselbe“, ist ein alter Rechtsgrundsatz, meinte der Justizminister Schönstedt. Wer hatte recht? Die Klage beide?

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktstellen-Direktion. (Großhandel.) Kaiserreich Ia 68-70 dr. 100 Pfd., Ia 68-67, Ia 57-60, Kaiserreich Ia 68-70, Ia 58-62, Rüböl, feinst 50-58, do. mager 40-48, Preßer 64-62, Bullen, Bän. 58-60, do. hell 0,00, Rüböl, Doppelender 105-120, Markkölber Ia 83-85, Ia 75-82, Rüböl ger. gen. 56-71, do. hell 48-54, Bän. 0,00, Sammelkölber Marktammer 78-80, Sammel Ia 70-74, Ia 61-62, ungar. 0,00, Schatz 48-62, Sammelkölber 12-60, Rüböl Ia per Fand 0,90-0,95, Ia 0,90, Rüböl Ia per Fnd. 0,90-0,95, do. Ia 0,20-0,25, do. Rüböl 0,35-0,35, Dampföl 0,35-0,55, do. Rüböl 0,40-0,70, Rübölweine per Fnd. 0,12-0,20, Rübölweine 0,00, Sammelkölber p. St. 0,20 bis 0,75, Samen, grob, p. St. 1,00-1,00, do., mittel u. klein, St. 1,50-2,50, Bändchen per St. 1,25-1,50, Rübölweine, junge große, per St. 1,00-1,40, do. mittel und kleine 0,40-0,90, alte 0,60-0,90, Japanen-

Milch 1.00-2.75, da. IIa 0.50-1.25. Fasanenhennen 0.80-1.75. Seeläster 0.00. Waldflecken 2.00-2.50, da. IIa 1.00-1.50. Strammelsvögel 0.00. Gänse, alte, per Stück 1.00-1.50, IIa 0.50-0.90, da. junge 0.50-1.25. Tauben 0.20-0.55. Enten per Stück 1.20-2.40, da. Hamburger per Stück 2.90-3.10. Gänse per Stück 0.45-0.55, dito per Stück 2.00-3.80, da. Hamburger per Stück 0.65-0.70, da. Oberbrucher per Stück 0.50-0.62. Posten per Stück 0.40-1.25. Deutsche Postkarten per 100 0.00. Deutsche per 100 74-83, da. matt 70, da. klein 88, da. mittel 80-90, da. groß 0.00. Bänder 0.00, da. klein 0.00, dito mittel 0.00. Schleie, klein 0.00, da. unfort. 1.31, da. mittel 0.00, da. groß 1.22. Kalle, groß 105, da. klein und mittel 86-92, da. mittel 110, da. unfortiert 0.00, da. groß-mittel 0.00, klein 0.00. Fisch 0.00, Wägen 50-53. Raddom 58-62. Karpfen 2er 72, da. 3er 40er 69-76, da. 67-71, da. 50er 68-72. Bunte Fische 44-50, da. matt 0.00. Weiss 0.00. Karaffeln 80-81. Bleie, 42, da. klein 0.00. Mand 58-61. Duppeln 45-55. Barfe, klein, matt 0.00. Amerik. Lachs la. neuer, per 100 110-130, da. IIa neuer 90-100. Seelachs 10-20. Hühner, kleiner, Stiege Ia 2-6, mittel Stiege 1-2, Gamb. Stiege 4-6, halbe Stiege 2-3, vom IIa in Schod 3-4, IIa 2-3. Bäcklinge, kleiner per 100 3-4, Strahl, 0.00. Sprossen, Dantsiger, Risse 0.50, da. Rügenwalder, Risse 0.50. Kalle, groß der Wund 1.10-1.40, mittelgroß 0.80-1.10.

Hein 0.50-0.80. Deringe per Schod 5.00-9.00. Schellfische, Risse 3.00-4.50, 1/2, Stute 1.75-2.00. Sardellen, 1902er per 100 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-95. Schottische Vollerlinge 1905 0.00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44. Deringe, neue Matjes, per 1/2, 50-120. Sardinen, russ. per 1.50-1.60. Bratlinge per 1.20-1.40, da. Risse (4 Eier) 1.40-1.70. Neunaugen, Schodtag 11, da. kleine 5-6, da. Risse 11. Stiefele per Schod 0.00, große 0.00, da. mittelgroße 0.00, da. kleine 10-11 cm 0.00, da. unfortiert 0.00. Gäliger, groß 0.00, da. unfortiert 0.00. Gier, Rand, unfortiert per Schod 4.00-4.20, da. große 0.00. Butter per 100 115-130, IIa 115-122. IIIa 110-116, ablaufende 90-95. Saure Gurken, neue, Schod 4.00. Pfefferkörner 4.00. Kartoffeln per 100 2.50-3.00, weisse runde 2.25-2.75, mag. bon. 2.50-3.00. Porree, per Schod 0.50-1.00. Pfeffer, Schod 4-12. Spinat per 100 5-10. Sellerie, per Schod 5.00-8.00. Zwiebeln per 100 2.00-3.00, da. Peri 40.00-100.00. Schalotten 40.00-100.00. Petersilie, grün, Schodfund 1.00-1.25. Rhabarber Schod 0.50-1.00. Rettich, bayr., neuer Schod 0.03-0.10, hiesiger Schod 2.50-3.50. Roterüben, 100 2.00 bis 3.00. Karotten, hiesige, Schodfund 2.00-3.00. Wirsingohli p. Schod 3-7, Rotkohl, Schod 4-8. Beifohl p. 100 1.50-2.50. Blumenohl, hiesiger

100 Stück 5-10, da. Hamburger 100 Stück 0.00, da. Exfurter 100 Stück 12-16. Rosenkohl, per 100 20-22. Grünkohl 4-6. Kohlraben, Schod 3.00-6.00. Petersilienwurzel, Schodfund 3.00-4.00. Schnittlauch 1.25 bis 1.50. Pfefferlinge p. 100 12-15. Radieschen per Schodfund 0.75-1.25. Salat per Schod 1.50-2.50. Gurken, Gimmacher, Schod 0.00. Bohnen, grüne, 100 15-20. Tomaten per 100 10-16. rote Rüben, per 100 2.50-3.00. Rübchen, Beeliger, per 100 2-10. Rübchen per 100 4-7. Cichori per Schod 5-6. Erbsen per Schod 3-6. Perihelberren p. 100 0.00, Schwedische 29-32. Bienen, per 100 10. Tiroler 0.00, hiesige 0.00. Rindfleisch 3-8, Tafelbieren Ia 10-25, da. IIa 4-10. Hirsche, hiesige per 100 10 0.00, da. italienische, per 100 12-25. Kestel, per 100 10 0.00. Kiefer Ia 20-40, IIa 15-18. Kiste, hiesige, 3-5, Kiste 5-12. Tafelbieren Ia 10-25, da. IIa 7-12. Amerikaner, per 100 15-25. Ballmüsse, per Schod 1.00-2.00, da. klein 0.40-0.50, da. klein 100 10 0.00. Pfäumen, pr. 100 10 0.00, hiesige 8-18, fertige 0.00. Weintrauben, italienische per 100 10-20, Almeria per 100 13-15. Ananas I, per 100 0.70-0.80, da. II 0.40-0.50. Bananen, gelb, per 100 20-25. Kokosnüsse per 100 17-22. Maronen, ital., 100 10-22. Feigen, franz., per 100 20-25. Zitronen, Messina, 300 Stück 11.50-20.00, da. 200 Stück 7.50-16.00, da. 200 Stück, 12.00-16.00, da. 150 Stück 7.00-10.00.

Der Inhalt der Zierate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 25. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Aida.
Königl. Schauspielhaus. Wilhelm Tell.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammerspiele. Frühlingströgen. (Anf. 8 Uhr.)
Anfang 8 Uhr.
Neues Schauspielhaus. Die große Gemeinde. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Neues königl. Opernhaus. Der verkehrte Hof.
Festung. Der Bund der Jugend.
Schiller O. (Schiller-Theater.) Der Herr Senator.
Schiller Charlottenburg. Monna Vanna.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Bräutigam.
Berliner. Die tanzenden Männchen.
Neues. Die Hölle wieder!
Kleines. Kapitän Braßbunds Bekehrung. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Zentral. Unsere blauen Jungens.
Vorführung. Lindber.
Theater an der Spree. Telephon-Gesheimnisse.
Residenz. Gang der Papa.
Königliche Oper. Carmen.
Welken. Die lustige Witwe.
Volkstheater. Kaiserin Elisabeth.
Trianon. Fräulein Jolette - meine Frau.
Thalia. Ihr sechs-Uhr-Duett.
Luisen. Bartel Karol.
Bernhard Hofe. Spree-Athener.
Metropol. Das muß man sein.
Avalle. Schloß der Schiffer. Spezialitäten.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Casino. Die wilde Jagd.
Gedr. Herrnhof. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachtlied.
Vollgasse. Danny Gürtler. Spezialitäten.
Prater. Die zärtlichen Verwandten.
Wintergarten. Ruth St. Denis. Spezialitäten.
Palast. Ein glänzender Reifuss. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubentrache 48/49.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.
Im Hofsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Wie kam das erste Leben auf die Erde?
Steruware. Anwalldenstr. 57/58.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
8 Uhr Dr. C. Thesing: Wie kam das erste Leben auf die Erde?
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Residenz-Theater. 8 Uhr
Direktion: Richard Alexander.
Gang der Papa.
Schwank in 3 Akten von Reed und Debbalier. Deutsch v. R. Schönan. Paron des Andrais: R. Alexander.
Sonntag, 27. Oktober, nachm. 3 Uhr:
Der Schlafwagenkontrollenr.

WINTERGARTEN
Anfang 8 Uhr.
Vorletzte Woche
Ruth St. Denis
Glänzendes Programm.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Dill. Grunnenstr. 10.
Große Extra-Vorstellung!
Zum erstmalig:
Das Rätsel seiner Ehe.
Schauspiel nach dem Roman der Berl. Morgenpost.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: Geschlossen.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Der Herr Senator.
Aufspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönbach u. Gustav Adelburg.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Zum erstmalig:
Reiterattacke.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Reiterattacke.
Schiller-Saal - Schiller-Theater Charlottenburg.
Abends 8 Uhr: Vortrag Dr. Leopold Dieckberg: Peter Cornelius. Erklärt durch Instrumentalmusik. Komponisten der Neuzeit.
Sonntag 8 Uhr: Lieber und Duettenabend von Julius Viebau und Helene Viebau-Globig.

Zirkus Schumann
Heute Freitag, den 25. d. Mts.:
Bemerkenswertes humoristisches Programm (samt. Glanz und Musik mit ihren neuesten urkomischen Entwürfen). Ferner Les 5 Oiracs, die besten komischen Akrobaten, die liegenden Reutigen Les Monbars, Drollatiqua freres Albanos, The Life Guards Man und die geographischen neuen Spezialitäten.
Um 9 1/2 Uhr:
Die Felle aller Pantominen: Roll Die und Humor.
Eine Forderung der berühmtesten und populärsten Pantominen

Die lustigen Heidelberger.
Ein Fest
auf dem Neckar.
Humorist. Bilder aus dem modernen Studentenleben vom Hofballkettmeister H. Niemo.
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachmittags ein Kind frei.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Monna Vanna.
Schauspiel in 3 Aufzügen von Maurice Maeterlinck.
Deutsch von F. v. Dypel-Bronkowsk.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Monna Vanna.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Schiller-Theater Charlottenburg.
Abends 8 Uhr: Vortrag Dr. Leopold Dieckberg: Peter Cornelius. Erklärt durch Instrumentalmusik. Komponisten der Neuzeit.
Sonntag 8 Uhr: Lieber und Duettenabend von Julius Viebau und Helene Viebau-Globig.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Heute abend 7 1/2 Uhr:
Kom. Gala-Abend. U. a. a.:
Mons. Gus. Harris!!!
Geschw. Amato.
Ferner: Geschw. Pissini.
Um 9 1/2 Uhr:
Auf der Hallig.
Diesj. gr. Ausstattung-Pantom. des Zirkus Busch in 4 Bildern.
Riesen-Illusions-Akte unter Wasser.
Vorher: Galaprogramm.
Sonntag: 2 gr. Gala-Vorstell. nachm. 4 Uhr u. abds. 7 1/2 Uhr.

Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Zum 34. Male:
Geteilte Liebe
Aufführungen - Unter Teil.
Anfang 8 Uhr.

Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer
Strandstr. 1.

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Danny Gürtler
der König der Bohème
und das
kolossale Oktober-Programm.

Theater an der Spree
7 1/2 Köpenickerstraße 68. 7 1/2
Abends 8 Uhr:
Telephon-Gesheimnisse.
Schwank mit Gesang in 3 Akten.
Täglich 8 Uhr:
Telephon-Gesheimnisse.

Wildfleisch. 25 u. Blatt 60 und 50 Pf.
Blutr. gespickte Hasen von 3.00 an.
Hasenkeulen und Rücken 1.50.
Oberbrucher Gänse. 65 Pf.
Gänsefleisch 60, Klein 80, Linsen 1.00.
Kaninchen 90 Pf.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61, IV 1599.

DERNHARD ROSE THEATER
Dr. Frankfurterstr. 132.
Spree-Athener
von Schwarz-Keilinger.
Anfang 8 Uhr.
Bodentagspreise.

Rixdorfer Theater
Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147.
Sonntag, den 27. Oktober 1907:
Die Geschwister. Salome.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, 28. Oktober: 1. Volksvorstellung zu Halb. Preisen: Minna von Barnheim. Anfang 8 Uhr.

Kasino-Theater.
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr
Nur noch bis 30. Oktober.
Die wilde Jagd.
Aufspiel in 3 Akten v. Ludvig Valda. Am 31. Oktober zum erstmalig: Wiederleute.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Rid Carter.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Zum ersten Male:
Die zärtlichen Verwandten.
Aufsp. in 3 Akten von Rob. Benedik. Anfang 8 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.

Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliern usw., die nur bei ersten Schnelbern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Zeide) und tadellosen Zuschnitt auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene

	3 Monat	2 Monat	1 Monat
	getragene	getragene	getragene
Maß-Anzüge	8 M.	12 M.	16 M.
Maß-Paletots	6 M.	10 M.	14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben
Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.
Fraß und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen verliehen.
Einziges christliches Geschäft dieser Art am Plage.
Achten Sie auf die blauen Schilder.

Wilhelm Dietz,
Solinger Stahlwaren.
Berlin, Brunnenstraße 5,
am Rosenthaler Tor.
Solinger Stahl.
Tischmesser u. Gabeln, Ed.-u. Kaffeeöffel empfehle in großer Auswahl; ferner Scheren, Zusehneisen, Haarschneidemaschinen, Taschenmesser, Rasiermesser, Tranchier-, Hack- u. Wiegemesser, Wagen, Haushaltungsmaschinen, Nickel-Service, Tablette, Kassette, Revolver, Teschings, Luftbüchsen, Munition etc.

Rothenburger Versicherungs-Anstalt a. G.
in Görlitz.
Gegründet im Jahre 1856.
Größte deutsche Anstalt für Sterbegeld-Versicherung.
Billige Beiträge. Sehr vorteilhafte Bedingungen.
Alle Ueberschüsse fallen den Mitgliedern zu.
Dividende seit 1898 ständig 25%, eines Jahresbeitrages, für ältere Versicherungen 50%.

Versicherungsbestand 1/2 Mill. Versch.	über 89 Millionen M.
Gesamtvermögen	über 22 Millionen M.
Selbsterauszahlte Sterbegelder pp.	17 Millionen M.
Selbster an die Mitglieder überwies. Dividende	6 Millionen M.

Höchstzulässige Versicherungssumme M. 1500, zahlbar nach Wahl auch schon bei Lebzeiten. Keine ärztliche Untersuchung. Nähere Auskunft erteilen und Anträge nehmen entgegen die Einnehmer-Stellen der Anstalt: Brunnenstr. 83, Dorotheenstr. 70, Feldzeugmeisterstr. 9, Flemingstr. 4, Luckauerstr. 5, Madaistr. 7, Moeckergstr. 112, Muskauerstr. 30, Rathenowerstr. 53, Ritterstr. 4, Rostockerstr. 44, Turmstr. 40, Wasser- torstr. 33, Weißburgerstr. 47, Wilhelmstr. 138.

Ohne Sonne und Wasser

kann kein Lebewesen existieren, weder Mensch, noch Tier, noch Pflanze.

Ohne Haemoglobin geht der Mensch zugrunde. Das Haemoglobin ist für den Menschen durchaus notwendig (Blut-armut, Leukaemie etc. beruhen z. B. auf dem Fehlen von Haemoglobin). Haemoglobin aber ist das wirksame Prinzip der Haemacolade. Dem Haemoglobin verdankt sie ihre ernährenden, blutbildenden Wirkungen. Durch das Haemoglobin ist die Haemacolade so wertvoll, der in derselben außerdem enthaltene Kakao, Zucker etc. macht sie nur wohl-schmeckend. Haemacolade ist also blutbildend, kräftigend und wohlschmeckend, und diese drei Eigenschaften garantieren, daß Haemacolade das gesündeste Frühstücksgetränk für Erwachsene und Kinder, Gesunde und Kranke ist.

Kein Laden! Kein Laden!

Wichtig für Händler und Restaurateure!

Marke Arminius 100 Stck. Mk. 4.80, Mille Mk. 43.-

Prinz Heinrich.	Mk. 3.40	Fernandez, bes. beliebt	Mk. 5.-	Hansa, Havana-Einl.	Mk. 6.60
Libertas.	3.50	Consul, Kasino-Zigarro	5.-	Mi Rosa, ff. Handarb.	8.-
Gut Heil.	3.75	Rosa Armatosa.	5.-	Caoba.	10.50
Florida I.	4.20	Simbolo, ff. Aroma. . . .	6.-		

Ein Posten Rest-Partien
in Sumatra, Mexiko, Vorstenlanden
bis **25%** unter bisherigem Preis.

Vers. nicht unter 100 Stück, 300 Stück franko Nachnahme; Nichtzusagendes nehmen zurück.
Rauseher & Fabisch, Zigarren- Berlin NW. 24, Karlstraße 24, 1. Etage,
Engros-Haus, an der Friedrichstraße.

Ausführliche Preisliste franko!

Freie Volksbühne

Nächste Abend-Vorstellungen
heute Freitag 8 1/2 Uhr:

Lortzing-Theater 23. (III.) Abend-Abteilung.
Undine.

Luisen-Theater 22. (II.) Abend-Abteilung.
Bartel Turaser.

Zu beiden Abend-Vorstellungen haben die Mitglieder sämtlicher Nachmittags-Abteilungen Zutritt gegen Zahlung des Beitrages von 1 M. in ihrer Zahlstelle.

Haben Sie schon

die

Deutschen Konzerthallen,

An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:

Bartel Turaser.

Sonnabend 4 Uhr: Nischenbrödel.
Abends: Turandot.
Sonntag nachmittag: Mutterferien.
Abends: Hoffmanns Erzählungen.
Montag: Mutterferien.

Brunnen-Theater

Radstraße 28. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 25. Oktober 1907:

Die drei Grazien.

Volle mit Gesang in 4 Akten von Leon Drepton.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf von 10-2 Uhr vormittags.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Heilaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a. D., F. Massary
B. Darmand a. D. E. Whithney a. D.
Bender, Giampietro, Josephi

Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 27. Okt., nachm. 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.

Das Sensations-Programm

16 arabische 16 Springer

Edi Blum,
der beliebte Komiker.
12 international. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Tunnel: Konzert f. Theaterbes. frei.

Apollo Theater

Ab 8 Uhr:

Das kolossale Programm.

Um 9 1/2 Uhr:
Berlin's größte Sensation:
Sylvester Schäffer jr.
der weltberühmte Universalakrobate.

Büggenhagen

Moritzplatz
im Theatersaal täglich:

Das neue Oktober-Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags reserviert 1 M., Entree 50 Pf.)
Familienbillets a 40 Pf.

Unten täglich **Militär-Konzert.**
Seider, Prymowski, Götsch, Reumann, Offenbach und Lüttich.

Palast-Theater

Burgstraße 24.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Der brillante Oktober-Spielplan.

II. a.:

Paula Duvals

Quintette-Vorstellung.

Die 5 Ramoneurs

Damen-Ensemble.

Ein glänzender Reinfall

Volle.

Orts-Krankenkasse Pankow.

General-Versammlung

Die statutenmäßige
General-Versammlung
findet am Freitag, den 8. November 1907, abends 8 Uhr, im Restaurant Rozycki, Pankow, Kreuzstraße 3/4, statt.

Tages-Ordnung:
1. Protokoll.
2. Definitive Genehmigung der mit den Kassendirektoren auf Grund des Düsseldorf'er Tarifs abgeschlossenen Beiträge.
3. Statutenänderung (§§ 10, 12, 13, 20, 22, 30, 31 und 57 des Statuts).
4. Renouveau dreier Vorstandsmitglieder (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer). Es scheiden aus Lubig, Schwede und Müller.
5. Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes, für den ausgeschiedenen Arbeitnehmer Kischhöfer.
6. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1907.
7. Definitive Genehmigung des mit dem praktischen Arzt Sobotta abgeschlossenen Vertrages.
8. Anträge, welche mindestens eine Woche vor der Versammlung bei dem Unterzeichneten schriftlich eingereicht werden müssen.
9. Verschiedenes.
Pankow, den 21. Oktober 1907.

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse Pankow.
Hoffrichter, Vorsitzender.

N.B. In dieser Versammlung sind nur die gewählten Delegierten eintretens- und stimmberichtig. 277/4

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten Nach-Komödien

seit 17 Jahren:

Madame Wig-Wag

Operetten-Vorstellung, Musik von L. Hal.

Es lebe das Nachtleben!

Separate-Musik in 2 Akten.
Grobe Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Orts-Krankenkasse Weissensee.

Durch die am 1. Oktober er. abgelaufene Wahlzeit ist eine Renouveau sämtlicher Vertreter erforderlich. Es sind zu wählen: 277/5
144 Arbeitnehmervertreter und 67 Arbeitgebervertreter.

Die Wahlen finden am Donnerstag, 31. Oktober er., abends von 6 bis 10 Uhr, im Restaurant „Bräutchen“, hier selbst, Leberstraße 123 statt und zwar wählen die Arbeitnehmer von 6-8 Uhr und die Arbeitgeber von 9-10 Uhr.

Wahlberechtigt und wählbar sind nur diejenigen Kassensmitglieder und Arbeitgeber, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Die Arbeitnehmer haben das Anstimmrecht bei der Wahl vorzuliegen. Die Arbeitgeber wollen sich zum Zwecke ihrer Legitimation ebenfalls mit einem Ausweis versehen.
Weissensee, den 22. Oktober 1907.

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse für den Gemeindebezirk Weissensee.
Kurt Fahrmann
Vorsitzender.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten Nach-Komödien

seit 17 Jahren:

Madame Wig-Wag

Operetten-Vorstellung, Musik von L. Hal.

Es lebe das Nachtleben!

Separate-Musik in 2 Akten.
Grobe Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnfeld.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Ein verrücktes Hotel
und
Sahisch geht zur Jagd
mit Anton und Donat Herrnfeld.

Orts-Krankenkasse Pankow.

General-Versammlung

Die statutenmäßige
General-Versammlung
findet am Freitag, den 8. November 1907, abends 8 Uhr, im Restaurant Rozycki, Pankow, Kreuzstraße 3/4, statt.

Tages-Ordnung:
1. Protokoll.
2. Definitive Genehmigung der mit den Kassendirektoren auf Grund des Düsseldorf'er Tarifs abgeschlossenen Beiträge.
3. Statutenänderung (§§ 10, 12, 13, 20, 22, 30, 31 und 57 des Statuts).
4. Renouveau dreier Vorstandsmitglieder (1 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer). Es scheiden aus Lubig, Schwede und Müller.
5. Ergänzungswahl eines Vorstandsmitgliedes, für den ausgeschiedenen Arbeitnehmer Kischhöfer.
6. Wahl dreier Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1907.
7. Definitive Genehmigung des mit dem praktischen Arzt Sobotta abgeschlossenen Vertrages.
8. Anträge, welche mindestens eine Woche vor der Versammlung bei dem Unterzeichneten schriftlich eingereicht werden müssen.
9. Verschiedenes.
Pankow, den 21. Oktober 1907.

Der Vorstand
der Orts-Krankenkasse Pankow.
Hoffrichter, Vorsitzender.

N.B. In dieser Versammlung sind nur die gewählten Delegierten eintretens- und stimmberichtig. 277/4

Theater des Zentrums.

Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.

Bis früh um fünf

a. Aven u. Hippelstr. Musik v. B. Linde.
Anfang 8 Uhr. Keine Preise.

Handlungsgehülfen!

Heute Freitag, den 25. Oktober, abends 9 Uhr, in den „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Oeffentliche Versammlung.

Die Hungerpeitsche in der Konfektion.
Referent: Kollege Georg Liss. 298/16

Zahlreichen Besuch erwartet
Zentralverband der Handlungsgehülfen und Gehülfinnen Deutschlands.
Bezirk Berlin, Neue Königstr. 36.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.

Britton als
Aute im Familienbad
Baanansee.

Anf. wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbusser-Strasse 6.
Dir.: Wilhelm Reimer.

Heute Freitag:
Theater-Abend.
Der Wildschütz.
Oper von Albert Lortzing.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sängers
u. **Tanzkränchen.**
Sonnt. Beg. 8, wochent. 8 1/2.

Sie empfehlen unseren Lesern nachstehendes Werk:

Berliner Revolutions-Chronik.

Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in politischer, sozialer und literarischer Beziehung von Adolf Wolff. 234/17*

Der Preis beträgt statt 4,- M. nur 2,50 M.

Das Buch enthält die beste Darstellung der Vorgänge in Berlin im Jahre 1848. Da nur eine kleinere Anzahl von Exemplaren vorhanden, ist baldigste Anschaffung empfehlenswert.

Expedition des „Vorwärts“.

Berlin SW., Lindenstr. 69, Laden.

Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Haupte. Günstigste Bringenstraße. Umsteigt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für corpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kaschieren und Kellenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 2202*

Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Prächtige Geschenke liegen

Gentners Veilchen-seifenpulver

Goldperle

„Marke Kaminfeger“

bei nur nützliche Gegenstände, die viel Freude machen.
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
Vorsicht beim Einkauf! Nur achte auf den gef. gef. Namen „Goldperle“ und den Kaminfeger!

Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.

Alleinverkauft für Berlin und Umgegend: **Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11.**

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Freitag, den 25. Oktober 1907, nachmittags 5 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei Freyer (früher Keller), Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Stellungnahme zur Dfenseker-Konferenz am 8. November in Dresden. Die Verbandsleitung.
Zahlreichen Besuch erwartet [201/7*]

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sektion der Töpferträger.

Sonnabend, den 26. Oktober 1907, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Hfer 15, Saal 1:

Versammlung aller am Streik beteiligten Töpferträger.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über unsere Bewegung. 2. Diskussion.
Verbandsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Eintritt. Der Zweigvereinsvorstand.

Beste Bettenfüllung

Sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt einseitigen

Monopoldaunen

(gef. gefüllt) Pfund RM. 2,95.
5-4 Pfund genügen a gr. Oberbett.
Berl. gep. Radfahrer. Verpackung frei.

Gustav Lustig

Berlin S. Prinzenstr. 46
Gehobtes Bettfedern-Exportgeschäft Deutschlands.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Dienstag, den 29. Oktober 1907, abends 8 Uhr:

Branchen-Versammlung

für die in der
Küchenmöbelbranche beschäftigten Tischler und
Maler Berlins und der Vororte
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße Nr. 27c.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen A. Schreiber: „Die Gewerkschaften im Kampfe mit dem isolierten Unternehmertum“. 2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten; es erfolgt hierbei die Ausgabe der Fragebogen für die Branche.
4. Nicht jedes in der Branche beschäftigten Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Die Vertrauensmänner der Rahmenvergolder werden ersucht, Freitagnachmittag von 6-7 Uhr nach dem Bureau, Engel-Hfer 19, zu kommen zur Entgegennahme von Informationen über den neuen Vertrag. Die Ortsverwaltung.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Reichsverbandes Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Sonntag, den 27. Oktober, früh 8 Uhr:
Vereinstour
über Bollen nach Wittenwalde.
1., 2., 5., 6., 9. Abteilung. 1 Uhr: Schmöckwitz. 22/4
3., 4., 7. u. 8. Abteilung. 1 Uhr: Karolinenhof.
Die Abteilungen von Herrn Cstavis.

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:
Fahrt-Sitzung
bei Vosse, Klosterstraße Nr. 101.

Trianon-Theater.
Fräulein Josette - meine Frau.
Anfang 8 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1939. Charitestraße 2. Hof III. Amt 3, 1957

Sonnabend, 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirksversammlung für Spandau und Umgegend

im Lokale von Rume, Schönwalderstr. 80.

Tages-Ordnung:
1. Bericht vom Internationalen Metallarbeiter-Kongress. Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 154/15
Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Reichshallen-Theater.

Täglich:
Stettiner Sänger.

Britton als
Aute im Familienbad
Baanansee.

Anf. wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Sonntag, 27. Oktober, vormittags 10 Uhr:

Branchenversammlung der Schmiede Berlins und Umgegend

in Wilbrodt's Gaststätten, Müllerstraße 7.

Tages-Ordnung:
1. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Referent: Genosse Neßlein. 2. Diskussion. 3. Renouveau des Branchenvertreter und der Agitationskommission. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Zu dieser Versammlung sind ganz besonders die Kesselschmiede der Großbetriebe eingeladen. - Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß folgende neue Zahlstellen errichtet sind:

Otto Kasper, Schöneberg, Bennigsenstr. 23/24
Paul Anders, Berlin N., Vöttgerstraße 4.
Karl Siewert, Charlottenburg, Seltscholdstr. 33.
Otto Gaßmann, Berlin N., Badstraße (Ecke der Grünhaldenstraße).
Die Ortsverwaltung.

Blitz=Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Haupte. Günstigste Bringenstraße. Umsteigt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für corpulente Herren passend.

Dieselben sind von feinen Kaschieren und Kellenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen. 2202*

Fahrgeld wird vergütet. * Bitte auf Hausnummer zu achten.

Vergolder!

Montag, den 28. Oktober, abends präz. 8 Uhr, in den vorderbauten „Armin-Hallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht über die Lohnbewegung der Rahmenvergolder. 2. Wie gehen wir in Zukunft unsere Agitation zu gestalten? 3. Gründung eines Lokalfonds und Anstellung eines Beamten für unsere Branche. 4. Verschiedenes.
Wichtig eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Rateneinheits müssen vor Beginn der Versammlung abgerechnet werden. Der Branchenleiter.

Tischler-Verein (E. N. 89)

Sonnabend, den 26. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Reichshfer 15:

Versammlung.

Vortrag des Herrn O. Langnitschke: Die Entstehung der modernen Gesellschaftsklassen. Vereinsangelegenheiten. 190/11
Der Vorstand.

Partei-Angelegenheiten.

Die außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend findet am Sonntag, den 27. Oktober, mittags 12 Uhr, in Kellers Festsaal, Koppenstraße 29, statt.

Als Tagesordnung ist festgestellt: 1. Die Änderungen zum Verbandsstatut. 2. Verbands- und Parteiangelegenheiten. Die Legitimationen sind den Kreisen zugegangen. Mit Parteigrüß Der Aktionsausschuß.

Wahlkreis (Bezirk Nieder-Schönhaußen). Am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 4 Uhr, findet bei Waersich statt der fälligen Wahlvereinsversammlung eine Volksversammlung statt. Genosse O. Grauer referiert über: „Das gleiche Recht“. Partei-genossen, erscheint recht zahlreich mit Euren Frauen in dieser Versammlung. Abmarsch der Nieder-Schönhaußener Genossen Punkt 2 Uhr von Bratvogel, Nordend, aus. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Göhen-Reutendorf und Stolpe. In Anbetracht des schwachen Besuchs der Diskutierabende findet laut Beschluß unser Zahlabend jetzt jeden Sonntag nach dem 15. im Monat, vormittags 9 Uhr, im Lokal der Wwe. Vergemann zu Stolpe statt.

Berliner Nachrichten.

Des Stadtfreiwirts „Arbeiterfreundlichkeit“.

In der Stadtverordnetenversammlung standen gestern die Arbeiter im Mittelpunkt der Debatten. Hauptstück der Tagesordnung waren die beiden Anträge, die von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden waren, um unserer Gemeindeverwaltung die leider notwendige Anregung zu etwas mehr Arbeiterfürsorge zu geben. Außerdem aber gab es zu Beginn der Sitzung noch ein kleines Vorspiel, bei dem der Stadtfreiwirt gleichfalls Gelegenheit hätte haben können, seine „Arbeiterfreundlichkeit“ zu bekunden.

Gegen die schärfere Anziehung der Steuerfahrende, die der Arbeiterbevölkerung bevorsteht, suchte Genosse Stadthagen die Stadtverordnetenversammlung mobil zu machen. Aber es gelang nicht. Die freisinnige Mehrheit ist ja froh, daß sich ein Vorwand bietet, den Arbeitern mehr Steuern abknöpfen zu dürfen und die Verantwortung hierfür von der Gemeindeverwaltung abwälzen zu können. Mit lärmenden Zurufen beantwortete der Chor der Hausagrarien Stadthagens Hinweis auf die Tatsache, daß den „höheren“ Steuerzahlern bei der Einschätzung alle möglichen Konzeptionen gemacht werden, während den Arbeitern kein Abzug zugebilligt wird.

Es folgte dann die Beratung der Anträge über die Neuordnung des Submissionswesens sowie über die Ausführung städtischer Arbeiten in eigener Regie. Begründet wurden sie von unserem Genossen Pfannkuch, der unter Verbringung eines sehr umfangreichen, sorgfältig zusammengetragenen Materials den Nachweis lieferte, daß der Gemeinde mit den in diesen Anträgen enthaltenen Forderungen nichts zugemutet wird, was nicht längst anderswo sich als ausführbar erwiesen hätte. Pfannkuch nagelte die freisinnigen „Arbeiterfreunde“ darauf fest, daß sie nach den schönen Reden, die sie bei einer früheren Gelegenheit, namentlich über die ersten der beiden zur Debatte stehenden Fragen gehalten haben, diesmal nicht „Nein“ sagen könnten, ohne sich selber ins Gesicht zu schlagen. In gelungenerm Spott empfahl er ihnen, die sozialdemokratischen Anträge schon deshalb anzunehmen, weil sie, ihrer eigenen Versicherung nach, hier von zu hoffen hätten, daß sie der Sozialdemokratie das Wasser abgraben würden.

Die Redner der übrigen Gruppen der Versammlung erklärten selbstverständlich alle miteinander, daß sie den gegebenen Anregungen sympathisch gegenüberstünden; aber man müsse sie erst in einem Ausschuss näher befehen. Amüsant war es zu sehen, wie besonders Herr Goldschmidt sich dreiste und wendete, um weder ein volles Ja, noch ein offenes Nein sagen zu müssen. Aergerte es ihn, daß die sozialdemokratische Fraktion ihre Forderung nicht in eine Form gekleidet hatte, die es dem Freisinn ermöglicht hätte, sie ohne weiteres abzulehnen? Er schüttelte sein übervolles Herz aus und jammerte darüber, daß die Arbeiter nicht ihm und seinesgleichen nachlaufen wollten, sondern von der Sozialdemokratie eine Besserung ihrer Lage erwarten.

Genosse Pfannkuch sprach in seinem Schlusswort die Vermutung aus, daß es Herrn Goldschmidt und seinen Freunden wahrscheinlich lieber gewesen wäre, wenn die Sozialdemokraten des Berliner Stadtparlament die Einführung des sozialdemokratischen „Zukunftspianos“ beantragt hätten. Das hätte dem Freisinn sicherlich besser in seinen Kram gepaßt. Mit diesen beiden Anträgen kann man nicht so kurzen Prozeß machen, ihnen gegenüber muß man zum mindesten seine „Sympathie“ bekunden. Ein Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokraten spottete: „Aber nur bis zum 6. November!“

Im Reiche der Dummheit.

Frau Fünzel, Nachfolgerin der berühmten Lenormand! Unter den vielen anderen, die ebenfalls diese prophetische Zeichnung führen und im Annoncenfeld der gut bürgerlichen Presse in holder Eintönigkeit zwischen Weheimaufnahmen, Manikuren, Heilkräutergebieten, Anpreisung hygienischer Gummiartikel und solcher von Massagen und Kräuterbädern zu finden sind, wenden wir uns an diese, deren Kunstschaff sich aus den mittleren und unteren Schichten rekrutiert. Denn sie sind in den verschiedensten Abteilungen vorhanden, von der feinsten, die im Besen eine komfortable eingerichtete Wohnung inne hat, bis herab zur Winkelwäscherin, die den Kerker der Armen ihre sauer erworbenen Groschen abnimmt. Wir hatten uns nun im Geiste ein feinstes, geborgenes Weib mit krummer Halskränze und vertrockneter, runzeliger Haut, mit einem einzigen, weit vorsehenden Zahn, mit tiefhängenden, glänzenden Augen und hoßler oder feisender Stimme vorgestellt und sehen uns jetzt angenehm enttäuscht. Vor uns steht eine hübsche, stattliche Frau in den besten Jahren, aktuell gekleidet, mit leicht gewelltem Haar und sympathischen Zügen, die nur durch den lauernden, verschlagenen Blick der grauen, scharfen Augen beeinträchtigt werden. Sie wußt uns vom Scheitel bis zur Sohle mit einem raschen, mißtrauischen Blick, der aber bestriedigt auszufallen scheint, denn sie läßt uns in ein nach dem Hofe gelegenes Zimmer treten. Durch eine offene Tür sieht man in die Nebenstube, wo gerade

noch das Ende einer Bettstelle hervorguckt. Drinnen hört man leise Stimmen. Wir sind also nicht die einzigen, die in lärmendem Treiben der Schleiher von der grauen, verborgenen Zukunft ziehen wollen. Jetzt klingelt es wieder, diesmal aber kommt aus irgend einer Tür im Flur ein junges Mädchen und öffnet. Eine ältere, frohig gelleidete Dame mit verschleiertem Gesicht rascht herein und hinterher kommt eine junge, blaße Frau, anscheinend aus dem Arbeiterstande. Es ist Sonntagnachmittag. In dem engen Hofe dämmert es bereits und irgendwo in der Ferne dudelt ein Leierkasten in schrillen, falschen Tönen. Unterdessen geht das Gelächel und Gewisper im Nebenzimmer weiter, nur ab und zu durch halb unterdrückte Ausrufe des Staunens, der Freude oder der Enttäuschung unterbrochen.

Endlich, nach geraumer Weile erscheint die Frau und geleitet zwei Dienstmädchen, die mit verstörten Gesichtern und unsicheren Blicken hurtig an uns vorbeiziehen, hinaus. Da meine beiden Nachbarinnen, wie aus einem Munde, erklären, wenig Zeit zu haben, so lassen wir ihnen gerne den Vortritt, und die aufgedämmerte, verschleierte Frau verschwindet in dem mysteriösen Schlafzimmer. Wieder ein leises Gemurmel und Flüstern und nach einiger Zeit ein prasselndes, zischendes Geräusch, „wie wenn Wasser mit Feuer sich mengt“ und hernach ein langgedehntes „Aah!“. Unsere Wunderfrau ist vielseitig, sie deutet auch aus geschmolzenem Blei die Zukunft. Jetzt ist auch diese Kundin erledigt und entfernt sich, zugleich aber erscheint eine neue, ein junges, hübsches Fräulein, nach ihrem Keuchern zu urteilen Kontoristin oder Verkäuferin. Die junge, blaße Frau hat sich jetzt in den Nebenraum begeben. Unser Ohr vernimmt jetzt ihre dünne, klagende Stimme, die eine Lebensgeschichte erzählt, ab und zu von Schluchzen unterbrochen. Ein Knaben verrät uns, daß sie sich aus dem Ei wahrsagen läßt. Bald ist auch sie abgefertigt und das Fräulein geht hinein. Wir drücken uns phlegmatisch in die Ecke des altmodischen Sofas, das mit weichen Spitzen, runden und edigen, besät ist, wie die Kuppeln der Gletscher im Hochgebirge mit Schnee.

Endlich betreten auch wir das geheimnisvolle Gemach, das aber beim näheren Anblick ziemlich nüchtern und prosaisch wirkt. Nur auf dem ausgezogenen Tisch flackert gespensterhaft eine Gasflamme und Karten, Kasserollen, Flaschen, Eierschalen und Kaffeefah bilden ein wirres Durcheinander. Wir sehen uns der modernen Lenormand gegenüber, während sie auf dem Tische einige Ordnung schafft. Jetzt blickt sie uns prüfend und durchbohrend an und mit erstaunlicher Geschäftlichkeit sucht sie durch leicht hingeworfene, harmlos klingende Bemerkungen das, was sie braucht, aus uns herauszuloden. Da wir aber außerordentlich schwerfällig sind, nur wenig darauf reagieren und alle ihre Künste ihre Wirkung verfehlen, so fragt sie uns rasch entschlossen, auf welche Art wir die Zukunft gedeutet haben möchten, aus den Karten, aus dem Weigau, Ei oder Kaffeefah oder auch aus den Linien der Hand. Wir entschließen uns für Karten, und sie beginnt aufzulegen. Und nun zeigt sie in ihrem Gesicht ein interessantes Mienenpiel. Bald reißt sie die Augen erstaunt oder erschrocken auf, bald schneht sie mit der Zunge, dann wieder, verklärt ein frohlosender Schimmer ihre Antlitz oder sie schlägt, mit den Fingern der höchsten Ueberzeugung auf den Tisch. Nun löst sich ihre Zunge und mit einem phänomenalen Rundwerk beginnt sie zu erklären: „Hier“, indem sie auf eine Karte zeigt, „das bedeutet Brief ins Haus, hier frohe Postkarte, da aber“, ihre Stirn legt sie in Falten, „das gefällt mir nicht, Herr! Sie haben eine hübsche, junge Braut, die Sie von Herzen lieben?“ Sie sieht uns forschend an, wir nickten zustimmend. „Aber, aber, aufgepaßt, hier ist ein schwarzer Herr, der liegt neben ihrer Braut — ich kann's nicht ändern, es droht Ihnen viel Nummer. Doch halt, es kommt anders, der Schwarze reißt weg, ah, hier Todesfall, er stirbt unterwegs. Sie haben nichts zu befürchten. Ei, hier, viel Geld! Von einem Onkel jedenfalls! Es wird Ihnen später, abgesehen von einem Trauerfall, sehr gut gehen.“ Sie rafft die Karten zusammen und wir erheben uns. Auf unsere Frage nach dem Honorar, lautet die süßliche Antwort: „Nur 50 Pf. nach Belieben.“

Auf dem Heimwege stellen wir Betrachtungen an über die Vermissten, die nicht alle werden, und sich durch diesen plumpen Schwundel das Geld aus der Tasche locken und obendrein oft noch das Leben vergällen lassen, ganz abgesehen davon, daß Mißtrauen und Anfriden in Familienheim geschleht wird. Und die gewissenlose bürgerliche Presse unterstützt dieses gemeingefährliche Treiben in der skrupellosesten Weise, getreu dem Grundsatz: Geld riecht nicht!

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Für den heute abend stattfindenden Kursus in Literaturgeschichte werden noch Schüler aufgenommen. Das gleiche gilt auch für den ebenfalls im Schullokal, Grenadierstraße 37, stattfindenden Kursus in Geschichte, der morgen (Sonntag) fortgesetzt wird.

Die Vorträge sind so gehalten, daß auch die an diesem zweiten Abend erst zukommenden Schüler durch ein kurzes Resümee orientiert werden.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Unterricht in Naturerkenntnis im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15, stattfindet.

Neues von der Straßenbahn. Die Straßenbahn war in der Zeit, wie wir berichtet hatten, genötigt, wegen der Arbeiten für die Fertigstellung der Untergrundbahn unter dem Leipzigerplatz die beiden an der Nordseite des Platzes entlang geführten Linien abzulenken. Es sind dies die Linien 6 Roabit-Müstrinerplatz und 9 Roabit-Schlesischer Bahnhof. Die Linien wurden, von Roabit kommend, über die Königgräberstraße weiter durch die Prinz Albrecht-, Zimmerstraße usw. in die Leipzigerstraße geleitet. Die Arbeiten für die neue Befestigung des Straßenbammes auf dem Leipzigerplatz sind jetzt so weit gefördert, daß die beiden Linien seit Donnerstag, den 24. Oktober, wieder ihren planmäßigen Weg nehmen können.

Seit gestern geht die Oberleitung nicht nur in der Sommer- und Königgräberstraße bis zum Brandenburger Tor, sondern auch in der Charlottenburger Chaussee über die Siegesallee bis unmittelbar an den Platz vor dem Tor. Erst hier müssen jetzt die von Charlottenburg kommenden Wagen die Zuführung des Stromes auf die Unterleitung umstellen. Nur über den Platz vor dem Tor wird diese Betriebsart noch angewandt.

Ueber das Schneidtempo in der Erledigung der Geschäfte im Untersuchungsgefängnis Roabit

Wir sind geschrieben: Untersuchungsgefängnisse, die in das Roabit-Untersuchungsgefängnis übergeführt werden, haben dort unter schweren Umständen zu leiden. In der Regel erfolgt die Verhaftung ganz plötzlich und, wenn man von Gewohnheitsverbrechen absieht, geschieht sie auch meistens so unerwartet, daß dem davon Betroffenen keine Zeit verbleibt, seine häuslichen Angelegenheiten zu ordnen und Dispositionen für die Dauer seiner Abwesenheit zu treffen oder einen Stellvertreter für sein Geschäft zu besorgen. Zwar ist es dem Ge-

fängenen gestattet, brieflich Anordnungen wirtschaftlicher Art zu erteilen; aber die Beförderung der Korrespondenz vollzieht sich durchschnittlich langsam und umständlich, daß die Schreibereibereitschaft einem Schreiberverbote gleichkommt und man meinen könnte, der Geschäftsgang der Gefängnisverwaltung sei den Verhältnisseverhältnissen des fünfzehnten Jahrhunderts angepaßt. Alle im Expeditionszimmer einlaufenden Postfächer werden erst „präsenziert“, notiert, registriert, journalisiert, dann dem Richter zur Durchsicht in die Wohnung geschickt und gelangen endlich in die Hände des Inspektors, nachdem sie 55 bis 57 Stunden lang „bearbeitet“ worden sind. Wird ein Brief an einen Untersuchungsgefängenen am Sonntagabendmittags in Berlin zur Post gegeben, dann erhält ihn der Adressat erst am nächsten Mittwochmittags zwischen 5 und 6 Uhr. Die Sendung ist wegen des dazwischen liegenden Sonntages 24 Stunden länger unterwegs, und sie hat zu ihrer Beförderung von einem Stügel des Untersuchungsgefängnisses bis zum anderen 80 bis 81 Stunden Zeit erfordert, nämlich von Sonntag früh 9 Uhr, wo die Postfächer eintreffen, bis Mittwoch nachmittags zwischen 5 und 6 Uhr, wo sie dem Gefängenen behändigt werden.

Ein Untersuchungsgefängener hatte gegen seine Verhaftung beim Kammergericht Beschwerde geführt; nach einigen Tagen kam er jedoch zu der Einsicht, daß das Rechtsmittel doch keinen Erfolg haben würde und nur geeignet sei, den Fortgang der Untersuchung und die Abarbeitung des Hauptverhandlungstermins aufzuhalten. Am 11. Januar schrieb er deshalb an das Kammergericht, daß er seine Beschwerde zurückziehe und bitte, den am 15. Januar vor dem Strafsenat anstehenden Termin aufzuheben. Nach mehr als einer Woche erhielt er ein Schreiben des Kammergerichts, daß die Beschwerde in der Sitzung des Strafsenats vom 15. Januar auf seine Kosten zurückgewiesen worden wäre. Die Inspektion des Roabit-Untersuchungsgefängnisses ist somit nicht imstande gewesen, innerhalb vier Tagen ein Schreiben von Roabit 12a nach der Lindenstraße 14 zu befördern, und sie hat durch ihre unerhörte Langsamkeit verschuldet, daß der Gefängene nicht nur die Kosten des Termins beim Kammergericht zu bezahlen hatte, sondern noch einige Tage länger in Untersuchungsgefängnis sitzen mußte. Der vorläufige Verwaltungsapparat macht es vollständig unmöglich, ja verhindert geradezu, daß sich ein Geschäftsmann, über den die Untersuchungsgefängnis verhängt worden ist, über seine Angelegenheiten auf dem Laufenden erhält; noch viel weniger ist er in der Lage, aus der Ferne eingureifen und seinem Personale Anweisungen zu erteilen. Die Antwort auf eine briefliche Anfrage kann in Anbetracht der zeitraubenden Prozedur der Briefbeförderung nicht vor acht oder zehn Tagen eintreffen; in der Zwischenzeit hat sich die geschäftliche Lage häufig schon vollständig geändert und die günstige Konjunktur ist verpufft worden. Der Gefängene will nicht einmal, daß die Strafsache den wirtschaftlichen Ruin der Familie herbeiführt, um wieviel mehr müßte der Untersuchungsgefängene, dessen Schuld ja noch gar nicht feststeht, geschätzt werden. Was nützt aber die beste Absicht des Gefängenen, wenn sie der Bureaucratismus durchkreuzt und nicht verwirklicht?

Noch größere Hindernisse türmen sich auf, wenn es sich darum handelt, einen Untersuchungsgefängenen zu sprechen. Die Erlaubnis dazu wird wohl stets erteilt, wenn es sich um geschäftliche Dinge oder Familienangelegenheiten handelt und kein Bedenken vorliegt, daß die Unterredung nur zu dem Zwecke nachgesucht werde, den Tatbestand zu verdunkeln oder dem Gefängenen zur Flucht zu verhelfen. Das Gesuch ist schriftlich einzureichen, es wird dem Untersuchungsrichter zur Genehmigung vorgelegt und geht dann an die Gefängnisinspektion zur Anberaumung eines Termins, zu dem der Antragsteller eine Vorladung erhält. Aber auch hier wieder arbeitet die Verwaltungsmaschine über die Maßen langsam; der Termin wird meistens so weit hinausgeschoben, daß der Beschuldigte bisweilen schon mehrere Tage vor dem Besuchstermin aus der Untersuchungsgefängnis entlassen ist. Ein Gefängener stellte am 27. Januar den Antrag, ihm am 30. Januar, dem letzten Tage vor der Hauptverhandlung, eine Unterredung mit seiner Ehefrau zu bewilligen; dem Gesuche fügte er einen Brief an seine Frau bei, worin er sie zum 30. Januar nach dem Gefängnis bat. Sie erschien auch pünktlich, aber die Unterredung kam nicht zustande — der Bureaucratismus hatte sie vereitelt. Am nächsten Tage wurde der Angeklagte aus der Haft entlassen. In seiner Wohnung fand er ein von der Gefängnisinspektion an seine Frau gerichtetes Schreiben vor, worin dieser mitgeteilt wurde, daß ihr am 4. Februar vormittags 10 Uhr eine Unterredung mit ihrem Mann „verstattet“ werde. Der Untersuchungsrichter war mit dem abgefürzten Verfahren des Angeklagten, wonach dieser selbst einen Termin anberaumte und seine Frau dazu vorlud, einverstanden und hatte die Genehmigung erteilt. Die Gefängnisverwaltung aber hatte es anders beschlossen. Das eigenmächtige Verhalten eines Gefängenen, der über den Kopf der Inspektion hinweg Termine ansieht, dürfte nicht geduldet werden, es hätte auch allen Traditionen widersprochen, eine Unterredung mit einem Angeklagten zu gestatten, wogu der Besucher nicht rite durch ein Terminsformular der Behörde vorgeladen worden ist.

Beidseitig sich ein Gefängener bei einem der Beamten über das Schneidtempo der Verwaltung und über ihre Rückständigkeit, dann erhält er zur Antwort, daß ein schnelleres Arbeiten ganz unmöglich sei und alle Sachen in kürzester Zeit erledigt würden. In der Tat trifft auch die Beamten keine Schuld an den beklagenswerten Zuständen; der Fehler liegt in dem ganzen System, das über alle Maßen rückständig geblieben ist. Seit Jahrhunderten wird nach dem gleichen Schema gearbeitet, seit Jahrhunderten rastet die Verwaltungsmaschine Tag für Tag in demselben Tempo, und da die Beamten keine anderen Betrieb kennen gelernt haben, keine Ahnung davon besitzen, wie intensiv und besonders scharf in kaufmännischen Kontoren und in gewerblichen Betrieben gearbeitet wird, so entzieht sich ihnen jede Vergleichungsmöglichkeit, um zu erkennen, wie unpraktisch und zeitraubend der Geschäftsgang, wie fossil ihre Arbeitsmethode geblieben ist.

Ereignet sich etwas Außerordentliches, dann weiß der verdammte Bureaucratismus keinen Rat und der ganze Betrieb steht still. Diese Stilllegung des gesamten Betriebes tritt regelmäßig ein, sobald ein Untersuchungsgefängener zu außergewöhnlicher Zeit entlassen wird. Bei seiner Entlassung wird ihm alle Wertgegenstände und auch das Geld abgenommen und „aherbert“ worden, während er seine Kleider und die Wäsche in der Zelle behalten darf. Erfolgt die Entlassung nach Schluß der Bureaustunden — bisweilen zieht sich eine Hauptverhandlung bis tief in die Nacht hinein —, dann ist niemand da, der ihm sein Geld wiedergeben könnte, er steht mittellos auf der Straße und mag dann wählen, ob er auf einer Bank im Tiergarten oder auf der Polizeiwache den Morgen erwarten will. Von 8 Uhr ab steht ihm sein Eigentum wieder zur Verfügung. Das sind doch einer Behörde ganz unwürdige Zustände, und sie beleuchten grell die Unbeholfenheit und Hilflosigkeit unserer Bureaucratie und die Rückständigkeit der Justizverwaltung.

Es wäre ungerecht, wollten wir verschweigen, daß das geduldige Publikum auch in anderen Justizressorts mit derselben Rückständigkeit behandelt wird. Allgemein bekannt dürfte sein, daß Handwerker, die für den Justizdienst arbeiten, monatelang auf ihr Geld warten müssen. Und niemand regt sich darüber auf; vielmehr noch wäre das Staunens sein Ende, wenn ein Lieferant sein Geld schon nach drei Tagen erhielt. Wer eine Zivilklage angehängt, sie aber vor dem Verhandlungstermin zurückgenommen hat, muß sich vier bis sechs Wochen in Geduld fassen, bevor er den Teil des Kostenvorschusses zurück erhält, den er zu viel gezahlt hat; denn zu einer Rückzahlung, die der Geschäftsmann binnen 24 Stunden bewirkt, braucht eine preussische Gerichtsliste ebenso viele Tage.

Nur der ganzliche Verzicht auf die bisherigen Praxis und eine vollständige Reorganisation der gesamten Geschäftsführung der Subalternbeamten kann hier Wandel schaffen. Und das muß so schnell als möglich geschehen, will die Justizverwaltung nicht noch länger in dem traurigen Ruhe stehen, die rückständige Behörde Preußens zu sein.

Aus der Krankenhäuserverwaltung.

Die von der Deputation für die Krankenhäuser zur Vorbereitung des Antrages unserer Genossen, betreffend die Errichtung von Ausbildungsklassen für Krankenpfleger und Wärterinnen eingesetzte Kommission hat eingehende Beratungen gepflogen und schließlich einstimmig diesen Antrag dem Plenum der Deputation zur Annahme empfohlen.

In jedem städtischen Krankenhause sollen unter der Leitung der älteren Assistenzärzte Kurse zur Ausbildung im theoretisch-praktischen Pflegeberufe abgehalten werden. Als selbstverständliche Voraussetzung für einen Erfolg dieser Einrichtung wurden allseitig angemessene erhöhte Bezüge des Pflegepersonals bezeichnet, die endlich nach jahrelangen Bemühungen unserer Genossen in den neuen Etat eingestellt werden sollen.

Necht verwundert war dieser Tage ein Arbeiter A., dessen Frau kürzlich im Krankenhause am Friedrichshain gelegen hatte, als er wegen der erwachsenen Kosten gemahnt wurde. Für die Zeit vom 26. September bis 8. Oktober 1907, während welcher Frau A. im Krankenhause war, waren 17,50 M. Kosten entstanden. A. beklagte sich, auch möglichst sofort diese Kostenschuld zu entrichten. Bereits am 8. Oktober zahlte er den Betrag laut Quittung bei der Kasse des Krankenhauses am Friedrichshain. Wie erklarte aber A., als er am 20. Oktober eine vom 15. Oktober datierte Quittung von der Armenverwaltung erhielt, in welcher ihm zunächst mitgeteilt wurde, daß die Armenverwaltung die entstandene Kostenschuld von 17 M. 50 Pf. vorläufigweise befreit habe und in der A. aufgefordert wird, binnen vier Wochen nach Empfang der Zahlungsaufforderung die Kostenschuld bei der Stadthauptkasse zu begleichen, widrigenfalls A. den Verlust des Wahlrechts zu gewärtigen habe.

Nach Lage der Sache sind wir geneigt anzunehmen, daß vom Krankenhause Friedrichshain die Meldung von der erfolgten Zahlung der Kostenschuld an die Armenverwaltung innerhalb acht Tagen noch nicht erfolgt ist; für eine schnelle Erledigung der Geschäfte spricht das nicht und es ist die Frage berechtigt: Wird im allgemeinen immer „so schnell“ gearbeitet?

Ein aufregender Unglücksfall hat sich gestern Abend in der Invalidentraße zugetragen. Am Stettiner Bahnhof waren mehrere kleine Kinder im Begriff gewesen, den Bahndamm zu überschreiten. Durch einen heranfahrenden Straßenbahnwagen gerieten sie in große Gefahr. Es gelang ihnen jedoch noch im letzten Augenblick, sich in Sicherheit zu bringen. Eine der Kleinen, die vier Jahre alte Tochter des Kaufmanns Lehmann aus der Weitzenburgerstr. 47a, lief in der Verwirrung gegen einen Lastwagen und wurde überfahren. Die Räder gingen dem Mädchen über beide Beine hinweg. Neben einem Unterschenkelbruch erlitt die Kleine auch erhebliche innere Verletzungen.

Von der Lokomotive erfasst. Ein schrecklicher Unglücksfall hat sich vorgestern Abend auf der Anhalter Bahn zugetragen. Der 45 Jahre alte Schaffner Strauch, Köstlichstraße 47, hatte sich beim Herannahen eines Rangierzuges zu dicht an die Gleise herangebeugt. Er wurde von der Maschine erfasst und durch eine der Seitenstangen herumgeschleudert. Der Führer, der den Unfall bemerkt hatte, ließ die Lokomotive sofort anhalten. St. hatte bei dem verhängnisvollen Unglücksfall erhebliche innere Verletzungen sowie einen Beckenbruch erlitten. Er wurde nach dem Elisabeth-Krankenhause in der Bülowstraße gebracht.

Selbstmordversuch einer Hochstaplerin im Polizeigewahrsam. Eine von der Polizei seit längerer Zeit gesuchte Hochstaplerin hat sich gestern Nachmittag auf dem 86. Polizeirevier vergiftet. Es handelt sich um ein junges Mädchen mit Namen Margarete Wehmann. Ihre „Spezialität“ bestand darin, Vermieterinnen, bei denen sie Zimmer mietete, zu betrügen. So hatte sie auch eine Wirtin in der Kirchstraße um 200 M. geprellt. Gestern erkrankte die Betroffene das Mädchen auf der Straße und ließ sie feststellen. Bei ihrer Vernehmung entpuppte sich dann die Verhaftete als eine Hochstaplerin. Nachdem das Verbrechen zu Ende war, wurde die Wehmann nach der Zelle gebracht, wo sie bis zu ihrer Ueberführung nach dem Polizeipräsidium verbleiben sollte. Einige Zeit später vernahmten die Beamten ein starkes Röcheln, das aus der Zelle herandrang. Als sie die Tür öffneten, fanden sie die Befangene in betäubtem Zustande auf dem Erdboden liegend auf; sie hatte sich mit Morphium vergiftet. Ein hinzugerufener Arzt veranlaßte die Einlieferung der Selbstmörderin in die Charité. Die Lebensmilde befindet sich dort als Polizeigefangene.

Zu Tode geprügelt hat am Mittwochabend die Frau des Arbeiters R., Sorauerstr. 11, die in Kürze vor der Entbindung stand. Als R. von der Arbeit heimkehrte, klopfte er vergeblich an der Korridorstür. Er ließ die Tür gewaltsam öffnen und fand seine Frau leblos in der Nähe auf dem Fußboden liegend auf. In völlig hoffnungslosem Zustande wurde die Lebensmilde in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. Häusliche Streitigkeiten sollen die Ursache zu der Tat sein.

Ein misratener Bursche, der „Gelegenheitsarbeiter“ Alexander Fiedrich, der der Arbeit soviel wie möglich aus dem Wege geht, unternahm gestern einen schweren Angriff auf seine Mutter, die Magdackerstr. 53 wohnt. Weil die Mutter es ablehnte, Geld herzugeben, packte sie der Sohn hinterücks und umklammerte den Hals der Mutter so lange mit den Händen, bis die bedauernswerte Frau das Bewußtsein verlor. Darauf warf er sie zu Boden und raubte ihr ein Portemonnaie mit etwa 50 Mark Inhalt aus der Tasche. Ohne sich weiter um sein Opfer zu kümmern, verließ der rohe Geselle das Haus. Erst nach längerer Zeit letztes der Ueberfallenen das Bewußtsein wieder. Sie schleppte sich zur Polizei und erstattete selbst Anzeige von dem Raubverbrechen. Noch deutlich konnte man die Spuren der Würgemarke am Hals der Frau sehen. Wenige Stunden später wurde der Täter durch einen Kriminalbeamten ermittelt und verhaftet. Einen Teil des geraubten Geldes hatte er bereits ausgegeben. Er wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Feuerwehbericht. Ein größerer Tischlerei-Brand beschäftigte in der letzten Nacht die 3. Kompanie in der Steinmeyerstr. 29. Die Flammen hatten bei Ankunft der Wehr, genährt durch Holz und Späne, schon eine große Ausdehnung erlangt. Es mußte deshalb mit mehreren Schlauchleitungen häufig Wasser gegeben werden, um die Flammen auf den Herd zu beschränken. Ein zweiter Tischlerei-Brand mußte gestern in der Prinzen-Allee 84 gelöscht werden. Wegen eines Dachstuhlbrandes erfolgte ein Alarm nach der Waldemarstr. 52. Balken, Fußböden, das Dachgebäl, Möbel in der Verschlägen u. a. brannten fort. Der 3. Zug hatte in der Schönhauser Allee 74 zu tun, wo Teer auf einem Dache brannte. In der Fischerstr. 28 war in einem Lumpenstapel Feuer ausgebrochen. Ferner liefen Feuermeldungen aus der Bernauerstr. 104, vom Anhalter Güterbahnhof, aus der Rainzerstr. 24 in Friedrichshagen und anderen Stellen ein.

Wegen einer Gasexplosion wurde gestern Mittag die dritte Kompanie nach dem Waterloo-Ufer 18 alarmiert. Dort war angeblich infolge eigener Unvorsichtigkeit eines Monteurs in einer Wohnung die Explosion erfolgt. Gardinen, Tapeten, Fenster usw. waren angezündet, bezw. in Brand geraten. Die Gefahr konnte bald beseitigt werden. Der Monteur Willi Seidler hatte Brandmunden an beiden Händen und im Gesicht erlitten, die ihm von Samaritern der Feuerwehrrückend wurden.

Vorort-Nachrichten.

Die Wertzuwachssteuer und die Lanowitzer Gemeindevertretung. Die kleine aber im Emporbühen begriffene Gemeinde Lanowitz teilt mit dem benachbarten Groß-Lichterfelde den zweifelhaften

Vorzug, daß ihre örtliche Vertretung nur aus Grundbesitzern besteht. Die finanziellen Anforderungen sind besonders jetzt infolge der auszuführenden Kanalisation und anderen mit der raschen Entwicklung der Gemeinde zusammenhängenden notwendigen Ausgaben bedeutend und die Erschließung neuer Steuerquellen eine brennende Frage. Es wurde daher in einem Grundbesitzerverein beschlossen, bei der Gemeindevertretung die Einführung der Wertzuwachssteuer zu beantragen. Nachdem die Stadtkommission die Angelegenheit beraten und sich für die Erhebung einer Wertzuwachssteuer ausgesprochen, kam dieselbe vor das Plenum der Gemeindevertretung. Zur allgemeinen Ueberraschung sprach der Gemeindevorsteher Dillges, zugleich einer der größten Grundbesitzer in Lanowitz, gegen die Wertzuwachssteuer, obgleich gerade ihm die Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuerquellen in erster Linie bekannt ist. Er schien auch herauszufühlen, daß diese seine Stellungnahme in seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher nicht geringes Entgegenkommen hervorrief, denn er suchte sich dagegen zu verwahren, als sei er als Großgrundbesitzer in Lanowitz an dieser Frage interessiert und seine ablehnende Haltung hierdurch beeinflusst. Der Herr Gemeindevorsteher ist der sehr merkwürdigen Meinung, daß jetzt kein geeigneter Zeitpunkt zur Einführung der Wertzuwachssteuer sei; erst wenn die Terraingesellschaften den ganzen Grund und Boden aufgekauft hätten, könne man daran denken. Jetzt würde die Gemeinde nur Schaden davon haben, weil das Geschäft vollständig unterbunden würde! Diesen „fachverständigen“ Ausführungen des Dorfoberrichters schloß sich der Schöffe Lüdicke, nach Herrn Dillges der größte Grundbesitzer in der Gemeinde, an, ebenso die Gemeindevorsteher Berlinke, Vorgehowsky, Hildebrandt und Wulff. Vergeblich führten die Anhänger der Wertzuwachssteuer, Geheimrat Brückwig, Heising, Partelt und Tromm die schwerwiegendsten Gründe für die Wertzuwachssteuer ins Feld und betonten die materiellen Schwierigkeiten der Gemeinde — aber vergebens. Durch die Grundbesitzer wurde die Wertzuwachssteuer als „ungeeignet“ verworfen. Von den Vertretern der dritten Klasse stimmte nur Herr Tromm dafür. Jedenfalls zeigt dieser Vorgang wieder einmal, wie unheilvoll die Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung, nach welcher zwei Drittel der Gemeindevertretung aus Grundbesitzern bestehen müssen, wirkt und wieviel unendlicher Schaden einer Gemeinde durch dieses Privileg des Besitzes zugefügt werden kann.

Charlottenburg.

Zu der städtischen Fürsorge für Lungenkranke in Charlottenburg sind vom 1. April 1906 bis zum 31. März 1907 im ganzen 1765 neue Fälle unterzucht worden, 448 Männer, 654 Frauen, 663 Kinder. Von diesen Fällen wurden die weitaus meisten, nämlich 1040, durch Ärzte überwiesen, 83 durch die Armenverwaltung, 33 durch die Ortskrankenkassen, 24 durch die Landesversicherungsanstalt, 160 durch andere Stellen und Privats, 449 hatten sich selbst gemeldet. Die im Vergleich zum Vorjahre geringe Zahl der Ueberweisungen durch die Armenverwaltung hat ihren Grund darin, daß die der Armenverwaltung bekannten tuberkulösen Familien bereits im Jahre vorher fast vollständig der Fürsorge zur Untersuchung zugeführt sind. Andererseits kam man aus der Zunahme der Zahl der Ueberweisungen durch Ärzte schloß, daß die Fürsorge sich bei den Ärzten eines größeren Wohlwollens erfreut.

228 Personen wurde durch die Fürsorge eine Heil- u. A. ttenbehandlung verschafft, und zwar wurden 204 Personen durch die Armenverwaltung und die Landesversicherungsanstalt Brandenburg, 15 durch die Landesversicherungsanstalt Berlin in Heilstätten geschickt. Hierzu kommen noch neun Personen, denen auf andere Weise eine Heilstättenkur verschafft wurde, sei es, daß die Kranken selbst die Kosten tragen, sei es, daß die Mittel von anderer Seite zur Verfügung gestellt wurden. Die erzielten Resultate sind im allgemeinen als günstig zu betrachten, insbesondere hatte von dem im ersten Stadium befindlichen Kranken ein nicht unbeträchtlicher Teil einen vollen Erfolg aufzuweisen. Durch die Eröffnung des Pflegeheims Burg Daber durch den Brandenburgischen Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose wurde ermöglicht, auch eine Anzahl Schwerkranker, nicht mehr für die Heilstättenbehandlung geeigneter Tuberkulöser zweckmäßig unterzubringen. Voraussetzung für die Ueberweisung nach Burg Daber mußte sein, daß der Kranke unheilbar ist, daß er eine bedeutende Infektionsgefahr für seine Umgebung bildet und daß er zu Hause nicht genügend isoliert werden kann. Die Ueberweisung geschieht nicht zu Heilzwecken, sondern aus Gründen der Fürsorge, um die Angehörigen vor der Ansteckung zu schützen.

Laßt sich die Stadt die Fürsorge für Tuberkulöse insoweit angelegen sein, als es sich um Untersuchungen und um eventuelle Ueberweisungen in Heilstätten handelt, so ist die Wohnungs- und Familienfürsorge hauptsächlich die Aufgabe der Lungenkrankenfürsorge vom roten Kreuz. Das Hauptanliegen wird darauf gerichtet, daß das tuberkulöse Mitglied einer Familie wenigstens ein Bett für sich hat. Es wird stets darauf gedrungen, daß die Kranken Personen allein schlafen. Leben die Familien in so beschränkten Verhältnissen, daß sie sich, falls es nötig ist, ein Bett selbst kaufen können, so werden durch die Fürsorge auf Rechnung der Armenverwaltung vollständige Betten beschafft und den Familien teilweise überlassen. Weiter sind im letzten Jahre in 18 Fällen tuberkulösen Familienmitgliedern besondere Schlafstätten verschafft worden. Das geschieht in der Weise, daß man da, wo eine ganze Familie ein Zimmer mit Küche oder Vorplatz bewohnt und die anderen Räume vermietet hat, ihnen die Miete für ein Zimmer gibt und sie auf diese Weise veranlaßt, dem Mieter zu kündigen und das Zimmer selbst zu benutzen. Besondere Sorgfalt verwendet die Fürsorge auf die Wäsche der Tuberkulösen, die als eine sehr wesentliche Ansteckungsquelle anzusehen ist. In dieser Beziehung ist im letzten Jahre eine Neuerung eingeführt. Es sind an fünfzig zuverlässige Familien besondere Wäschebeutel ausgegeben. In diesen wird die schmutzige Wäsche des Kranken gesammelt und längere Zeit in heiße Sodalösung gelegt. Erst dann wird sie mit der übrigen Wäsche zusammen gewaschen.

Die Kosten, die der Stadt aus der Lungenfürsorge erwachsen, sind verhältnismäßig gering; sie betragen im letzten Jahre nur etwa über 13000 Mark. So freudig es auch zu begrüßen ist, daß die Gemeinden sich jetzt ihrer Pflichten auf dem Gebiete der Bekämpfung der Schwindsucht bewußt werden und so sehr wie auch die Erfolge der Heilstättenbehandlung anerkennen, so müssen wir doch immer wieder und wieder betonen, daß an wirklich durchschlagende Erfolge so lange nicht zu denken ist, als die ungesunden Wohnungsverhältnisse zu eiter bestehen. Eine geordnete Lungenfürsorge muß Hand in Hand gehen mit einer Wohnungsreform. Leider hat sich die Stadt Charlottenburg hierzu noch immer nicht aufzuschwingen vermocht.

Steglitz.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heute Abend, den 25. Oktober, bei Schellhase, Alhornstraße 15a, der Unterricht in Geschichte seinen Anfang nimmt. Lehrer: Heinrich Schulz. Wir bitten um recht zahlreiche Beteiligung.

Treptow-Dammshulenberg.

In der am Dienstag in Speers Festhale abgehaltenen Generalversammlung des Wahlvereins erstattete zunächst der Vorstand seinen Bericht über das abgelaufene Vierteljahr. Die Tätigkeit des Vereins war, hervorgerufen durch die bekannten Maßnahmen der Polizei, eine äußerst rege. Es fanden statt 7 Vorstandssitzungen, 5 Vereinsversammlungen und 42 öffentliche Versammlungen. Noch einmal ließ der Vorsitzende das scharfe Vorgehen der Polizei in den Versammlungen und die erfolgreichen Gegenmaßnahmen unsererseits Revue passieren, besonders die gelungene Schlussversammlung hervor-

hebend und gab der Hoffnung Ausdruck, daß nunmehr die frühere Toleranz der Polizeidirektion wieder Platz greifen werde. Es sei noch das tapfere und opferfreudige Verhalten der Parteigenossen während der verjammlichen Zeit lobend zu erwähnen. Leider sei aber bei der Verbreitung von Flugblättern, „Vorwärts“-Agitation usw. eine gewisse Lauheit eingetreten; in dieser Beziehung müsse es auch bei uns besser werden. Eine erfreuliche Entwicklung zeigte sich auch der vom Kassierer gegebene Stellenbericht. Von der Gesamtsumme von 612,35 M. wurden 429,20 M. an den Kreis abgeführt, während am Orte 68 M. verausgabt wurden. Als Kassistentand verblieben demnach 146,15 M. Am Schlusse seines Berichtes erhielt der Vorsitzende unter lebhafter allseitiger Zustimmung die Ermächtigung, dem Genossen Karl Pieblich die Sympathie der Generalversammlung zu übermitteln. — Zu Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung wurden die Genossen Neundorff, Preuß, Reinke, Thiemecke, Weh, Wicht und als Ersatz Schulz gewählt. Der Vorsitzende machte noch auf das am Sonnabend in Form eines Kassenabends in Speers Festhale stattfindende Stiftungsfest aufmerksam. Aufgenommen wurden 42 neue Mitglieder.

Lichtenberg.

Eine stark besuchte Versammlung des 1700 Mitglieder zählenden sozialdemokratischen Wahlvereins, die am Dienstag den Saal zum „Schwarzen Adler“ füllte, nahm ein 1/2 stündiges Referat des Genossen Oswald Grauer über „Kommunalverwaltung und politische Parteien“ entgegen. Der Grundsatz: „Die Gemeindevertretung ist die Basis der politischen Vertretung in der Kreis- und Provinzial-Rationalversammlung“, der die Unterschrift der v. Wehmann-Hofweg, v. Arnim, Graf v. Kraffow, Graf zu Dohna, Graf v. Ippenly u. a. trägt, gab dem Redner Gelegenheit, die Heuchelei der bürgerlichen Kommunalpolitiker zu geißeln, die immer mit der Redensart kommen, politische Parteigänger dürften in der Kommunalverwaltung, in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen nicht ihr Feld suchen. Die Interessenpolitik der heutigen Machthaber in den Kommunen, das Bestreben dieser Leute, sich diese Macht in wohlverstandenem eigenen Interesse zu erhalten, rüde der Redner wirkungslos in den Vordergrund. Das Wahlrecht zur Kommune sowie das zum preussischen Landtage beauftragte der Referent in einer Weise, die die Versammelten zur Begeisterung für die im Flusse befindliche Kommunalwahlbewegung anregte, aber auch die Wahlrechtsbewegung zugunsten des Reichstagswahlrechts für den Landtag und die Gemeindevertretungen einleitete. Es wurde hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im „Schwarzen Adler“ zu Lichtenberg tagende außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins spricht dem Genossen Karl Pieblich für sein mutiges Auftreten vor dem Reichsgericht ihre volle Sympathie aus und verspricht, in dem von ihm entwickelten Gedanken unter der heranzwachsenden Jugend weiter zu arbeiten. Dagegen wünschen ihm die Genossen von Lichtenberg ein gesundes und fröhliches Wiedersehen.“ Die Versammlung wählte alsdann den Genossen Spielermann zum zweiten Vorsitzenden, den Genossen Karl Schulze zum zweiten Kassierer und den Genossen Hoff zum Revisor.

Die Mitglieder des Vereins der freien Gastwirte, soweit diese Mitglieder des Wahlvereins sind, geben unter Vereinstauglichkeiten bekannt, daß am Dienstag, den 20. Oktober, eine öffentliche Gastwirte-Versammlung stattfinden, in der der Beweis erbracht werden soll, daß der Verein der freien Gastwirte nicht gemein hat mit dem Lichtenberger Gastwirteverein, der sich in Gemeinschaft mit dem Grundbesitzerverein Lichtenberg-Ost an dem „Rieberreiten der Sozialdemokratie“ beteiligen will.

Ober-Schöneeweide.

Gemeindevertreterprüfung. Mit Rücksicht auf die Beratung des Vertrages mit der Terraingesellschaft ersuchte der Gemeindevorsteher, die Sitzung als eine nichtöffentliche zu behandeln. Auf Antrag unserer Genossen wurde öffentliche Sitzung beschlossen. Die Beratung des Vertrages mit der Terraingesellschaft Obersee betr. Herabsetzung von Steuern auf dem von der Gesellschaft erworbenen Terrain führte zu ausgedehnter Debatte. Genosse Grunow beantragte Verwerfung des Vertrages, in welchem Falle die Straßen nach dem Ortsstatut hergestellt werden müssen. Nach mehrstündiger Verhandlung wurde der Vertrag mit 10 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Gesellschaft erhält hierdurch auf Kosten der Gemeinde ein Geschenk von vielen tausenden Mark, wenn man sich nachstehendes vergewissert: Es kommen aber zwanzig Straßenzüge in Frage. Statt des vorgeschriebenen Rechensteinsplasters braucht jetzt nur Kleinsteinplaster auf Beton verortet werden. Die Dammbreite der Straßen ist teilweise um zwei bis drei Meter reduziert. Der Antrag unserer Genossen, zur Straßenbeleuchtung Gaslicht einzuführen, wurde abgelehnt. Nach Gutheißung des Vertrages durch die Gesellschaft müssen zehn Straßen sofort zur Herstellung gelangen, ein Teil davon in Asphaltausführung.

Röpenitz.

Einen unglücklichen Abschluß nahm eine Automobilprobefahrt, die gestern Nachmittag durch den Chauffeur Verquer aus Ober-Schöneeweide ausgeführt wurde. V. hatte einen Kraftwagen der A. G. W. auf seine Leistungsfähigkeit hin prüfen wollen. Er fuhr von Ober-Schöneeweide über Röpenitz nach Königswusterhausen zu. Unterwegs hat ihn der Kaufmann Emil Roster aus Röpenitz, doch mitfahren zu dürfen. Seinem Wunsche wurde auch entsprochen. Hinter Röpenitz, etwa 300 Meter vor der großen Kanalbrücke, versagte plötzlich die Steuerung und der Kraftwagen raste seitlich gegen einen Baum und wurde dann in den Chauffeegraben geschleudert. Während R. etwa 12 Meter weit aus dem Automobil herausgeschleudert wurde, wurde der Chauffeur unter dem Wagen begraben. Schwere Verletzungen führten unglücklicherweise auch noch auf den Verunglückten. Hingekommene Ausflügler befreiten den Chauffeur aus seiner qualvollen Lage. R. sowohl als auch V. waren am ganzen Körper schwer verletzt. Das Automobil war vollständig in Trümmer gegangen. In einem herbeieilenden Automobil wurden die beiden Verletzten nach dem hiesigen Krankenhause gebracht.

Reuenhagen (Ostbahn).

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Wähl-Lichtenberg Bericht vom Parteitage in Essen. Am Schlusse seiner klaren, sachlichen Darlegungen gab der Referent unter Zustimmung der Versammlung der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wenn das was in Essen beschlossen, zur Durchführung kommt, der nach außen hin nächsten erscheinende Essener Parteitag sich seinen Vorgängern würdig anreihen könne. Eine Diskussion wurde nicht beliebt.

Aus dem Vorstandsbericht ist zu erwähnen, daß der Partei das Lokal der Witwe Grosse, Friedersdorf, welches in andere Hände übergegangen ist, nicht mehr zur Verfügung steht. In Reuenhagen sind sämtliche Lokale, auch für persönlichen Verkehr, mit Ausnahme vom Aug. Wähle, Bahnhofsstraße, streng gesperrt. Die Einnahme betrug 159,51 M., die Ausgabe 111,04 M., es bleibt ein Bestand von 48,47 M.

Adersdorf.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm zunächst ein Referat des Genossen Hildebrandt über Vorgänge aus der Gemeindevertretung entgegen. Redner nahm in seinem Vortrage namentlich Bezug auf die Verweigerung der Turnhalle dem Arbeiterturnvereine gegenüber. Der vom Kassierer Genossen Döhe erstattete Kassenbericht weist eine Einnahme von 268,20 M. und eine Ausgabe von 306,— M. auf. Der Mitgliederbestand ist 408. Nach dem Expeditionsbericht des Genossen Steuer beträgt die Abwesenheitszahl des „Vorwärts“ 646. Zur Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Otto, Steuer und Feuerstein delegiert. Aufgenommen wurden neun Mitglieder. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß am 9. November bei Wollstein ein Volksunterhaltungsabend stattfindet unter Mitwirkung der Frau Marg. Wollfotte.

Weissenfee.

Der geheime Kanal — oder ein Traum des Bauwerks. Viel Kopfzerren macht den Herren vom Tiefbauamt die Vorstudie nach dem Weissen See, welche das Gebiet der Parkstrassegegend entwässern soll. Die natürliche Vorstudie geht dahin, ist aber durch vorgenommene Um- und Neubauten in ihrem Lauf beschränkt, so daß auf künstliche Weis nachgeholfen werden muß; dies wird aber ohne weiteres vom Seebesitzer nicht gestattet. Um dieses Hindernis zu beseitigen, kam man nun auf folgende Idee: Es wurden eine Anzahl Arbeiter angestellt und nun wurde während der Nacht emsig gebuddelt und gemauert. Jedoch ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen. Ein in der Nähe wohnender Bürger beobachtete das nächtliche Treiben und ging der Sache auf den Grund. Auch der Seebesitzer bekam Wind von der Geheimbauerei. Wie nicht anders zu erwarten, wurde sofort protestiert; in einer der nächsten Nächte war der Kanal wieder — vermauert und der Traum des Bauwerks zuspanden.

Nieder-Schönhansen.

Ein schwerer Straßeneinbruch trat sich Mittwoch früh gegen 1/8 Uhr in der Kaiser Wilhelmstraße zu. Vor dem Hause Nr. 5 dieses Straßenzuges werden gegenwärtig Asphaltierungsarbeiten ausgeführt. Als zur genannten Zeit diese Stelle ein Straßenbahnwagen der Linie 57 (Richtung Schönberg) passierte, stieß der Wagon mit dem Vorderperren gegen eine herumliegende Bohle. Das schwere Holzstück wurde hinweggeschleudert und traf den in der Nähe stehenden Arbeiter Julius Bergheim, Cöthenstr. 2 wohnhaft, so unglücklich, daß ihm beide Unterextremitäten gebrochen wurden. Der Verunglückte wurde mittels Krankenwagen nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht.

Zegel.

Die Gemeindevertretung erteilte zunächst dem Gemeindevorstand die Vollmacht, in einem in Sachen des Seeseefer am 7. November abmachenden Termin die Erklärung abgeben zu können, daß die Uferstraße nie bebaut werden wird, es sei denn mit kleineren, in den Rahmen der Anlage passenden Gebäuden. In Sachen der Straßenbahn Zegel-Charlottenburg hat der Magistrat von Charlottenburg mitgeteilt, daß er die Frage erst näher treten könnte, wenn der Zweckverband sich damit beschäftigt hätte. Es kam dabei zu einer Aussprache über den Zweckverband, wobei darauf hingewiesen wurde, daß hier dieser Verband hindernd zwischen zwei Gemeinden trete. Zegel werde nun wohl erst an eine Verbindung mit Wittenau und Waidmannslust denken, die nicht dem Verband angehören. Schöffe Bräunow regte bei der Gelegenheit an, daß die Große Berliner Straßenbahn versucht werden sollte, die Wagen der Linie 26 länger als jetzt verkehren zu lassen. Es wurde die Eingabe beschlossen. Dem Antrag der freiwilligen Feuerwehr auf Beschaffung von 200 Mann wurde dahin stattgegeben, daß ein Dupend bestellt werden sollen. Gleichzeitig wurde angeregt, den Wehrleuten im Gemeindebüro einen freierwendenden Raum zu reservieren. Der Unterstützungskasse der Wehr wurde an Stelle der sonst üblichen Bewirtung bei der Vorstellung, auf die die Wehr verzichtet hat, ein Betrag von 60 M. überwiesen. Der Mitteilung bezug der Bildung des Gesamtschulverbandes ist nicht zu entnehmen, ob der Reichsverband dem Wunsche der Gemeindevertretung nach zu Zegel gehört oder nicht. Es wurde beschlossen, nochmals anzufordern, wie die Angelegenheit geordnet werden soll. Bleibt die Regelung auf dem Standpunkt stehen, daß 1/2 des Reichsverbandes zu dem eine Stunde entfernten Heiligensee gehört, so soll in Zukunft auf Grund des § 6 des Gesetzes über die Schulverbände den in dem betreffenden Teil wohnenden schulpflichtigen Kindern in Zegel Gastrecht gegeben werden. Ein Antrag des Gemeindevorstandes betraf die Anstellung von Steuerbeamten zum 1. April 1908. Sie sind notwendig, um die Steuerverwaltung zu entlasten. Es soll dadurch vorläufig noch die Trennung von Gemeinde- und Steuerkasse vermieden werden. Schöffe Reichelt begründete den Antrag an der Hand des Zahlenmaterials der letzten Jahre. Die Steuersumme ist von 66 965 M. im Jahre 1905 auf 129 436 M. im Jahre 1907 gestiegen. Gemeindevorstand Gustin hat darum, daß verdienstlose, langjährige und gemüthliche Beamte eingestellt werden. Es wurde zugesagt, daß die Einnahmer eine Frist erhalten sollten, in der sie entweder Geld abzuliefern oder eine Meldung zu machen hätten. Gemeindevorstand Schumacher wies auf Stahnenberg hin, wo die Banken gegen mögliche Gebühre die Einziehung übernehmen. Auch in Zegel sei eine Bank. Diese würde wohl das gleiche übernehmen. Die Verteilung kam zu dem Beschlusse, die Einnahmer anzustellen, und zwar mit einem Anfangsgehalt von 1800 M., steigend bis 2550 M. und 100 M. Monatsgeld.

Es folgte nun eine lange Debatte über den Antrag des Hausbesitzervereins Zegel auf sofortige Aufhebung der Seeseefer. Der Vorsitzende wollte die Sache ohne weiteres bis zum Juli nächsten Jahres vorlag lassen. Gemeindevorstand Gustin widersprach dem. Wie früher, so wünschte er auch jetzt sofortige Aufhebung der Sperre, da nun die Vorbedingungen nicht mehr gegeben seien, die den Sperrebeschlusse herbeiführen hätten. Genosse Lichtenberg hielt es entschieden für besser, wenn die Sperre ganz falle. Es sei leicht zu beobachten, wie viele Leute vom Dampfer aus nach rechts biegen. Eine Verschönerung wäre die Sperre auch nicht. Zudem sagten viele, die Sperre sei nicht bloß, um den Weg zum Schalter zu finden, sondern auch zum Busse. Das letzte bezeichnete der Vorsitzende als eine unwahre und böswillig erfundene Meinung. Gemeindevorstand Vossig meinte, er habe noch nie eine Anordnung am Seeseefer bemerkt, er verheie die Gedanken daher nicht. Die Wehrsperrung sei auch nur der besseren Kontrolle wegen eingeführt, nicht der Ordnung halber. Jeder könne auch jetzt noch auf den Bahnsteig kommen, der dem Risiko sein Geld zahle. Der Wunsch nach Einnahmen sei also der Grund der Wehrsperrung. Genosse Lichtenberg erwiderte, eine Sperre derart ginge wohl nicht an, während Gemeindevorstand Schumacher erklärte, die Aufhebung der Sperre entspräche einem allgemeinen Wunsche der Bevölkerung, die Sperre sei jetzt nicht mehr zweckmäßig. Es wurde sodann ein Antrag Vossigs angenommen, wonach, falls sich am 1. April 1908 nicht übersehen läßt, daß in Kürze ein anderer Umgang geschaffen wird, der alte Weg wieder hergestellt wird. Dagegen stimmte nur Gemeindevorstand Schumacher, und zwar war er für sofortige Aufhebung. Zum Wiesenbauplan lagen eine Anzahl Einsprüche vor. Am längsten erläutert und doch am wenigsten begründet war der Einspruch der Humboldtstraße. Es wird in dem Einspruch gesagt, die Schloßstraße habe nur geringen Verkehr und außerdem könne die Mühle den Schaden nicht ertragen, wenn sie bis zur künftigen Nachlinie abgetrieben werden müßte. Der Einspruch wurde als unbegründet abgewiesen. Ebenso ein Einspruch der Straße, der übrigens auch materiell hinfällig war, da die Gemeinde dies Grundstück doch ankauft. Als begründet wurde ein Einspruch des Gutsbesizers Paul Müller gegen die projektierte Straße durch sein Grundstück angesehen. Es wurde beschlossen, die Straße 5 von der Hauptstraße bis zur Straße 7 ausfallen zu lassen. Ein vielleicht erheblicher Einspruch gegen den Teil zwischen Straße 7 und 8 wurde abgewiesen. Dem Bauplan von Wittenau für das Gebiet jenseits des Tegeler Straßengebietes wurde zugestimmt, da gegen die Errichtung von drei neuen Straßen nichts einzuwenden war. Der Stadt Berlin wurde die Legung eines schwachen Gasrohrs vorbeschrieben der Genehmigung des Gaswerks Zegel gestattet. Endlich wurde noch eine Schenkung des Gutsbesizers Wille-Zegel im Betrage von 5000 M. angenommen. Der Verpachtung von Gemeindegeld, und zwar 2 Hektar 46 A an Witwe Biedow wurde zugestimmt. Die sich anschließende vertrauliche Sitzung dauerte noch bis zehn Uhr abends.

Verammlungen.

Wer ist Herr auf der Ober und Elbe?

Diese Frage stand auf der Tagesordnung einer Versammlung der Schiffseigner, Bootleute, Maschinenisten und Feizer, die am Sonntagmorgen im Gewerkschaftshaus stattfand. Auf der Ober und der Elbe herrscht das Großkapital, sagte der Referent, der

Gauleiter Decker von der Innenschifferschaft des Verbandes der Hafenarbeiter und verwandten Berufsgenossen. Den wohlbegründeten Beweis für diese seine Behauptung erbrachte der Referent in einem inhaltreichen Vortrag. Er schilderte die Innenschiffahrt in älterer Zeit, ihre Rechtsverhältnisse, die ihr von den Fürsten aufgegebenen Aufgaben — die z. B. zwischen Hamburg und Berlin die Höhe von zwei Dritteln des Wertes der transportierten Waren erreichten — sowie die gegenwärtige großkapitalistische Entwicklung, die den Kleinschiffer erdarmungslos entzweit und hinabschleift in die Reihen der abhängigen ausgebeuteten Proletariermassen. Die Einführung der Dampfer hat auch im Innenschiffahrtsgewerbe die Verhältnisse revolutioniert. Da sagten wohl die Kleinschiffer: „Was wollen jene großen Leute mit ihren Dampfern? Wir haben ja die Rähne!“ Aber die Entwicklung lehrt, daß die Kapitalisten auf die Rähne der Kleinschiffer verzichten können. Wie wollen diese Schiffer, die vielleicht einen oder zwei Mann beschäftigen, aufkommen gegen eine Kapitalisten-Gruppe wie die Elbschiffahrtsgesellschaft, die 2346 Mann beschäftigt, 51 Radschleppdampfer, 19 Eisendampfer, 33 Rettendampfer, 309 eiserne, 40 hölzerne Fahrzeuge, 165 Schuten und noch eine Menge anderer Fahrzeuge besitzt, über ein Aktienkapital von 11 110 000 Mark verfügt! Wohl ist im Jahre 1904 eine Privatschiffersgenossenschaft gegründet worden, die aus Kleinschiffen besteht, 888 Mitglieder mit 810 Fahrzeugen hat; aber dieselben Herren Kommerzienräte und dergleichen Leute, die durch ihre Kapitalien die Existenz der Kleinschiffer vernichten, sind es, die behaupten, in jener Genossenschaft die Interessen dieser Schiffer wahrzunehmen. „Euer Rahn ist eure Scholle. Sorgt dafür, daß Ihr nicht davon vertrieben werdet,“ sagte der Major Platte bei der Gründung der Genossenschaft, und jener Herr ist es, der jetzt den Schiffen vorschlägt, ihre Fahrzeuge der Kapitalistengesellschaft zu verpachten. Die Schiffer haben eben ihre Interessen Leuten anvertraut, die nur aus ihren Willen oder dem Brüten aus auf sie hinabschleichen. Der Referent erinnerte an einen Vorgang aus dem Jahre 1904, als die Königsbrücke in Magdeburg eingeweiht wurde. Die Kleinschiffer, die dort lagen, hatten von ihrem bihigen Geld, wohl mancher seine letzte Mark, geopfert, um das Schiff zu schmücken. Da sagte der Handelsminister Müller zu ihnen: „Meine Herren, Sie haben den Anschlag verfehlt, und wer das tut, geht unter.“ Wie oft hatten andere, aufgeklärte Leute den Schiffen diese Tatsache nazumachen gesucht, aber dann hieß es allemal: „Das sind Decker; die müssen aus dem Lande getrieben werden.“ Auf der Elbe ist schon 1903 eine Fusion der großen deutschen und österreichischen Gesellschaften zustande gekommen; die Schifffahrt ist monopolisiert. Auf der Elbe und ihren Wasserstraßen sind aber auch die Schiffer, Bootleute, Maschinenisten und Feizer schon mehr zur Einsicht gekommen, sorgen gegenseitig für Aufklärung, haben sich Versammlungslokale verschafft, während es auf der Ober noch recht schlecht damit bestellt ist. Und doch schreitet auch hier die kapitalistische Entwicklung, mit ihrer Enteignung der Kleinschiffer schnell und unaufhaltbar vorwärts. Der Schiffer sucht sich das Geld, was er mit dem Transport nicht verdient, dadurch zu beschaffen, daß er die Waren selbst ausliefert, nach Frau und Kinder dazu anspannt. Die Elbschiffer und Steuerleute bedanken sich für diese Arbeit. Die Kleinschiffer, die man namentlich in Berlin von früh bis spät Steine larren sieht, werden natürlich auch damit ihre Selbständigkeit nicht retten können. Bereits hat sich eine großkapitalistische Ziegeltransportgenossenschaft gebildet und den Transport von 250 Millionen Ziegeln übernommen, so daß für die Privatschiffer nur noch 65 Millionen übrig bleiben. Hunderte eiserner Fahrzeuge mit eigener Triebkraft sollen den Transport ausführen; die Steine werden, in große Kübel gepackt, verschifft, ebenso am Bestimmungsort mit mechanischer Kraft auf Wagen geladen und so an die Baustellen gebracht. Man trägt sich mit dem Gedanken, für diese Motorfahrzeuge das Vorschleusrecht zu erhalten, und sicherlich werden die großen Herren, die dahinter stehen, auch in dieser Hinsicht ihr Ziel erreichen, so daß der Schiffer mit seinem Rahn warten muß, bis der so wie so übermächtige Konkurrenz die Schleuse passiert hat. Da nützt dem Schiffer nichts seine Königsbrücke, sein Hurrahschreien vor höchsten Herrschaften. Trist er, der demütige Mann, an die Behörden heran, klagt über ungerechte Maßnahmen, über die Vernichtung seiner Existenz, so zeigt man ihm in Worten vielleicht das übliche Wohlwollen, aber gelolten wird ihm nicht. Ganz anders, wenn die vornehmen Herren mit Zylinderhut und Frack kommen; sie erreichen gar leicht, was sie wünschen. Der Schiffer aber soll erkennen, was ist, erkennen, daß seine Selbständigkeit unerträglich vernichtet wird von den Großkapitalisten, und daß er darum gemeinsame Interessen mit den Bootleuten hat. Die Vertreter jener Kapitalisten und der bürgerlichen Klasse sind es auch, denen die Schiffer den § 4 des Innenschiffahrtsgesetzes zu verdammen haben, wonach der Schiffer nicht nur mit seinem Schiff, sondern mit seiner ganzen Habe für die Fracht haftbar ist, während die Vertreter der Arbeiterschaft diese harte Bestimmung aufs äußerste bekämpfen. Statt den Schiffen in ihrer wirtschaftlichen Not irgendwie zu helfen, hat man schwimmende Schifferkreuzer eingerichtet, will damit auch Schulen für Schifferkinder verbinden. Allerdings wäre das letztere bitter notwendig für die 2000 Schifferkinder, die ohne Schulunterricht aufwachsen; aber der Hauptzweck, den man damit verfolgt, wird sein, den Schiffen noch mehr Religion, noch mehr Demut und Unterwürfigkeit einzupflanzen. Anderes tut den Schiffen not. Sie müssen erkennen, daß sie Menschen mit Menschenrechten sind, daß sie sich zusammenschließen müssen mit den Bootleuten, ihren natürlichen Bundesgenossen, in der Organisation, dafür sorgen, daß Leute, die ihre Interessen ernsthaft vertreten, in die leitenden Körperschaften gewählt werden, und daß überhaupt mehr Aufklärung in ihren Kreisen verbreitet wird und werden kann.

Dem Vortrag, der mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde, folgte eine lebhafteste Aussprache. Sehr interessant und in gewissem Sinne rührend waren die Ausführungen eines alten Schiffers, der seit dem Jahre 1855 in der Schifffahrt tätig ist. Er wisse nicht, was „sozial“ sei, sagte er, und man mühe wohl annehmen, daß er noch ein gut Teil Königsbrücke Befinnung in sich habe, als er, wie er selbst erzählte, auf ein Brett die Worte schrieb: „Erfunde Majestät, die Kleinschiffer nicht zugrunde gehen zu lassen!“ Er wollte von seinem Schiff an der Schleuse dieses Brett dem vorüberfahrenden König und Kaiser vorklagen, da hatte seine Frau heimlich die Schrift abgewischt, in der Furcht, daß ihr Mann sich einer schrecklichen Gefahr aussetze. — Der Mann war hinzugezogen zu den Beratungen des Innenschiffahrtsgesetzes, hatte nach besten Kräften auf Grund seiner reichen Erfahrung versucht, die Interessen der Kleinschiffer zu wahren, aber erkennen müssen, daß seine Worte nichts galten gegen die der großen Herren. So, und in seinen Erlebnissen als Schiffer war ihm die Erkenntnis aufgedämmert, daß der kleine Mann nichts gilt, die großen Herren alles. „Wir hat der liebe Gott eben so gemacht,“ sagte er, „Ich muß zahlen und zahlen und werde doch verdrängt.“ — Ebenfalls aus eigener Erfahrung sprach der Genosse Schmedler, der mit Königsbrücke Gewinnung zum Militär gekommen war, aber unter einem Hauptmann, welcher mächtige Reden gegen den „inneren Feind“ zu halten pflegte, zum Sozialdemokraten wurde. Wieder freigegeben, suchte er seine Berufskollegen auf der Ober anzuflären im Kampfe mit der Schifferinnung und mit den Behörden, die ihm verboten, auf seinem eigenen Rahn Versammlungen abzuhalten.

In seinem Schlusswort feierte der Referent die Versammlungen nochmals an, für Aufklärung und Organisation, besonders auch in ihren Heimatorten zu sorgen, auch zu sorgen dafür, daß Versammlungen mit freier Aussprache möglich werden.

Am Anschluß daran forderte Genosse Zucht, der den Vorsitz führte, die Anwesenden auf, bei den regelmäßig von der Agitationskommission der Provinz Brandenburg einzuberufenden Versammlungen für zahlreiche Besuch zu sorgen, sowie dafür zu sorgen, daß die arbeitereindeutige Schmutzpresse aus den Häusern der Schiffer und Mannschaften verschwindet und die Arbeiterpresse gelesen werde.

Der internationale Arbeiterkongress und die Organisation der Arbeiterinnen.

Am Mittwoch fanden in Berlin drei öffentliche Versammlungen der in der Metallindustrie tätigen Arbeiterinnen statt. Sie hatten den Zweck, den Arbeiterinnen die Wichtigkeit der Verhandlungen und Beschlüsse des Stuttgarter internationalen Kongresses vor Augen zu führen, sie selbst zu eifriger Tätigkeit für ihre eigene Berufsorganisation anzuapornen. Die Organisation ist den Arbeiterinnen der Metallindustrie ganz besonders notwendig, denn leichter als hier tritt wohl kaum in einer anderen Industrie gerade jetzt die traurige Tatsache hervor, daß das Unternehmertum die Arbeiterinnen als Schmutzkonkurrenten der Männer ausbeutet. Wohl mag sich manches junge Mädchen über die elenden Löhne und die nur zu oft miserable Behandlung trösten mit dem Gedanken: das alles sei nur ein Uebergang, es komme die Zeit der Ehe, die ihr als Hausfrau ein erträglicheres Dasein bieten werde. Ein leerer Trost! Not und Elend wartet ihrer, wenn sie selbst und ihre Mitarbeiterinnen durch ihre übermäßige Bescheidenheit und Unterwürfigkeit die Löhne der Männer herabgedrückt haben, so daß nun auch ihre Erwärter nicht das verdienen kann, was eine Familie zum Leben unbedingt nötig hat. Aber ganz abgesehen von diesen Hoffnungen und Erwägungen muß selbstverständlich die Arbeiterin anständigen Lohn und anständige Behandlung fordern und, da sie dies als einzelne nicht erreichen kann, in der Organisation ihre Stärke suchen. Daß ein beträchtlicher Teil der Metallarbeiterinnen diesen Gedanken schon begriffen hat, dafür zeugten die drei Versammlungen; sie zeugten freilich auch dafür, daß die große Masse der Arbeiterinnen noch gewonnen werden muß, und ein unablässiges Streben für dieses Ziel notwendig ist.

Im Saale des Bernhard-Rose-Theaters in der Bodstraße lauschten die Versammelten dem Vortrage von Emma Thier. Treffend hob die Rednerin hervor, daß unter all den Fragen, die der internationale Kongress behandelte, nicht eine einzige ist, die nicht gleich großes Interesse für die Arbeiterinnen wie für die männlichen Arbeiter hat. Sie zeigte das n. a. am Militarismus. Ruh nicht die Frau so gut wie der Mann alle die wirtschaftlichen Fragen, dieses Mittel zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft erfordert? Ist sie nicht als Mutter aufs lebhafteste an der Bekämpfung des Militarismus interessiert? — Eingehend behandelte die Rednerin auch die Frage des internationalen Arbeiterinnenkongresses. Gerade in der Metallindustrie sind Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen den schlimmsten Gefahren ausgesetzt, und höchst ungenügend ist der gesetzliche Schutz. Mit der Mahnung an die Anwesenden, selbständig, eifrig und unerschrocken zu wirken in der Organisation, mitzuarbeiten an dem großen Befreiungskampfe der Arbeiterklasse, schloß der lehrreiche und anregende Vortrag. — Auch der Ortsvorsitzende Cohen vom Metallarbeiterverband forderte in passenden Worten zu unermüdlicher Arbeit für die Organisation und ihre Ziele auf.

In den Kronen-Brauerei, Alt-Modell, sprach Lily Braun vor einer leider nur mäßig besuchten Versammlung. Sie hob die Bedeutung des internationalen Kongresses für die Frauenbewegung und die Organisation unter den Frauen hervor, weil dieser Kongress mit mehr Ernst und Eifer als einer seiner Vorgänger sich mit der Frauenfrage beschäftigt habe. Die Arbeiterschaft ist die moderne Ritterschaft für die Frauwelt geworden, meinte die Rednerin und erklärte näher, was die Arbeiterschaft dazu veranlaßt hatte. Sie zeigte, wie die Frauen massenhaft in die moderne Industrie hinein getrieben wurden, wie die alte Hauswirtschaft zusammenschrampte und wie die Frauen gezwungen wurden, in Konkurrenz mit den Männern zu treten. Die kapitalistische Wirtschaftsweise zerstörte die Familie, nicht die Sozialdemokratie, wie unsere Gegner gern behaupten. Diese Wirtschaftsweise kritisierte die Rednerin sehr scharf und fand damit die lebhafteste Zustimmung der Versammelten, besonders, als sie das harte Los der proletarischen Frauen und Mädchen anschaulich schilderte. Die Frauenfrage der Gegenwart liege zum großen Teil in dem Konflikt zwischen dem natürlichen Verufe der Frau, Mutter zu sein — dies Wort im schönsten und weitesten Sinne genommen — und der Stellung, die der Frau in dem modernen wirtschaftlichen Leben zugewiesen ist. Die Rednerin empfahl dringend die Organisation unter den Arbeiterinnen als einziges Mittel, die ihnen zulehrenden Rechte zu erobern. — In der Diskussion trat eine Rednerin auf, die den Männern Vorwürfe machte, daß sie die Mädchen so wenig aufmuntern, sich den Verbänden anzuschließen. Sie erwähnte die Arbeiterinnen, überall in die Organisationen einzutreten und nicht länger zu säumen, selbständig vorzugehen.

In den Andreas-Heftkälen in der Andreasstraße sprach vor mehreren Hundert Metallarbeiterinnen, zu denen sich auch eine Anzahl ihrer männlichen Kollegen gestellt hatten, die Genossin Ida Altmann. Sie entwarf ein interessantes Bild der internationalen Zusammenhänge, unter besonderer Berücksichtigung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens und zeigte, wie auch jede Frau in Beziehung dazu steht und sich darum kümmern müsse. Die Behauptung, daß der Frauen Haus ihre Welt sei, wäre längst zum Märchen geworden, wie selbst die amtlichen Berichte beweisen. Zum Beispiel in der Metallindustrie, einschließlich der Industrie der Maschinen, Werkzeuge, Instrumente und Apparate, gäbe es in Preußen allein über 60 000 Arbeiterinnen, während insgesamt in Preußen schon in den der Gewerbeinspektion unterliegenden Betrieben über eine halbe Million erwachsener Arbeiterinnen tätig seien. Rednerin ließ dann die Verhandlungen und Entschlüsse des internationalen Parlamentes der Arbeit Revue passieren und erläuterte treffend ihre Bedeutung für das internationale Proletariat im allgemeinen und speziell für die Frauen. Der Vortrag klang aus in einem Aufruf zur Organisation und zur Mitarbeit im Kampfe des Proletariats. Lebhafter Beifall folgte den Ausführungen. Dann wurde darüber diskutiert, wie die Agitation für den Deutschen Metallarbeiterverband unter den Kolleginnen am besten auszugestalten sei.

Vermischtes.

Ehen zwischen Blutsverwandten.

Wenn in früheren Jahren Blutsverwandte, also Cousins und Cousins, Onkel und Nichte, eine Ehe miteinander eingehen wollten, wurde von ärztlicher Seite oft auf die Möglichkeit böser Folgen einer solchen Verbindung aufmerksam gemacht. In der katholischen Kirche bedarf es noch heute für solche Ehen eines päpstlichen Konsenses, der nur in ganz besonderen Fällen gewährt wird. Die Ansicht der Mediziner über die schädlichen Folgen einer Ehe unter Blutsverwandten ist heute sehr geteilt. Die einen sagen, daß Kinder aus solchen Ehen sehr geistig minderwertig sind, die anderen geben nur zu, daß die Blutsverwandtschaft der Eltern auf die Nachkommenschaft insofern ungünstig einwirken könne, als die Kinder unter den gleichen schädlichen Bedingungen aufwachsen, die bei den Eltern bereits vorlagen. Zur Prüfung der Frage muß man Tier- und Pflanzenreich, in die der Mensch als Naturprodukt hineingehört, heranziehen, und da ergibt sich, daß bei vielen Pflanzen die Selbstbefruchtung wirkungslos ist und daß deshalb die Natur oft auf ganz wunderbare Weise die Fremdbefruchtung zu vermitteln sucht. In der Tierwelt, insbesondere bei den Haustieren, finden wir eine Abweichung. Die Paarung von Individuen der gleichen Art ist hier notwendig, um eine Art in ihrem Charakter rein zu erhalten. Alle Arten und Rassen unter den Tieren sind durch Inzucht entstanden, z. B. das Merinoschaf und das englische Vollblutpferd. Sehr viele Tierzüchter sind indes Gegner der Inzucht, weil sich auch die Fehler und Unvollkommenheiten viel leichter einbringen lassen. Auf fortgesetzte Inzucht folge eine Verabscung der Körpergröße der Tiere, geringere Fruchtbarkeit und Schwäche des Nervensystems. Leider sind auch hier noch viel zu wenige Experimente an Tieren gemacht worden, um ein abschließendes Urteil

geben zu können. Von manchen Versuche mit gesunden Männen und fand, daß bei Fortsetzung der Inzucht die Tiere von der zwanzigsten Generation ab eine Schädigung zeigten. Reib-mayer hat dagegen nachweisen wollen, daß alle Kultur-träger der Menschheit vorwiegend in Inzucht gelebt haben. Nur dadurch wäre die rasche Entwicklung eines Volkes möglich gewesen, z. B. der Juden, Ägypter und Juden. Auch die Ameisen- und Bienschaalen verdanken ihre hohe Entwicklung der Inzucht. Aber bei den Kulturvölkern haben sich die Folgen dieser Inzucht doch auch in schädlicher Weise bemerkbar gemacht; sie ver-festeln in eine Entartung. Einem solchen Volke konnte dann nur noch die Kreuzung mit einem anderen gesunden Volke Hilfe bringen.

Die Frage ob die Ehen unter Blutsverwandten wirklich von Nachteil für die Kinder sind, wäre am besten und sichersten durch die Statistik zu lösen. Das ist verschiedentlich auch versucht worden. So ergab eine Statistik, die 1876 bis 1879 in Sachsen aufgestellt wurde, daß nur 4 v. H. Ehen unter Blutsverwandten waren. Sammelersforschungen, die zur Klärung der Frage angestellt wurden, ergaben bei Ehen unter Blutsverwandten 7 v. H., wo die Kinder Idioten, 4 v. H., wo die Kinder taubstumm und 3 v. H., wo die Kinder blind waren. Mitchell fand in Schottland, daß die Ehen unter Blutsverwandten sehr schädlich waren und viele Taubstumme und Idioten ergaben. Die Kran-keiten, die den Ehen unter Blutsverwandten zur Last gelegt werden, sind Tuberkulose, Kropf, besonders aber die verschiedensten Geisteskrankheiten. In jüngster Zeit hat Waget eine sehr um-fangreiche Statistik angelegt. Er gelangte zu dem Ergebnis, daß die erbliche Belastung der Kinder aus Ehen zwischen Blutsver-wandten doppelt so stark sei wie bei Kindern aus anderen Ehen. Auf tausend Ehen in Preußen kamen nach Waget mindestens 6,5 konfanguinische Ehen, also auf tausend Einwohner 6,5 Abkömmlinge solcher Ehen. Hat die Blutsverwandtschaft keinen Einfluß auf die Entstehung von Geisteskrankheiten, dann erwartet Waget bei den Geisteskranken ohne erbliche Belastung 6,5 v. H. konfanguinischer Herkunft zu finden. Es fanden sich aber 2,9 v. T. Paralytiker, 3,5 v. T. Epileptiker, 11,5 v. T. Idioten und 3,0 v. T. Kinder mit einfachen Seelenstörungen. Waget folgert daraus, daß die Blutsverwandtschaft der Eltern in der Ehe die Geistes-krankheiten begünstigt. Der Arzt sollte im allgemeinen von einer solchen Ehe abraten und auf die drohende Gefahr energisch auf-merksam machen. Nur wenn die Ahnentafel in mindestens drei Generationen keine Bedenken aufweist, wäre ein Konsens zu er-teilen.

Die Frage, ob Ehen unter Blutsverwandten tatsächlich immer schädlich sind, ist nach den vorliegenden Untersuchungen trotz der übertriebenen Behauptungen einiger Rassehygieniker nicht zu be-jahen. Vorläufig darf man annehmen, daß Krankheiten der Nach-kommen aus konfanguinischen Ehen auch aus Tatsachen der Ver-erbung sich erklären lassen und ein schädlicher Einfluß solcher Ehen nur bei Taubstummheit und Neugeburtentzündung des Auges besteht. Singutritt, daß den mit einer Menge Zahlenmaterial angestellten Untersuchungen, die gegen die Verwandtschaftsehen sich richten, insbesondere zweierlei erhebliche Mängel anhaften. Sie berück-sichtigen nicht, daß der Einfluß der Verwandtschaftsehen in ver-schiedenen Kulturstufen ein außerordentlich verschiedener gewesen ist, und daß die ökonomischen Faktoren rücksichtlich der Krankheiten eine Rolle spielen, die zu Unrecht der Blutsverwandtschaft zu-geschrieben wird. Nach der heutigen Lage der Dinge ist die von einseitigen Rassehygienikern aufgeworfene Frage, ob ein Verbot einer Ehe zwischen Cousin und Cousine oder Onkel und Nichte für Deutschland am Platze wäre, unbedingt zu verneinen.

Erdbeden.

Das gestern in Catanzaro verspürte Erdbeben hat Turiner Meldung zufolge auch die ganze Provinz Calabrien heimgesucht und größeren Schaden angerichtet, als zuerst angenommen wurde. Viele Ortschaften sind tatsächlich zerstört, Kirchtürme und eine große Anzahl Häuser, die bei dem Erdbeben von 1805 eingeführt und wieder auf-gebaut waren, liegen wieder in Trümmern. In Sinopoli sind vier Personen durch ein einfallendes Haus ver-schüttet worden. Die Stadt Ferruzzaro ist vollkommen zerstört. Die Sträflinge des Gefängnisses in Catanzaro wurden durch das Erdbeben aus dem Schlafe geweckt und verlangten angsterfüllt, daß man sie aus dem Gefängnis entlasse. Die Soldaten, die mit der Bewachung des Gefängnisses beauftragt waren, waren geschohen. Die Bevölkerung verließ die Wohnungen und verbrachte die Nacht unter freiem Himmel. Die Gesamtzahl der Opfer ist noch nicht bekannt. Nach einer Meldung aus Rom sind im Dorfe Giovestra (Calabrien) zwei Personen getötet worden. Die Kathedrale von Gerace, ein altes Gebäude, in dem sich Meisterwerke der Kunst befanden, ist eingeführt. Minister Lacava, der sich in Monte-leone befand, besuchte die vom Erdbeben heimgesuchten Ortschaften, um Hilfe zu leisten. Die Truppen arbeiten überall im Verein mit Ingenieuren. Eine weitere Meldung aus Rom besagt: Der Ministerrat ermächtigte den Schatzminister, den Opfern des Erd-bebens in Calabrien Unterstützungen zu senden und die dringendsten Hilfsarbeiten anzuordnen.

Die Breslauer Erdbebenwarte in Arietern bezichnete Mittwoch abend um 9 Uhr 20 Minuten ein mittelstarkes Erdbeben, das in einer Entfernung von 1500 Kilometer stattgefunden haben dürfte.

Eine Meldung aus Hamburg besagt: Das Erdbeben, das gestern abend in Catanzaro in Calabrien stattgefunden hat, ist von den Instrumenten der hiesigen Hauptstation für Erdbebenforschung in charakteristischer Weise aufgezeichnet worden. Der Anfang der Bewegung wurde um 9 Uhr 32 Minuten, der zweite Vorläufer um 9 Uhr 35 Minuten, die Hauptbewegung um 9 Uhr 37 Minuten auf-gezeichnet und das Ende gegen 10 Uhr 10 Minuten. Die Berech-nung der Diagonale ergab eine Entfernung des Epizentrums von etwa 2000 Kilometer.

Kunstfreunde. In Reichenberg i. Böhmen wurde gestern nacht im nordböhmischen Gewerbemuseum ein Einbruchdiebstahl ver-übt, wobei unter anderem ein Schrank mit goldenen und silbernen Schmuckgegenständen, Kaufbeden, Weinkrügen, Schalen, Lampen, Nefelkellen usw. ausgeräumt wurde. Aus einem zweiten Schranke wurden galvanoplastische Nachbildungen von goldenen und silbernen Geräten entwendet. Verzeichnis und Abbildungen der gestohlenen Gegenstände sind bereits nach allen Seiten hin versandt worden.

Waldbrand. Nach einer Meldung aus Budapest stehen bei Petrika 8000 Joch Wäldungen in Flammen. Man glaubt an Brandstiftung. An der Eindämmung des Brandes wird gearbeitet.

Im Steinbruch getötet. In einem Steinbruch zu Correnz sind einer Meldung zufolge gestern zwei Arbeiter durch Steine, welche von einem Wagen herabstürzten, getötet worden. Drei andere Arbeiter wurden verletzt, davon einer tödlich.

Die Choleraepidemie in Russland.

Seit einem Vierteljahr herrscht in einigen Teilen des euro-päischen Russlands eine Choleraepidemie, zwar nicht besonders stark, aber immerhin in genügender Ausdehnung, um einiges Un-behagen in den für die Volksgesundheit der Nachbarländer ver-antwortlichen Kreisen zu erwecken. Ueber die Entstehungsgeschichte und den bisherigen Verlauf der Epidemie erhält der Londoner Lancet von dem englischen Mitglied des internationalen Gesund-heitsrats in Konstantinopel eine beachtenswerte Aufklärung. Man hat sich nach den Erfahrungen der letzten Zeit daran gewöhnt, die Entstehung von Epidemien im näheren Orient und auch im süd-lichen Russland auf die Hebräer zurückzuführen, also auf die jäh-rliche große Wallfahrt der Mohammedaner nach den heiligen Städten Arabiens. Bei der diesjährigen Epidemie aber liegt kein Anhalt dafür vor, daß zurückkehrende Mekka-Pilger die Träger der An-steckung gewesen sind, da bei der letzten Hebräer überhaupt kein Cholerafall vorgekommen war. Es bleibt also nur die Möglichkeit, daß entweder die Cholerakeime von der vor zwei Jahren in Rus-land geschehen Epidemie wieder aufgelebt sind, oder daß eine neue Einschleppung aus dem russischen Zentralasien stattgefunden hat. Die ersten Cholerafälle auf europäischem Boden wurden in diesem Jahre Mitte Juni in Samara festgestellt. Wahrscheinlich aber war die Seuche einige Wochen „übersehen“ worden, denn schon Anfang Juli veröffentlichte eine Zeitung in Astrachan die Nach-richt, daß in jener Stadt eine große Zahl von Erkrankungen an Darmstörungen mit Begleitung von Krämpfen vorgekommen wäre. Erst gegen die Mitte des Monats August wurde von der russischen Regierung das Gouvernement Samara als verheult und die Gouvernements Astrachan, Saratow, Simbirsk, Ilsa, Kasan und Risani-Kowgorod — also der ganze Südrussland — als mit Cholera „bedroht“ erklärt. Bis Anfang September waren im Gouvernement Samara 344 Cholerafälle beobachtet worden. Von diesem Gebiete hatte sich die Seuche längs der Wolga auf- und abwärts verbreitet, so daß zu gleicher Zeit in Saratow 157, in Astrachan aber 1504 Cholerafälle vorgekommen waren. Ähnlich lagen die Verhältnisse an der oberen Wolga aufwärts, und Anfang September war auch bereits in Moskau ein vereinzelter Fall vor-gekommen. Man muß nun bedenken, daß diese Ziffern sicher alle unvollständig gewesen sind, so daß die Zahl der Cholerafälle höher anzunehmen ist. Für das Jahr 1908 wird, wenn nicht ein strenger Winter die Choleraepidemie vernichtet, auf eine schwerere Epidemie zu rechnen sein.

In Riew und in Mohilew hat die Cholera, wie eine Meldung aus Riew von gestern sagt, derartige Dimensionen angenommen, daß sämtliche Krankenhäuser und Choleraaraden überfüllt und die Kranken in ihren Privatwohnungen belassen werden müssen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet im 3. Stockwerk des 3. Hofes, dritter Eingang, vier Treppen, im Fahrstuhl wochentags von 1/2 bis 9/10 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

W. 61. Die Adresse lautet: An die Stützungsdeputation, Poststr. 16.

W. 64. Sie müssen reklamieren. Teilen Sie mit, daß Sie der katholi-schen Kirchengemeinde nicht angehören. — Einmal organisierte Fabrik- und Banarbeiters sowie Streckenarbeiter. Annahme Zuschriften können nur grundsätzlich nicht berücksichtigen. — T. 3. 47. Die Berufung wurde schließlich Aussicht auf Erfolg haben. Durch Zurücknahme der Be-rufung würden Sie Kosten sparen. — W. 38. Der nächste Gang eines Geschäfts berechtigt keineswegs zum Rücktritt vom Mietvertrag. Sie könnten

nur durch eine Vereinbarung mit dem Vierzehnten der drückenden Last befreit werden. — W. 13. 1. Polizeibehörde. 2. Rein. — W. G. 40. Leider wäre ein Schadenersatzprozess sehr schwer durchzuführen, weil der Beweis jahr-längigen Verschuldens seitens des Arztes nicht leicht ist. Sie könnten Ihnen für diesen Fall nur den Rat erteilen, sich an den Magistrat mit einem Gesuch zu wenden, in dem Sie den Vorfall schildern und unter Berücksichtigung der Eigenartigkeit des Falles Ertrag verlangen. Sollte dies Gesuch ab-gelehrt werden, so wenden Sie sich an die Stadtvorordneten-Vermittlung. Von der Eingabe geben Sie vor der Einreichung dem Stadtvorordneten Dr. Wenl, Kötterstraße 67, als Mitglied der Krankenhausspezialkommission Kenntnis. — W. 12. Die Naturkassation hängt von dem Ermessen der Behörde ab, da es sich um einen Ausländer handelt, und hat in Ihrem Falle wenig Aussicht auf Erfolg. — W. G. 89. Sie als Chemiker sind überhaupt nicht verpflichtet zu zahlen. Ihre Frau ist gleichfalls zur Zahlung nicht verpflichtet. War etwa vom Vater der Vertrag genehmigt, so würde er gültig sein, der Gläubiger ist nicht gezwungen, sich auf Abschlagszahlung einzulassen.

90. 1. Das ist möglich. 2. Rein, es kann von ihm geholt werden. — W. 1865. Die einschlägige Bestimmung ist der § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Danach kann der Eigentümer eines Grundstückes Wurzeln für diesen Fall nur den Rat erteilen, sich an den Magistrat mit einem Gesuch zu wenden, in dem Sie den Vorfall schildern und unter Berücksichtigung der Eigenartigkeit des Falles Ertrag verlangen. Sollte dies Gesuch ab-gelehrt werden, so wenden Sie sich an die Stadtvorordneten-Vermittlung. Von der Eingabe geben Sie vor der Einreichung dem Stadtvorordneten Dr. Wenl, Kötterstraße 67, als Mitglied der Krankenhausspezialkommission Kenntnis. — W. 12. Die Naturkassation hängt von dem Ermessen der Behörde ab, da es sich um einen Ausländer handelt, und hat in Ihrem Falle wenig Aussicht auf Erfolg. — W. G. 89. Sie als Chemiker sind überhaupt nicht verpflichtet zu zahlen. Ihre Frau ist gleichfalls zur Zahlung nicht verpflichtet. War etwa vom Vater der Vertrag genehmigt, so würde er gültig sein, der Gläubiger ist nicht gezwungen, sich auf Abschlagszahlung einzulassen.

90. 1. Das ist möglich. 2. Rein, es kann von ihm geholt werden. — W. 1865. Die einschlägige Bestimmung ist der § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Danach kann der Eigentümer eines Grundstückes Wurzeln für diesen Fall nur den Rat erteilen, sich an den Magistrat mit einem Gesuch zu wenden, in dem Sie den Vorfall schildern und unter Berücksichtigung der Eigenartigkeit des Falles Ertrag verlangen. Sollte dies Gesuch ab-gelehrt werden, so wenden Sie sich an die Stadtvorordneten-Vermittlung. Von der Eingabe geben Sie vor der Einreichung dem Stadtvorordneten Dr. Wenl, Kötterstraße 67, als Mitglied der Krankenhausspezialkommission Kenntnis. — W. 12. Die Naturkassation hängt von dem Ermessen der Behörde ab, da es sich um einen Ausländer handelt, und hat in Ihrem Falle wenig Aussicht auf Erfolg. — W. G. 89. Sie als Chemiker sind überhaupt nicht verpflichtet zu zahlen. Ihre Frau ist gleichfalls zur Zahlung nicht verpflichtet. War etwa vom Vater der Vertrag genehmigt, so würde er gültig sein, der Gläubiger ist nicht gezwungen, sich auf Abschlagszahlung einzulassen.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Sach usw. Desjenigen unserer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Reichshauptstadt bleiben, wollen und wegen der Ueberfüllung von Reisebüros sofort ihre Adressen einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Räumern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingekandt werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am 23.10.		am 22.10.	
	cm	cm	cm	cm
Remel, Mühl	104	-1		
Wegel, Ankerburg	8	-1		
Wegel, Thorn	30	-6		
Ober, Rastow	76	+2		
Kroffen	74	-1		
Frankfurt	63	-2		
Barthe, Schrimm	11	-1		
Landsberg	18	-1		
Rehe, Beldamm	13	-2		
Eide, Ledmeritz	55	-4		
Harbo	63	-6		
Magdeburg	84	+4		
Saale, Großh.	70	+1		

	am 23.10.		am 22.10.	
	cm	cm	cm	cm
Havel, Spandau	87	-2		
Kathenow	135	+1		
Spree, Spremberg	124	+13		
Beeston	150	-1		
Weser, Wünnen	-104	-6		
Wünnen	-32	-6		
Rhein, Waldshut	-	-		
Raub	114	-3		
Rhein	91	-2		
Redar, Heilbrunn	15	-2		
Main, Weidheim	92	0		
Rosel, Teiler	-	-		

+) + bedeutet Waß, - Fall - ?) Unterpegel.

Am 22. d. M. verstarb plötzlich unser Kollege, der Warmorfscheiler

Adolf Ihmig.

Wir verlieren an ihm einen treuen Kollegen und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Das Personal d. Marmorwarenfabrik Rudolf Haeger.

Sozialdemokrat. Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis

(Frankfurter Viertel.)

(Bezirk 292.)

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Warmorfscheiler

Adolf Ihmig

(Blumenstr. 52)

gestorben ist. 263/16

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

4. Wahlkreis.

(Landsberger Viertel.)

31. Abteilung.

Todes-Anzeige.

Am 22. dieses Monats verstarb unser Genosse

Paul Fischer

an der Proletariatskrankheit.

Ehre seinem Andenken!

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. d. M., mittags 12 1/2 Uhr, vom Trauerhause, Schreierstr. 22, aus nach dem Zentral-Friedhofe, Friedrichs-felde statt. 263/17

Sozialdemokratischer Wahlverein

des

6. Berliner Wahlkreises.

Nachruf.

Am 18. d. M. verstarb unser Mitglied, der Mechaniker

Paul Schmidt

Jasmunderstr. 18.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand. 267/10

Am 22. Oktober verstarb unser guter Sohn, Bruder und Schwager

Artur Dittrich

nach langem Krankenlager im 22. Lebensjahre.

Sein Leben war Leiden.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Hermannstr. 48, aus statt. 8405

Emil Dittrich und Familie.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter, einziger Sohn, nach langen schweren Leiden am Dienstag sanft entschlafen ist.

Dies zeigt tiefbetrübt an die trauernde Witwe

Agnes Fischer, nebst Eltern

Die Beerdigung findet am Sonnabend, 26. Oktober, mittags 1/2 Uhr, vom Trauerhause Schreierstr. 22, aus nach dem Zentral-Friedhof in Friedrichs-felde statt. 4522

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Alfred Rugenstein

am Dienstag, den 22. Oktober, verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Oktober nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Beuel aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Zentral-Verband der Steinarbeiter.

Berlin II.

Todes-Anzeige.

Am 22. Oktober verstarb unser Kollege

Adolf Ihmig

(Blumenstr. 52)

im Alter von 55 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet morgen Sonnabend, den 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Marius-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands.

Filiale Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege

Paul Fischer

am Dienstag, den 22. Oktober, nach längerem Krankenlager verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Oktober er, mittags 12 1/2 Uhr, von dem Trauerhause, Schreierstr. 22, aus nach dem Zentral-Friedhofe in Friedrichs-felde statt. 261/18

Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Nachruf.

Am 22. Oktober verstarb nach langem Leiden unser treuer Mitglied, der Genosse Schuhmacher

Emil Dühring.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. 222/13

Der Vorstand des Sozialdem. Wahlvereins für Mahlsdorf u. Umgeg.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

Artur Dittrich

am 22. d. Mts. an Lungenerleiden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Hermannstr. 48, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet 154/16

Die Ortsverwaltung.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme sowie Kranzsendungen bei dem Begräbnis meines lieben und verehrten Mannes

Ernst Feist

sage ich im Namen aller Angehörigen den Freunden und Genossen, speziell Herrn Waldock Manasso für seine trostreichen Worte sowie den Mitgliedern des Reichstagswahlkreises, der Arbeiter-Vereinigung und des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes meinen innigsten Dank. 8406

Wwe. Auguste Feist.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Pöllerer

Eduard Brabelz

am Dienstag, den 15. Oktober, verstorben ist und am Mittwoch, den 20. Oktober, zur letzten Ruhe gebettet wurde.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung. 266/13

Kassenbäder jeder Art, Augusta-Bad, Rügenickerstr. 60.

Todes-Anzeige.

Allen Parteigenossen und Kollegen die traurige Nachricht, daß meine liebe Mutter und einzige Verwandte, Frau

Johanna Seher

geb. Schärffler nach langem, schwerem Leiden am 23. Oktober, morgens 5,30 Uhr, im 80. Lebensjahre gestorben ist. 8438

Der fleißigste Sohn

Karl Seher, Eberlinwalde.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 1492

Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 293, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, SW. 68. Lindenstr. 69.

Zur Gattin, namentlich auf dem Lande, empfehlen wir angelegentlich

Das verbotene Blatt.

Preis für 100 Exemplare 1 M. Porto 10 Pf.

Billige Rohtake.

Max Jacoby, Strelitzerstr. 52.